

kriens

Protokoll

Kriens, 17. Januar 2019

Sitzungsdatum

Donnerstag, 17. Januar 2019

Zeit Ort

13:30 Uhr bis 19:00 Uhr,
Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9,
Kriens

Verfasst durch

Janine Lipp
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 09
janine.lipp@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2018/2019 Protokoll Nr. 5

Anwesend	Präsidentin	Yvette Estermann
	Einwohnerrat	28 Mitglieder Manuel Hunziker (bis 18:30 Uhr) Thomas Lammer (bis 18:25 Uhr) Daniel Rösch (bis 18:25 Uhr)
	Stadtrat	5 Mitglieder
	Stadtschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Kimena Gisler Janine Lipp

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 256 |
| 2. | <u>Vereidigung</u> Bettina Gomer-Beacco (SP) | | Seite 256 |
| 3. | <u>Ersatzwahlen in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2016 – 2020</u>
- Bürgerrechtskommission | | Seite 259 |
| 4. | <u>Wahl Delegierter</u> Generalversammlung Heime Kriens AG | | Seite 260 |
| 5. | <u>Protokoll Nr. 2</u> vom 27. September 2018
<u>Protokoll Nr. 3</u> vom 8. November 2018 | | Seite 260 |
| 6. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 261 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung Werterhaltung
Gemeindestrassen | Nr. 155/18 | Seite 265 |
| 8. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung modulare
Schulraumprovisorien auf der Krauerwiese | Nr. 164/18 | Seite 268 |
| 9. | <u>Planungsbericht:</u> LuzernSüd Vertiefungsgebiet III, IV, V &
Mattenplatz | Nr. 167/18 | Seite 273 |
| 9a. | <u>Dringliche Interpellation Büchi:</u> Aufhebung Bahnübergänge
Kuonimatt | Nr. 172/19 | Seite 292 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Burkhardt:</u> Optimierung beim
Parkregime auf dem Sonnenberg | Nr. 118/18 | Seite 293 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Niederberger:</u> Abriss Motel
Pilatusblick | Nr. 128/18 | Seite 297 |
| 12. | <u>Postulat Portmann:</u> Quartierfreundliches Kriens?
<i>Begründung</i> | Nr. 131/18 | Seite 298 |
| 13. | <u>Postulat Mathis:</u> Ersatzfreifläche für die Krauerwiese
<i>Begründung</i> | Nr. 136/18 | Seite 301 |
| 14. | <u>Bericht dringliches Postulat Nyfeler:</u> Verbesserung der
Sicherheit bei der ausgefallenen Lichtsignalanlage
Horwerstrasse – Arsenalstrasse/Lauerzweg | Nr. 133/18 | Seite 304 |
| 15. | <u>Postulat Tanner:</u> Überprüfung Schulraumoptimierung
Schulanlage Obernau 1
<i>Begründung</i> | Nr. 146/18 | Seite 305 |
| 16. | <u>Postulat B. Bienz:</u> Gewerbefreundliches Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 151/18 | Seite 306 |
| 17. | <u>Bericht Postulat Portmann:</u> Seniorenfreundliches Kriens | Nr. 103/18 | Seite 306 |

18.	<u>Beantwortung Interpellation Ercolani: Studienaufträge aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 137/18	Seite 308
19.	<u>Beantwortung Interpellation B. Bienz: Granit aus China beim Kleinfeld aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 150/18	Seite 308
20.	<u>Postulat Zellweger: Raus aus den Schulden</u> <i>Begründung</i> <u>aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 160/18	Seite 308
21.	<u>Bericht Postulat Büchi: Mitwirkung LuzernSüd aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 114/18	Seite 308
22.	<u>Bericht dringliches Postulat Koch: Die Krauerwiese als Spielwiese und Freiraum für die Krienser Bevölkerung erhalten!</u> <u>aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 147/18	Seite 308
23.	<u>Beantwortung Interpellation Portmann: Mehrwert für alle! aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 139/18	Seite 308
24.	<u>Postulat Rösch: Modernisierung Urnengänge</u> <i>Begründung</i> <u>aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 161/18	Seite 308
25.	<u>Postulat Tanner: Mit dem Bau des Bypasses eine Wasserleitung von Emmen nach Kriens</u> <i>Begründung</i> <u>aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 162/18	Seite 309
26.	<u>Motion Erni: Parkplatzreglement Kriens</u> <i>Begründung</i> <u>aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 163/18	Seite 309
27.	<u>Postulat Manoharan: Kunst im öffentlichen Raum</u> <i>Begründung</i> <u>aus Zeitgründen abtraktandiert</u>	Nr. 166/18	Seite 309

Neueingangsliste

Nr. 169/18	Postulat Lammer: Gefährliche Verkehrswege entlang Gebäude Luzernerstr. 4 <i>Eingang: 13.12.2018</i>
Nr. 155/18	Bericht und Antrag: Bauabrechnung Werterhaltung Gemeindestrassen
Nr. 164/18	Bericht und Antrag: Bauabrechnung modulare Schulraumprovisorien auf der Krauerwiese
Nr. 167/18	Planungsbericht: LuzernSüd Vertiefungsgebiet III, IV, V & Mattenplatz
Nr. 170/18	Interpellation Koch: Freudenschreie, weisse Pracht und Nervenkitzel – Schluss mit dem Schlittelpausch von Krienseregg nach Kriens? <i>Eingang: 19.12.2018</i>
Nr. 147/18	Bericht dringliches Postulat Koch: Die Krauerwiese als Spielwiese und Freiraum für die Krienser Bevölkerung erhalten

-
- | | |
|------------|---|
| Nr. 149/18 | Beantwortung Interpellation Gisler: Städtisches Verkehrsregime Arsenalstrasse |
| Nr. 171/19 | Dringliche Motion Portmann: Reglement für den Mehrwertausgleich bei Auf- und Umzonungen in der Stadt Kriens
<i>Eingang: 03.01.2019</i> |
| Nr. 172/19 | Dringliche Interpellation Büchi: Aufhebung Bahnübergänge Kuonimatt
<i>Eingang: 03.01.2019</i> |
| Nr. 174/19 | Interpellation Hunziker: Stand Energiestadt
<i>Eingang: 10.01.2019</i> |
| Nr. 175/19 | Postulat Camenisch: Verbesserung der Sicherheit auf Fussgängerstreifen
<i>Eingang: 10.01.2019</i> |
| Nr. 176/19 | Interpellation Niederberger: Baupolizei
<i>Eingang: 14.01.2019</i> |
| Nr. 177/19 | Postulat Niederberger: „Zwischennutzungskataster“
<i>Eingang: 14.01.2019</i> |
| Nr. 153/18 | Beantwortung Interpellation Graf: E-Bikes im Krienser Hochwald und auf dem Sonnenberg |
-

Yvette Estermann begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler und Marcel Habegger für den Anzeiger Luzern.

Thomas Lammer und Daniel Rösch müssen die Sitzung früher verlassen.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Yvette Estermann kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Damit das neue Ratsmitglied, Bettina Gomer-Beacco, bei der Frage der Dringlichkeit mitentscheiden kann, wird die Vereidigung vorgezogen.

2. Vereidigung

Gemäss Yvette Estermann übernimmt Bettina Gomer-Beacco das Mandat von Yasikaran Manoharan, welcher per 31. Dezember 2018 zurückgetreten ist. Die Sprechende bittet Bettina Gomer-Beacco zu sich nach vorne. Sie bittet die Anwesenden sich zu erheben. Bettina Gomer-Beacco legt das Gelübde ab. Sie wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

Fortsetzung Traktandum 1 - Mitteilungen

Auf diese Sitzung sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen.

Am 3. Januar 2019 hat Michael Portmann die dringliche **Motion Portmann: Reglement für den Mehrwertausgleich bei Auf- und Umzonungen in der Stadt Kriens (Nr. 171/2019)** eingereicht.

Die Vorsitzende erteilt das Wort Michael Portmann zwecks Begründung der Dringlichkeit der Motion.

Gemäss Michael Portmann liegt aufgrund der Geschäftsordnung des Einwohnerrates die Dringlichkeit vor, wenn eine der beiden folgenden Situationen gegeben ist: Wenn die Behandlung eines Anliegens in einer späteren Sitzung gegenstandslos werden kann oder wenn die Sache von derart ausserordentlich politischem Gewicht ist, dass die Öffentlichkeit die umgehende politische Stellungnahme des Einwohnerrates erwartet. Angesichts dessen, dass sich aktuell die Traktanden im Einwohnerrat stauen und selbstverständlich Bericht und Anträge des Stadtrates prioritär behandelt werden, ist zu erwarten, dass diese Motion allerfrühestens im Mai 2019 diskutiert werden kann. Bei einer Überweisung erfolgt erst im Mai 2020 eine 1. Lesung zum Reglement. Wenn jetzt in dieser Zeit neben dem Projekt Pilatus Arena weitere Projekte verhandelt werden und Mehrwerte geregelt werden, so kann sein Anliegen nach einer fundierten Diskussion im Einwohnerrat über Mehrwert und die daraus folgende einheitliche Behandlung vom Mehrwert als gegenstandslos bezeichnet werden. Mit dem rechtskonformen Reglement der Stadt Sursee liegt ein Steilpass im klassischen Sinne für eine Diskussion im Einwohnerrat vor, so dass bis Ende 2019 ein Reglement genehmigt werden kann. Gleichzeitig hat der Einwohnerrat immer noch das Ziel formuliert, dass die Autobahn bis zur Arsenalstrasse überdacht werden soll. Das ASTRA empfiehlt die Überdachung aus dem Mehrwert zu finanzieren. Für ihn ist die Dringlichkeit erfüllt und mit dem Bypass ist auch der zweite Punkt erfüllt. Es ist wichtig, dass man eine einheitliche Praxis hat.

Für Räto Camenisch ist diese Geschichte überhaupt nicht dringlich. Der Kanton hat die Mehrwertabschöpfung eingeführt und diese kann auch erhoben werden. Die Gemeinde kann dies auch jetzt schon machen. Es geht nicht, dass man jetzt in einem Hauruck-Verfahren eine interne Regelung erschafft, wie denn diese Gelder in der Gemeinde angelegt und verwendet werden sollen. Es sind schon sehr viele Bestimmungen vom Kanton vorgegeben. Die Gemeinde muss einmal ein solches Reglement haben, das ist korrekt, aber nicht jetzt und sofort. Das ist eine Sache mit einer riesigen Auswirkung. Hier geht es um Millionen und es ist ganz wichtig, wie diese später einmal verteilt werden. Wenn man dies jetzt im Hauruck-Verfahren macht ist das schlicht und einfach unseriös.

Gemäss Andreas Vonesch wünscht sich die CVP/JCVP-Fraktion eine fundierte Auseinandersetzung und Diskussion zu diesem Thema. Dazu hat die Zeit einfach nicht gereicht. Auch erwartet sie zusätzliche Informationen des Stadtrates.

Matthias Senn hat bereits vorab per Mail mitgeteilt, warum der Stadtrat auf die Dringlichkeit nicht eingehen möchte:

Der Stadtrat empfiehlt dem Einwohnerrat die Ablehnung der Dringlichkeit der Motion. Es sind folgende Gründe, warum eine dringliche Behandlung des Vorstosses nicht sinnvoll ist:

- Die Motion erfüllt kein Kriterium der Liste für dringliche Vorstösse. Die gesetzlichen Bestimmungen im Planungs- und Baugesetz des Kantons Luzern sind seit 1. Januar 2018 in Kraft und somit keine neue Erkenntnis.
- Dass der Stadtrat bei einer überwiesenen dringlichen Motion dem Einwohnerrat innerhalb 6 statt 12 Monaten einen Bericht und Antrag unterbreiten muss, ist kein Kriterium für die Dringlichkeit.

-
- *Ein rasches Vorgehen hat keinen Einfluss auf laufende Planungsverfahren. So hat der Stadtrat für die Veranlagung der Mehrwertabgabe der Pilatus Arena rechtzeitig einen Auftrag an ein erfahrenes Büro erteilt und es haben bereits mehrere Sitzungen stattgefunden. Die Veranlagung wird im März 2019 vom Stadtrat vorgenommen, anschliessend folgen die Verhandlungen zwischen dem Stadtrat und der Pilatus Arena AG. Das Ergebnis wird dem Einwohnerrat in der ersten Lesung des Bebauungsplans (sowie der Teiländerung Ortsplanung) vorgelegt.*
 - *Die Veranlagungen von Mehrwertabgaben ist für die Gemeinden Neuland. Während sich der Stadtrat an einer Klausur und mehreren Sitzungen mit dem Thema intensiv beschäftigen konnte, fehlen dem Einwohnerrat wichtige Informationen. Eine seriöse Vorbereitung zu diesem Thema ist dann gegeben, wenn der Stadtrat die Begründung zur Motion schriftlich abgeben und Fraktionen sowie Kommissionen den Antrag der Motion und die Haltung des Stadtrates vorberaten können. Die Beratung mit mündlicher Antwort des Stadtrates und unmittelbarem Beschluss des Parlaments ist unseriös, wenn es darum geht, ob es überhaupt ein kommunales Reglement braucht.*
 - *Der Mehrwertausgleich ist zwar Neuland. Es sind aber genügend Grundlagen vorhanden, um richtig handeln zu können. So sind die gesetzlichen Regelungen im PBG direkt anwendbar und es existiert eine Wegleitung.*

Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion Portmann: Reglement für den Mehrwertausgleich bei Auf- und Umzonungen in der Stadt Kriens (Nr. 171/2019)

Mit 19:10 Stimmen wird die Motion nicht dringlich erklärt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Am 3. Januar 2019 hat Cla Büchi die dringliche **Interpellation Büchi: Aufhebung Bahnübergänge Kuonimatt (Nr. 172/2019)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich erklärt. Die Interpellation wird unter dem Traktandum 9a behandelt.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Die Vorsitzende dankt für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2018 und wünscht für das Jahr 2019 alles Gute und viel Erfolg. Sie hat noch ein grosses Anliegen. In letzter Zeit wurde im Einwohnerrat viel zu lange geredet und viele Traktanden mussten abtraktandiert werden. Die Sprechende möchte niemandem das Wort abschneiden. Aber sie bittet alle sich bei der Vorbereitung der Voten kurz zu fassen. Zeiteinschränkungen wie in anderen Parlamenten gibt es hier nicht. Weiter verweist sie auf die Verrechnung der Mietgebühren des neuen Pilatussaales. Diese belasten neu das Budget des Einwohnerates.

3. Ersatzwahlen in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2016 - 2020

Andreas Vonesch möchte eine Erklärung abgeben. Die CVP/JCVP-Fraktion heisst Bettina Gomer-Beacco als neues Mitglied im Einwohnerrat willkommen. Sie wünscht ihr in der Parlamentsarbeit viel Befriedigung und Freude. Bettina Gomer-Beacco wird nun als Mitglied und Präsidentin in die Bürgerrechtskommission als Ersatz für Yasikaran Manoharan gewählt. Die Bürgerrechtskommission ist eine spezielle Kommission, denn sie hat eine wichtige, verantwortungsvolle und sensible Aufgabe. Sie hat Menschen zu beurteilen und über sie zu entscheiden. Es sind Menschen, die um das Bürgerrecht er-suchen. Eine Aufgabe, die von allen Mitgliedern viel Empathie und auch Fingerspitzengefühl verlangt. Insofern kommt auch dem Präsidenten oder der Präsidentin eine tragende Rolle zu. Nicht nur die Kommissionsarbeit, sondern auch der Kontakt und der Austausch mit verschiedenen Behördenstellen sind wichtig. Die CVP/JCVP-Fraktion meint, dass dies für jemanden, der ganz frisch in die politischen Abläufe eingebunden wird, keine ganz einfache Aufgabe sein kann. So hätte sich die CVP/JCVP-Fraktion für Bettina Gomer-Beacco einen etwas weniger steinigen Weg vorstellen können, indem zum Beispiel Tomas Kobi als Vizepräsident bis zum Ende des Legislaturjahres die Kommission leiten würde und Bettina Gomer-Beacco dann ab Herbst die BRK als Präsidentin übernimmt. Mit dieser Einarbeitungszeit wäre ein schrittweises praktisches Herantasten an die vielfältigen Aufgaben möglich gewesen. Das Argument, dass auch in den anderen Kommissionen die Präsidenten als „Neulinge“ gestartet sind, kann man heranziehen. Der Unterschied zur BRK liegt aber darin, dass sie die einzige Kommission ist, die direkt und insbesondere über Menschen entscheiden tut. Die CVP/JCVP-Fraktion muss richtig verstanden werden. Sie will damit auf keinen Fall den Anspruch der SP auf das Präsidium in Frage stellen. Ebenso ist sie weit davon entfernt die Kompetenzen und Qualitäten von Bettina Gomer-Beacco anzuzweifeln. Sie ist überzeugt, dass sie die Aufgabe als Präsidentin problemlos meistern wird. Das Anliegen der CVP/JCVP-Fraktion ist es, dass ihr ein guter und erfüllender Start in die Aufgabe gelingt. Sie wird selbstverständlich ihrer Wahl als Präsidentin zustimmen, denn sie ist überzeugt, dass sie durch die anderen Mitglieder der Kommission sehr gut unterstützt und getragen wird.

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion sieht die gleiche Problematik, wie sein Vorredner. Er kommt jedoch zu einer anderen Schlussfolgerung. Er vermisst, dass bei Wahlen nie angekündigt wird, wer kandidiert. Das ist eines Parlamentes unwürdig. Er ist noch in einem anderen Parlament und dort wird immer vorab mitgeteilt, wer kandidiert. Er verlangt keine Abtraktandierung, aber er regt zu Händen der Geschäftsleitung an, dass in Zukunft jegliche Kandidaturen vorher angekündigt werden.

Die Grüne/GLP-Fraktion ist laut Bruno Bienz etwas erstaunt über diese Diskussion. Das was Rätö Camenisch gesagt hat, kann der Sprechende voll unterstützen. Sie ist auch nicht erfreut, dass man dies erst heute erfährt, wer gewählt wird. Das ist schon ein langes Übel und muss endlich anders geregelt werden. Bruno Bienz hat ein Problem damit, dass man bei Bettina Gomer-Beacco nun ein Problem sieht. Yasikaran Manoharan wurde auch so gewählt und ohne Diskussion. So wie der Sprechende Bettina Gomer-Beacco kennt, kann sie das mit Hilfe des Vizepräsidenten ohne Problem meistern. Er sieht hier kein Problem. Wenn es tatsächlich ein Problem darstellt, müssen die Spielregeln geändert werden.

Alfons Graf hat sich am Anfang auch etwas schwer getan, dass ein neues Einwohnerratsmitglied so gleich das Präsidium übernimmt. Er hat sich das reichlich überlegt. Bettina Gomer-Beacco hat von sämtlichen Kommissionsmitgliedern und der Verwaltung die Unterstützung. Was will hier eigentlich schief gehen?

Wahl des Präsidiums für die Bürgerrechtskommission

ausgeteilte Wahlzettel:	30
eingegangene Wahlzettel:	30
leere Wahlzettel:	1
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	29
absolutes Mehr:	15
<u>gewählt als Präsidentin:</u> Bettina Gomer-Beacco, SP	29

4. Wahl Delegierter

Gemäss Gründungsvertrag der Heime Kriens AG hat der Einwohnerrat den Delegierten bzw. die Delegierte in die Generalversammlung der Heime Kriens AG zu bestimmen.

Für die Mandatierung des Delegierten, welcher alle Aktien der Heime Kriens AG vertritt, ist der Stadtrat zuständig. Aus diesem Grund soll ein Mitglied des Stadtrates als Delegierter in der Generalversammlung der Heime Kriens AG bestimmt werden. Der Stadtrat schlägt Cyrill Wiget als Delegierten vor.

Wahl eines Delegierten für die Generalversammlung Heime Kriens AG

ausgeteilte Wahlzettel:	30
eingegangene Wahlzettel:	30
leere Wahlzettel:	1
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	29
absolutes Mehr:	15
<u>gewählt als Delegierter:</u> Cyrill Wiget, Stadtpräsident	21

Cyrill Wiget dankt für das Vertrauen. Er nutzt noch die Gelegenheit auf das Gesagte von Räte Camenisch einzugehen. Man wird dem Wunsch so entsprechen.

5. Protokoll Nr. 2 vom 27. September 2018 Protokoll Nr. 3 vom 8. November 2018

Gemäss Yvette Estermann sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

6. Fragestunde

Viktor Bienz hat beim Hinfahren festgestellt, dass vor dem neuen Stadthaus nun die Fahnen hängen. Nachdem der Presse entnommen werden konnte, dass die Stadt auf Traditionelles und Kulturelles setzt, vermisst er die Krienser Farben. Wird das noch ergänzt?

Gemäss Franco Faé wurde entschieden, dass zuerst die neuen Logo-Fahnen aufgehängt werden. Mit der offiziellen Eröffnung vom Mai 2019 werden traditionellerweise die Schweizer-, Krienser- und Luzernerfahnen aufgehängt.

Laut Alfons Graf hat der Einwohnerrat im letzten April einen Vorstoss von Enrico Ercolani mit 18:11 Stimmen betr. Parkplatzgebühren angenommen. Das heisst, dies wird nun bis 2020 sistiert. Wieso erhöht der Stadtrat nun diese Gebühren von sich aus?

Gemäss Matthias Senn hat dies verschiedenste Gründe. Einer davon ist finanzpolitischer Natur. Für den Einwohnerrat ist das eigentlich nicht vollkommen überraschend, denn dies wurde bereits der KBVU mitgeteilt, dass die Einnahmen der Parkgebühren für das Budget 2019 erhöht wurden. Dies funktioniert nur mit einer Gebührenerhöhung. Der nun ausgenutzte Spielraum ist im rechtskräftigen Reglement von 2010 so vorgegeben. Bis Fr. 2.00 pro Stunde können Gebühren erhoben werden. Von diesem Handlungsspielraum hat der Stadtrat nun Gebrauch gemacht.

Thomas Lammer stellt fest, dass im Kleinfeld der Zaun zwischenzeitlich steht. Wann kann damit gerechnet werden, dass die Parkverbotstafel bei der Entsorgungsanlage ebenfalls installiert ist?

Laut Franco Faé ist alles mit der Umgebung in Bearbeitung. Man ist sich sehr wohl bewusst, dass es manchmal etwas chaotisch zu und her geht. Es braucht die juristisch richtigen Tafeln, welche über's Amtsgericht eingeholt werden müssen. Das dauert noch einen Moment, aber alles ist aufgegleist.

Raphael Spörri stellt fest, dass auf dem Velo- und Autoparkplatz Zunacher und Kleinfeld seitens Voliere Vandalenakte, Sachbeschädigungen und Diebstähle gemeldet wurden. Es bestehen auch schon Anzeigen. Ist dies dem Stadtrat bekannt und wenn ja, was unternimmt er dagegen?

Lothar Sidler führt aus, dass bisher nichts bekannt ist.

Anmerkung der Protokollführerin:

Nachträglich hat Lothar Sidler beim Leiter der Heime Kriens diese Frage abgeklärt und er bestätigt, dass es tatsächlich Vandalenakte gab. Es wurden Pneus von Fahrzeugen zerstoehen. Der Leiter der Heime Kriens steht in Kontakt mit der Polizei wegen strafrechtlicher Verfolgung und wegen Massnahmen zur Vermeidung von weiteren Vandalenakten.

Gemäss Erich Tschümperlin ist das Stadthaus nun fertig. Die Gemeindehausstrasse ist wieder offen. Dort gab es einen Veloweg, worüber man sich geärgert hat, dass dieser verschwunden ist. Im Moment ist noch keine Markierung vorhanden. Er hat Angst, dass Unfälle passieren können. Wann kommt diese Markierung?

Matthias Senn führt aus, dass die Markierungen letztes Jahr noch angeschaut wurden. Die Signalisation des Veloweges kommt demnächst, so wie es vorher schon war.

Rolf Schmid stellt fest, dass im Eichhof West die Bauprofile vor ein paar Wochen abgebaut wurden. Weiss der Stadtrat neues? Wie sieht die weitere Projektplanung aus?

Gemäss Matthias Senn hatte man bisher noch keinen Kontakt oder Sitzung in Bezug auf die weitere Planung. Man hat über Drittquellen erfahren, dass die Planung für die Vorbereitung des Baugesuches von der BVK hochgefahren wird. Beim Nidfeld dauerte es rund 1 Jahr bis das Baugesuch eingereicht wurde. Bei solchen Projekten dauert es manchmal relativ lange.

Laut Patrick Koch wurde angekündigt, dass es im KriensInfo verschiedene Änderungen geben wird. Was ändert sich genau? Welche Änderungen gibt es bei der Politik? Wird bei der Berichterstattung aus dem Einwohnerrat oder den Parteibeiträgen etwas geändert?

Cyрил Wiget führt aus, dass dazu im nächsten KriensInfo ein Artikel erscheint. Es geht nicht darum grosse Veränderungen zu verkünden, sondern man möchte das Leseverhalten der Krienserinnen und Krienser kennen. Das Gewerbe finanziert dieses Heft über die Inserate und deshalb ist man darauf angewiesen, dass man weiss, dass das KriensInfo gut gelesen wird. Mit dem Brunner Druck wurde abgemacht, dass eine Analyse über den heutigen Stand der Akzeptanz erstellt wird. Man möchte nun schauen, ob es Nachjustierungen braucht. Die Akzeptanz ist heute schon bereits sehr hoch, aber selbstverständlich kann man immer etwas optimieren. In zwei Jahren erfolgt nochmals eine gleiche Analyse um herauszufinden, ob man mit diesem Organ stärker werden konnte.

Für Enrico Ercolani ist klar, dass Parkplätze überwacht werden müssen. Heute konnte man in der Zeitung lesen, dass Kriens aufgrund der Überwachung Fr. 36'000.00 Bussgelder einnehmen konnte. Wie hoch sind die Kosten dieser Überwachung? Ist es ein Geschäft für die Stadt oder ein Defizit?

Gemäss Matthias Senn geht es zum Glück noch auf. Für eine Busse von Fr. 1'000.00 muss der Securitas Fr. 600.00 bis 700.00 für die Kontrolle bezahlt werden. Immerhin ist ein Gewinn da und es motiviert die Leute Parkgebühren zu bezahlen. Es zahlt niemand gerne Fr. 40.00 als Umtriebsentschädigung. Das ist die Differenz zu den öffentlich-rechtlichen Parkplätzen, welche von der Polizei kontrolliert werden. Dort hat die Stadt den Einnahmeausfall, aber die Bussen kassiert der Kanton.

Michael Portmann möchte wissen, wo und wie Menschen mit Behinderung rund um das neue Stadthaus parkieren können.

Franco Faé führt aus, dass Kurzzeitparkplätze auf der Seite der Gemeindehausstrasse erstellt wurden. Auch in der Zufahrt von der Schachenstrasse wurden noch Parkplätze erstellt. Es wird noch ein Behindertenparkplatz eingerichtet.

Erich Tschümperlin hat gelesen, dass die Industrie-Geleise die Aufhebung des Gestaltungsplans verlangt. Wem gehört das Land? Was passiert mit diesen Grundstücken? Vielleicht ist es analog dem Freigleis möglich gewisse Velowege zu schaffen. Ist der Stadtrat hier aktiv?

Franco Faé bestätigt, dass der Gestaltungsplan aufgehoben wurde, weil der Beschluss gefasst wurde das Gleis zurückzubauen. Dort sind sehr viel verschiedene Grundeigentümer, unter anderem die Stadt Kriens, die Stadt Luzern, der Kanton und auch das ASTRA. Die Aufhebung musste zuerst in die Wege geleitet werden und dann müssen die nächsten Schritte erfolgen. Gewisse Grundeigentümer wollen mit dem Rückbau noch zuwarten, bis sie wissen, was mit dem Areal passiert. Es wird noch anlässlich

einer Sitzung besprochen, was auf dem Grundstück der Stadt Kriens gemacht werden soll. Der Stadtrat ist somit dran.

Gemäss Kurt Gisler wurde im Luzerner Kantonsblatt vom 29. Dezember 2018 der Entwurf des Bauprogramms 2019-2022 des Kantons veröffentlicht. Sind die vom Kanton geplanten Baukosten kompatibel mit den Kostenplanungen der Stadt Kriens? Welche Auswirkungen haben diese auf die Budgetplanung?

Laut Matthias Senn müssen diese mit nichts kompatibel sein, weil schlussendlich alle Kosten für die Kantonsstrassen Sache des Kantons ist. Es gibt einfach Konsequenzen, dass an der Obernauerstrasse bei der Einmündung von Gemeindestrassen Anpassungen vorgenommen werden müssen. Hier wurden die damals bekanntgegebenen Kosten budgetiert. Diese Zahl ist aber zwischenzeitlich gestiegen und wird im nächsten Budget angepasst.

Patrick Koch kommt auf die Unterflursammelstelle beim Kleinfeld zu sprechen. Er hat sein Festtagsaltglas entsorgen können, aber beim Altöl war es schwierig, weil es keine Möglichkeit gibt. Dieses musste er im Kupferhammer entsorgen. Wer legt fest, bei welcher Sammelstelle was entsorgt werden kann? Besteht die Möglichkeit, dass man intervenieren kann, sollte die Verantwortung bei REAL liegen?

Matthias Senn war mit dieser Frage noch nie konfrontiert. Er denkt, dass die Gemeinden hier schon viel mitreden können, denn bei der Planung war man involviert. Wahrscheinlich ist die Strategie, dass man dies nicht bei allen Sammelstellen anbietet, sondern nur bei ausgewählten. Ansonsten muss im Abfallkalender stehen, wo man das Altöl entsorgen kann.

Gemäss Daniel Rösch konnte man der heutigen NLZ entnehmen, dass der Stadtrat Luzern den Stadtrat Kriens auffordert die Mobilitätsnachfrage im Gebiet LuzernSüd in die richtige Richtung zu lenken. Ist der Stadtrat in diesem Zug bereit die Stadt Luzern auf ihre eigenen Hausaufgaben bezüglich der Carparkplätze aufmerksam zu machen, um klar zu verdeutlichen, dass eine Lösung auf Krienser Boden nicht akzeptabel ist?

Matthias Senn sagt, dass der Stadtrat diese Kritik zur Kenntnis genommen hat. Wegen den Carparkplätzen herrschte nun etwas länger Stillschweigen. Nun ist ein Schreiben eingetroffen und der Stadtrat wird nächsten Mittwoch diskutieren, wie man weiter vorgeht. So oder so ist eigentlich schon seit längerer Zeit eine Sitzung auf den 7. Februar 2019 terminiert, bei der je zwei Stadträte von Luzern und Kriens sowie Verwaltungsmitarbeitende teilnehmen werden, bei der es um die Strategie der beiden Areale Hinterschlund und Grabenhof geht. Es handelt sich um 60'000 m² und dies ist die grösste unverbaute Fläche auf dem Gemeindegebiet der Stadt Kriens.

Michael Portmann möchte wissen, wer in der Stadt Kriens zuständig ist bei Bauabnahmen von Gebäuden mit mehr als 8 Wohneinheiten zu überprüfen und zu kontrollieren, ob das Behindertengleichstellungsgesetz erfüllt ist oder nicht.

Gemäss Matthias Senn hat das Bau- und Umweltsdepartement eine Stelle für die Baupolizei, welche Bauabnahmen macht. Auch eine Stellvertretung eines Mitarbeitenden der Planungs- und Baudienste ist möglich. Schlussendlich muss diese Stelle überprüfen, ob gemäss den Plänen gebaut wurde. Eine Überprüfung, ob es behindertengerecht ist, muss eigentlich schon im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens erfolgen. Hier nimmt normalerweise die Fachstelle für behindertengerechtes Bauen Stellung.

Wenn Erich Tschümperlin es richtig gesehen hat, hat der Kanton ein Baugesuch für K4 eingegeben. Wie sieht es aus? Kann man schon etwas über den Zeitplan sagen?

Matthias Senn erklärt, dass verschiedene Baugesuche laufen. Zum einen betrifft es die Obernauerstrasse, zu welcher das Projekt Ende Jahr 2018 endlich aufgegeben ist. Im Moment liegt die Anpassung der Bushaltestelle im Kupferhammer auf. Von Interesse ist nun vor allem die Obernauerstrasse. Hier ist der Zeitplan vom Kanton vorgegeben. Da nun noch Einsprachen eingingen und Landerwerb erfolgen muss, dauert die Ausführungsplanung noch ein Jahr. Man hofft, dass 2020 begonnen werden kann. Das Projekt ist jetzt schon 10 Jahre alt.

Wenn Alfons Graf korrekt informiert ist, muss der Ausbau der Rengglochstrasse vors Volk. Wann ist dieser Abstimmungstermin?

Matthias Senn kennt den Termin nicht genau, wird jedoch irgendwann im 2019 oder 2020 erfolgen.

Erwin Schwarz führt aus, dass der neue Blumenladen zwischen der Bäckerei Habermacher und Uhren Muff einen 5-Jahresvertrag von der Pensionskasse Luzern erhalten hat. Was ist der Stand der Planung zur Überbauung von diesem Areal?

Gemäss Matthias Senn hat die Luzerner Pensionskasse eine Anfrage an den Stadtrat gemacht, welche er Ende 2018 beantwortet hat. Auf diesem Areal stehen drei erhaltenswerte Objekte. Bei der Planung möchte man ein qualifiziertes Verfahren und vor allem, dass Varianten mit und ohne Erhalt des Zeierhauses geprüft werden. Die Luzerner Pensionskasse ist nun an internen Beratungen, wie es weitergehen soll.

Michael Portmann hat in den Ferien mit einer Geomatikerin darüber diskutiert, wie man die Höhe von Hochhäusern messen kann. Wer kontrolliert in Kriens, wie hoch die Hochhäuser am Mattenhof tatsächlich sind?

Matthias Senn teilt mit, dass bisher noch kein Hochhaus abgenommen wurde. Der Mattenhof ist der Nächste, ist aber noch nicht zur Abnahme bereit. Bei Bauabnahmen werden keine Höhen nachgemessen. Wenn die Anzahl Geschosse gebaut wurden, wie sie eingegeben wurden, dann geht man davon aus, dass auch diese Höhe stimmt. In der Regel wird das auch nicht beanstandet, weil man sicher merkt, wenn ein Gebäude plötzlich 3 Meter höher ist.

Laut Enrico Ercolani stand in der Botschaft zur Stadt Kriens, dass gemeindeeigene Fahrzeuge nicht unbeschriftet werden, ausser bei Neuen. Jetzt sieht man aber schon einige, die unbeschriftet sind. Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder hat der Stadtrat das eingehalten was er versprochen hat oder er hat gelogen. Wie sieht es aus?

Gemäss Matthias Senn ist ein Fahrzeug vom Werkunterhalt neu. Bei den anderen weiss er nicht, wer was entschieden hat.

Beat Tanner hat noch eine Frage zum neuen Stadthaus. Sein Schwager wollte einen Brief einwerfen, aber es war nur für die Steuern angeschrieben. Beim alten Gemeindehaus waren die Briefkästen zu. Wann werden die Briefkästen angeschrieben, damit man weiss, wo man die Briefe einwerfen kann?

Laut Franco Faé sollten die Briefkästen eigentlich in Betrieb sein. Er geht dem nach.

Erwin Schwarz wurde angesprochen, dass die Miete des neuen Pilatussaals wahnsinnig viel teurer wird als der alte. Der Sprechende hat dieses Reglement aber noch nicht angeschaut. Kann man in Prozent sagen, wie viel der neue Saal teurer ist?

Franco Faé weiss nicht genau wie teuer der alte Saal war, aber der Neue kostet für Einheimische Fr. 700.00 und für Auswärtige das Doppelte. Hinzu kommt die Technik oder gewisse Zusatzausrüstung. Er ist der Meinung, dass es nicht eine so wahnsinnige Erhöhung zu vorher ist. Man ist immer noch an der Festlegung der Gebühren.

Enrico Ercolani stellt fest, dass nach der Schliessung der Hohle Gasse, fast keinen kleinen Saale mehr vorhanden sind, wo man eine Fraktionssitzung abhalten kann. Der Wirt fragt immer als erstes, ob denn auch gegessen wird. Mit dem mageren Gehalt des Einwohnerrates gibt das ein Defizit-Geschäft. Die Stadt hat nun neue Sitzungslokale. Er ist der Meinung, dass die Möglichkeit besteht, dass den Fraktionen vor den Einwohnerratssitzungen ein solches Zimmer gratis zur Verfügung stellt. Ist das tatsächlich so?

Gemäss Yvette Estermann hat die Geschäftsleitung diese Frage bereits beraten. Alle Fraktionschefs werden angefragt, wie sie es bisher gemacht haben. Danach wird das weitere Vorgehen besprochen.

7. Bericht und Antrag: Bauabrechnung Werterhaltung Gemeindestrassen

Nr. 155/18

Gemäss Viktor Bienz erklärte der Bauvorsteher der KBVU, dass die Bauabrechnung eher ungewöhnlich rauskam. Der Rahmenkredit kann man nicht mit anderen Krediten vergleichen. Dem Kredit von 2.5 Mio. Franken wurde am 28. Juni 2007 zugestimmt, nun wurde mit 1.579 Mio. Franken abgerechnet. Im Bericht sind die Begründungen zu den Abweichungen klar beschrieben worden. Von einer Kostenunterschreitung ist dabei nicht die Rede. Damals hat der Einwohnerrat mit grossem Vertrauen dem Gemeinderat einen Blankoscheck ausgestellt und ihn verpflichtet zu den Strassen Sorge zu tragen. Wie man inzwischen weiss, ist ein solcher Blankoscheck nach dem heutigen HRM2-Model gar nicht mehr möglich. Das Eintreten in der KBVU war unbestritten. Den Kommissionsmitgliedern ist es aber weiterhin sehr wichtig, dass man zu den Strassen Sorgen trägt und der Zustand immer gut im Auge behalten wird. Asphaltstrassen müssen nach einer Lebensdauer von 30 - 40 Jahren generell erneuert werden. Der Bitumenanteil nimmt jährlich ab und der Asphalt hungert aus und zerfällt. Gezielte Reparaturarbeiten, dank einem guten Kontrollsystem, können helfen Kosten im Griff zu behalten. Das Strasseninformationssystem LOGO von Geologix zur Überwachung wird schweizweit angewendet. Der Kanton Luzern sowie die Stadt Luzern arbeiten schon viele Jahre damit. Das LOGO soll für die Stadt Kriens von grossem Nutzen sein. Schlussendlich wurde in der KBVU dem Beschlusstext einstimmig zugestimmt.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat laut Viktor Bienz mit Freude festgestellt, dass man vom damaligen Baukredit von 2.5 Mio. Franken nicht alles brauchen muss. Wie man im B+A lesen konnte, kann man mit einer guten Zusammenarbeit im Werkleitungsbau mit anderen Partnern durchaus gegenseitig Kosten sparen. Das ist sehr erfreulich. Aber bedingt natürlich, dass man die geplanten Bauvorhaben gegenseitig und rechtzeitig bekannt gibt. Die Stadt Kriens hat rund 30 km Stadtstrassen, 33 km Privatstrassen und 79 km Güterstrassen. Dass man für den Unterhalt der Strassen genügend Finanzen zur Verfügung stellen muss, ist der CVP/JCVP-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Die Überprüfung durch das LOGO-Informationssystem unterstützt sie. Das Strassenüberprüfungsfahrzeug findet sie eine gute Sache. Die CVP/JCVP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A und wird diesem auch zustimmen.

Gemäss Patrick Koch, SVP-Fraktion, ist die vorliegende Bauabrechnung Vergangenheitsbewältigung. Dem Rahmenkredit von 2.5 Mio. Franken hat der Einwohnerrat damals zugestimmt und jetzt werden 1.579 Mio. Franken abgerechnet. Die Begründungen zur Abweichung liegen vor. Es wäre jedoch falsch von einer Kostenunterschreitung zu sprechen, da viele Projekte gar nicht ausgeführt wurden. Er denkt da beispielsweise an die Arsenalstrasse. Es erstaunt den Sprechenden dann schon etwas, wenn dieser Kredit um fast 1 Mio. Franken unterschritten wird und dabei gewisse Gemeindestrassen dringend saniert werden müssen. Hier denkt er an den Lauerzweg. In der KBVU wurde eingehend auf die aktuellen Zustände der Krienser Strassen eingegangen. Das zukünftige Strassenmanagement wurde vertieft vorgestellt. Die Werterhaltung von den Strassen ist eine Daueraufgabe. Die Einführung des Strasseninformationssystems LOGO darf eine grosse Hilfe bei der Priorisierung der Unterhaltsarbeiten darstellen. Die SVP-Fraktion ist für die Annahme des vorliegenden B+A.

Die FDP-Fraktion tritt laut Thomas Lammer auf das Geschäft ein und wird dieses auch einstimmig annehmen. Der vorliegende Kredit stammt aus einer Zeit, wo die wenigsten der heutigen Einwohnerratsmitglieder bereits hier sassen. Auch Thomas Lammer's fast 11 Jahre reichen dafür längstens nicht. Der Charakter des Rahmenkredites ist mit der heutigen Rechnungslegung und Gesetzgebung nicht mehr vereinbar. Deshalb wird heute ein Schlussstrich gezogen. Dem damaligen Grundsatz, dass man auf die Strassen schauen will, möchte die FDP-Fraktion aber auch heute nicht widersprechen. Die Stadt Kriens verfügt heute über elektronische Aufzeichnungen, welche ein gutes Bild über den Zustand des städtischen Strassennetzes abgeben. Dieser Zustand ist insgesamt gut. Bei der Durchsicht der einzelnen Strassenabschnitte im Bericht ist der FDP-Fraktion aufgefallen, dass ein Anteil der Krienser Unternehmen vorhanden ist, möglicherweise aber ausbaufähig ist. Wo dies der gesetzliche Rahmen der Vergabe und die Aufgabe es ermöglichen, sollten auch Krienser Unternehmen berücksichtigt werden. Die FDP-Fraktion dankt für den Bericht und wird wie bereits gesagt dem Antrag zustimmen.

Raphael Spörri, SP-Fraktion, führt aus, dass bekanntlich der Rahmenkredit über 2,5 Mio. Franken im Jahre 2007 gesprochen wurde. Damals sicher aus guten Gründen und nachvollziehbar. Es ist richtig, dies nun abzuschliessen und wäre mit HRM2 wohl auch nicht mehr rechtens. Es macht absolut Sinn, in Zukunft mit LOGO, dem Strasseninformationssystem, zu arbeiten. Dies ermöglicht es sporadisch zu untersuchen und darauf einzugehen, wenn es nötig ist. Dazu erlaubt es auch eine rollende Planung die effizienter und dadurch auch gezielter, sprich kostengünstiger bewerkstelligt werden kann. Etwas verwirrend für die SP-Fraktion ist die Aussage, dass der Strassenunterhalt nicht zur politischen Manipulermasse werden darf. Wieso soll die Finanzierung der Strassen nicht politisch gesteuert werden? Bei der Sozialhilfe, Bildung und Gesundheit geschieht genau dies immer wieder und da geht es um Menschen. Gute Strassen erhöhen die Sicherheit, vor allem auch für Velofahrer. Doch vergolden muss man diese auch nicht und darum verlangt die SP-Fraktion im Unterhalt ein sinnvolles Augenmass. Und dann gilt halt auch hier das Verursacherprinzip. Es sollen jene ihren Fahrweg bezahlen, welche ihn auch nützen und darauf auch Platz zum Parkieren beanspruchen. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Beschlusstext zu.

Raoul Niederberger nimmt zwei Dinge vorweg. Die Grüne/GLP-Fraktion ist mit der vorgelegten Bauabrechnung grundsätzlich einverstanden. Sie tritt deshalb auf den B+A ein und wird die Abrechnung genehmigen. Die Grüne/GLP-Fraktion begrüsst es, dass dieser «uralte» Baukredit endlich abgeschlossen werden kann. Das am Ende eine Kostenunterschreitung von fast einer Million Franken steht, ist auf der einen Seite erfreulich. Auf der anderen Seite ist es für die Grüne/GLP-Fraktion natürlich bedauerlich, dass diese Mittel solange für Strassensanierungen gebunden waren, welche zum Teil bis heute nicht durchgeführt wurden. In Zeiten knapper Kassen hätte sie dieses Geld lieber irgendwo anders gesehen. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist aber auch klar, dass die Budgetierung des Globalkredites im Jahre 2007 keine einfache Aufgabe war, da wirkliche Vergleichswerte fehlten. Deshalb ist der Einsatz des neuen Strasseninformationssystems LOGO der richtige Weg. Mit dem konsequenten Monitoring können die relevanten Daten für die Zukunft erhoben werden. Die Grüne/GLP-Fraktion hofft deshalb, dass man für den Werterhalt der Strassen in Zukunft keine Sonderkredite mehr braucht.

Beat Tanner geht auf das Votum von Raphael Spörri ein. Er sagte, dass die Nutzer dies bereits selber bezahlen müssen. Vielleicht weiss er das nicht, aber die Gemeinden erhalten jeweils auch einen Anteil der Motorfahrzeugsteuern und der LSVA. Selbstverständlich wird das Geld auch dafür eingesetzt, was Raphael Spörri sich wünscht. Das passiert also schon.

Matthias Senn dankt, dass sich alle Fraktionen mit dieser Materie befasst haben. Wichtig ist einfach zu wissen, dass wenn in den letzten 10 Jahren weniger Geld ausgegeben wurde, heisst es nicht das etwas verschlafen wurde. Das Monitoring zeigt, dass der Strassenzustand in Kriens auf Grün ist. Er hat aber auch aufgezeigt, dass wenn in den nächsten 5-10 Jahren nichts gemacht wird, dann kann es sehr schnell rot werden. Das war mit der politischen Manipuliermasse gemeint. Es ist wichtig, dass man auch weiterhin zum Werterhalt der Strassen schaut und nicht dasselbe passiert, wie bei den Schulanlagen.

Yvette Estermann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Bauabrechnung „Werterhaltung Gemeindestrassen“ im Betrag von Fr. 1'579'416.55 wird genehmigt.*
2. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 155/18:

Der Beschlussestext wird mit 29:0 Stimmen genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja

Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

8. Bericht und Antrag: Bauabrechnung modulare Schulraumprovisorien auf der Krauerwiese Nr. 164/18

Yvette Estermann begrüsst als Sachverständigen Daniel Hofmeister.

Gemäss Martin Zellweger war das Eintreten und die Zustimmung zum Beschlusstext des B+A Bauabrechnung modulare Schulraumprovisorien auf der Krauerwiese in der KFG unbestritten und einstimmig. Es gab auch keinen Grund die Bauabrechnung nicht zu genehmigen, wurde doch der Baukredit unterschrieben und das angekündigte Resultat trotzdem gemäss Vorgaben umgesetzt. Auch die Bauabrechnung scheint korrekt und nachvollziehbar begründet. Die KFG bedankt sich beim Stadtrat für die kostenbewusste Umsetzung. Zu Anmerkungen einiger Fraktionen führte dann auch nicht nur die Bauabrechnung selber. Vermehrt wurde erneut die langfristige Ausrichtung dieser modularen Objekte kritisiert, so wie sie jetzt dargestellt ist und nach Meinung vieler vom Stadtrat anders angekündigt wurde. Ja, es wurde wie vereinbart gebaut und somit der B+A aus dem Jahr 2015 umgesetzt und dies zu leicht tieferen Kosten. Die Langfristigkeit dieser Objekte, wie sie der Stadtrat heute sieht, wird von vielen aber kritisiert und genau dazu hat die KFG auch in der Detailberatung eine Bemerkung zum Bericht angebracht. Grundsätzlich wissen aber alle, dass dieses Thema in der letzten Einwohnerratssitzung umfassend diskutiert wurde. Der Stadtrat hat den Auftrag im Rahmen der Schulraumplanung Kuoni-matt auch die Strategie der Modulbauten zu überprüfen. Diese Diskussion sollte somit auch nicht heute stattfinden. Zu Bauabrechnungen gab es in der Vergangenheit bereits wiederholt Diskussionen und Kritik zum Format, zur Transparenz sowie zur Nachvollziehbarkeit der Darstellung. Der in der Sitzung anwesende, erst seit kurzer Zeit in Kriens tätige Abteilungsleiter Immobiliendienste, Daniel Hofmeister, hat die Anliegen im Grundsatz verstanden, aufgenommen und konnte auch glaubwürdig aufzeigen, dass er diesbezüglich mit seinen Erfahrungen einiges an Erneuerungen und Strukturierungen in zukünftige Dokumentationen einbringen kann. Nur so kann man als Kommission und als Einwohnerratmitglied zukünftig Planungs-, Antrags- und Abrechnungsdokumente plausibel gegenüberstellen, nachvollziehen und darüber stufengerecht entscheiden. Die KFG freut sich über diese Fachkompetenz in der Stadtverwaltung. Auch diesmal wurden verschiedene Fragen gestellt, welche im Nachgang beantwortet werden konnten. Es waren unter anderem Klarstellungen zu der Ausstattung, aber auch zu nachträglichen Umbauten sowie zum unbefristeten Baugesuch. Als Kommissionspräsident hat Martin Zellweger seine Sprechzeit in der letzten Sitzung arg strapaziert. Eigentlich wollte er an dieser Stelle sagen: Mit gutem Neujahrsvorsatz hält er sich heute somit kurz. Nachdem er jetzt aber verstanden hat, dass man aufgrund des neuen teureren Parlamentssaals die Redezeiten kürzen sollte, muss er noch verlängern, solange man im günstigeren Saal ist. Aber wenn es dann zukünftig doch noch zum Problem wird, dann kann man ja noch in einen günstigeren Saal ausweichen, bevor man seine Voten stützen muss.

Die CVP/JCVP-Fraktion stimmt laut Ursula Wendelspiess der Bauabrechnung zu und nimmt den Antrag an. Das Budget wurde eingehalten und die Abweichungen wurden schlüssig erklärt, was sie positiv entgegennimmt. Nicht einverstanden ist sie mit der Strategie ein Modul dauerhaft auf der Krauerwiese stehen zu lassen. Daher wird die CVP/JCVP-Fraktion dem Bemerkungsantrag der KFG zustimmen.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat für die Berichterstattung mit der vorliegenden Bauabrechnung. Der vorliegende Bericht zeigt in einer einfachen Gegenüberstellung auf, dass im Rahmen der Umsetzung der geplanten Modulbauten bewusst Einsparpotentiale berücksich-

sichtigt wurden und somit tiefere Kosten ausgewiesen werden konnten. Dies ist der richtige Ansatz und zu diesem Vorgehen möchte die SVP-Fraktion den Stadtrat durchaus auch für zukünftige Vorhaben ermuntern. Zur Bauabrechnung selber hat die SVP-Fraktion im Rahmen der Kommissionsarbeit Fragen gestellt, welche in der Sitzung oder im Nachgang beantwortet wurden. Über die Diskussion zum Format von Bauabrechnungen hat der Sprechende ebenfalls bereits aus der Kommission informiert. Dass die Kosten für die Modulbauten tiefer als geplant ausgefallen sind erfreut die SVP-Fraktion. Es wirft aber einmal mehr ein schiefes Licht auf die beantragten Kredite für die Verschiebung der Module. Der Preis für die Verschiebung rückt damit also noch einmal näher an den Neuerstellungspreis. Das ist äusserst fragwürdig, wenn man sich die Versprechen des ursprünglichen Antrags für die Modulbauten ansieht. Mit der Feststellung, dass der ursprünglich versprochenen Wiederverkaufswert fast gänzlich entwindet und die Verschiebung der Module jetzt erst recht fast gleich teuer wie die Neuerstellung ist, wird man darin bestätigt, dass die Überprüfung der Modulstrategie dringend notwendig ist und dass der Einwohnerrat in der letzten Sitzung die richtigen Vorgaben an den Stadtrat entschieden hat. Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein, freut sich über die erfüllte Leistung zu tieferen Kosten und wird die Bauabrechnung genehmigen.

Roger Erni, FDP-Fraktion stellt fest, dass schon in der KFG Einigkeit über diese Bauabrechnung herrschte. Auch in der FDP-Fraktion ist dies der Fall und somit wird sie darauf eintreten und diesen annehmen. Mit 32:0 Stimmen wurde am 30. April 2015 der B+A 164/2015 angenommen. Es gibt 2-3 Sachen, worüber man sich vergewissern muss, dass wenn hier weiter geplant wird, dass diese angeschaut werden. Auf Seite 4 steht: „*Ab 2018 können mobile Bauten des Provisoriums Kirchbühl für den Hort und für dringend benötigte Räume für die Integrative Förderung im Schulhaus Obernau verwendet werden*“. Weiter heisst es: „*Der Investitionsschutz kann so am besten gewährleistet werden*.“ Mit 20:11 Stimmen wurde eine Bemerkung über Freiflächen auf der Krauerwiese angenommen. Die FDP-Fraktion hat ein klares Votum und sagt ja zur Bauabrechnung. Diese Geschichte wird die Stadt noch länger beschäftigen. Der Sprechende dankt im Namen der FDP-Fraktion.

Gemäss Raphael Spörri ist die SP-Fraktion für Eintreten und wird dem B+A zustimmen. Sie dankt der Verwaltung für den sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Ressourcen und dem Erstellen des vorliegenden B+A. Es ist erfreulich, dass nicht der ganze Kredit ausgeschöpft wurde. Dies zeugt ihrer Meinung nach von einer sorgfältigen Planung und dem Mut, auch während der Umsetzungsphase Anpassungen vorzunehmen. Dieser Mut wird gebraucht, auch wenn es darum geht die Strategie der weiteren Modulbauten zu bestimmen. Die Gegebenheiten zu ändern oder Unvorhergesehenes anzupassen ist etwas, was man noch lernen muss. Es scheint der SP-Fraktion aber wichtig, dass der Stadtrat den in der letzten Sitzung erzwungenen Weg geht und folgende Prioritäten macht:

1. Den angedachten Wettbewerb in der Kuonimatt vorantreibt
2. Die Resultate dessen abwartet
3. Auf Grund der Resultate eine nachvollziehbare Lösung umsetzt.

Raphael Spörri weiss, dass dies nicht Thema dieses B+A ist. Darum wird auch die SP-Fraktion, wie zu Beginn erwähnt, dem B+A zustimmen und ist für Eintreten.

Laut Erich Tschümperlin ist die Grüne/GLP-Fraktion für Eintreten und wird dem B+A zustimmen. Trotzdem ist sie mit diesem B+A nicht zufrieden. Vor allem auch deshalb, weil dieses Bauprojekt an der letzten Einwohnerratssitzung viel zu reden gegeben hat. Da wurde unter anderem gefragt, weshalb es wiederum viel Geld für die Ausstattung braucht, obwohl bereits bei diesem Projekt Fr. 220'000.00 budgetiert waren. Dass diese Frage kommen wird, lag auf der Hand und eine Antwort darauf hätte Zeit und Geld erspart. Erst heute Morgen haben die KFG-Mitglieder dazu ein paar grobe Angaben erhalten. Das macht die Arbeit auch nicht einfacher. Auf Seite 4 wird im zweitletzten Abschnitt darauf hingewiesen, dass bei jedem Benutzerwechsel bauliche Anpassungen notwendig waren. Diese Abweichung dürfte wohl mit Abstand die Grösste sein. Spätere Anpassungen lagen im 5-stelligen Bereich und benötigten einen Nachtragskredit. Diese Kosten gehören in diese Bauabrechnung und sollte auch noch

dem Rest des Einwohnerrates kommuniziert werden, weil diese erheblich sind. Ob diese baulichen Anpassungen nach der Fertigstellung und Inbetriebnahme überhaupt in diese Bauabrechnung gehören ist sich der Sprechende nicht sicher. Abgesehen davon fehlen wichtige Zahlen in der Bauabrechnung, zum Vergleichen und auch im Hinblick auf die kommenden Bauprojekte. Darum hat Erich Tschümperlin dazu andere Bauabrechnungen angeschaut. An dieser Stelle möchte er auf einen verweisen: B+A Bauabrechnung Erweiterung des Bezirksgerichtes Kriens (Nr. 018/2013). Darin findet man etwas mehr Details. Bei der Bauabrechnung findet man nicht nur einstellige BKP-Positionen, sondern auch die relevanten zweistelligen. Relevant heisst, dass es diese sind, welche grössere Abweichungen haben. Erich Tschümperlin findet dies durchaus angemessen und auch die richtige Flughöhe für die Einwohnerratsmitglieder. Es erspart viele Fragen und ermöglicht auch eine richtige Vorbereitung. Im Kapitel 5 finden sich denn auch die wichtigsten Abweichungen, sogar mit der BKP-Nummer, jedoch ohne Zahlen. Auch grosse Abweichungen können durchaus eine tiefere Position haben und erlauben Vergleiche. Der Sprechende kommt nochmals auf die baulichen Anpassungen zurück. Alle haben betont, dass man unter Budget ist und dies gut ist. Wenn man aber weiss, dass diese baulichen Anpassungen ein fünfstelliger Betrag sind, dann wären die Modulbauten für die Erstellung nochmals tiefer gewesen und dann ist man wieder beim Thema, welches Martin Zellweger angesprochen hat. Umso wichtiger sind auch Angaben, welche einen Vergleich der Erstellung erlaubt. Das sind der BKP 2 Gebäude Preis pro Quadratmeter und pro Kubikmeter. Diese sind übrigens im Baukredit explizit ausgewiesen und der Sprechende hätte diese gerne verglichen mit dem was nun erstellt wurde. Diese Kennwerte braucht man, gerade wenn man über neue feste und mobile Schulraumprojekte entscheiden muss. Gerade in der Kuonimatt möchte die Grüne/GLP-Fraktion die Kennwerte in Bezug auf die Kosten dieser Objekte kennen. Und die Planwerte sind auch im Baukredit aufgeführt. Warum hat man diese nicht in die Bauabrechnung aufgenommen? Das ist der Grüne/GLP-Fraktion rätselhaft. Kann der Stadtrat die offiziellen Zahlen bitte heute noch nennen? Die Grüne/GLP-Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn sich die Bauabrechnungen noch mehr an den Baukrediten orientieren würden. Und es würde die Arbeit der Einwohnerratsmitglieder wesentlich vereinfachen, wenn die Struktur der Bauabrechnungen und Baukredite immer eine ähnliche Struktur hätten. Dass die Gemeinde sich auch ans Baugesetz halten und unbenutzte Dachflächen begrünen muss, ist keine Frage und macht auch ökologisch Sinn. Im Hinblick auf die immer höhere Verdichtung nach innen werden solche Massnahmen sehr wichtig. Und dass der Stadtrat dafür Rückstellungen machen will unterstützt die Grüne/GLP-Fraktion. Dass der Stadtrat selber merkt, dass die temporäre Baubewilligung abgelaufen ist, gehört zu seiner Aufgabe. Wenn er aber erst auf Nachfrage hin merkt, dass er gar keine Baubewilligung mehr hat, dann fragt man sich schon, wie er seine Pendenzen organisiert. Offenbar hat die Stadt Kriens nun eine illegale Baute auf der Krauerwiese. Erich Tschümperlin hat sich gefragt, ob die Baupolizei schon vorstellig geworden ist. Einen Punkt muss er an dieser Stelle auch noch loswerden. An der Einwohnerratssitzung im Dezember 2018, beim Projektierungskredit Kuonimatt, hat er darauf hingewiesen, dass im Baukredit der Modulbauten der hohe Wiederverkaufswert angepriesen wurde. Daran wollte sich im Gemeinderat niemand mehr so recht erinnern. Der Sprechende hat nun in diesem B+A Nr. 164/2015 nachgeschaut und folgendes gefunden: *„Ein weiterer Vorteil ist, dass die beiden gekauften Modulanlagen ihren Gegenwert beibehalten und jederzeit weitervermietet oder verkauft werden können. Die ERNE AG hat die Möglichkeit eines Rückkaufes auch angeboten.“* Weiter unten steht: *„Falls nicht alle Module ab 2018 wieder erwarten verwendet werden können, wird die ERNE AG Holzbau ein Rückkaufangebot unterbreiten. Der Investitionsschutz ist gesichert.“* Ähnlich hat sich der Gemeinderat an der Einwohnerratssitzung vom 30. April 2015 geäussert. Wenn er sich nun an die Aussagen der letzten Einwohnerratssitzung erinnert, dass die Module praktisch keinen Wiederverkaufswert haben, und dies ohne die Firma ERNE AG überhaupt kontaktiert zu haben, dann muss sich der Stadtrat nicht wundern, wenn der Einwohnerrat nicht mehr alles einfach so glaubt und das Vertrauensverhältnis leidet, um es für einmal sanft zu formulieren. Erich Tschümperlin möchte den Stadtrat im Hinblick auf den Projektwettbewerb bitten, dies doch noch anzuschauen. Die Grüne/GLP-Fraktion wird jedenfalls bei diesem Punkt sehr kritisch hinschauen. Der letzte Punkt, und einer der die Grüne/GLP-Fraktion sehr stört, findet sich ausgerechnet in der Würdigung des Gemeinderates. Dort schiebt er erneut die Schuld, dass die Modulbauten nicht verschoben werden konnten dem Einsprecher in die Schuhe. Erstens ist eine Einsprache ein demokratisches Recht das es zu respektieren gilt, Punkt. Den Einsprecher für eigene Fehler verantwortlich zu machen und an den Pranger zu stellen fördert nur die Politikverdrossenheit und trägt nichts zur Lösung bei. Zweitens spricht der Gemeinderat seit weit über 10 Jahren davon, dass es in der Kuonimatt Schulraum braucht. Auch die Schulraumplanungen der letzten Jahre zeigen dies schon lan-

ge an. Wenn dann das Projekt und das Baugesuch so spät gestartet werden, dass mit einer Einsprache der Schulbetrieb gefährdet wird, dann liegt das ganz sicher nicht am Einsprecher. Jeder private Bauherr muss dies berücksichtigen, und die Stadt auch. Und drittens hat dieser Punkt hier gar nichts verloren. Hier geht es um die Bauabrechnung auf der Krauerwiese und nicht um die Kuonimatt. Die Grüne/GLP-Fraktion bittet den Stadtrat in Zukunft auf solche Schuldzuweisungen zu verzichten.

Gemäss Franco Faé unterbreitet der Stadtrat die Bauabrechnung vom 21. November 2018, welche von der Treuhandfirma TRUVAG geprüft wurde und ohne Bemerkungen zur Annahme empfohlen wird. Es ist erfreulich, dass die Abrechnung mit einem Minderaufwand von rund. Fr. 174'000.00 abschliessen kann. Darin ist eine Rückstellung von Fr. 50'000.00 für die Begrünung der Flachdachflächen vorgesehen, welche bei einem längeren oder definitiven Standort realisiert wird. Die Begründungen zu den Abweichungen in der Bauabrechnung in den BKP-Positionen sind im B+A erwähnt. Die zusätzlichen Antworten zu den Fragen aus der KFG-Sitzung wurden den Mitgliedern schriftlich mitgeteilt. Er möchte nun kurz auf diese Fragen eingehen und beantworten. Man wollte wissen, was bei der Ausstattung gewechselt hat, was enthalten war und was realisiert wurde:

BKP	Beschrieb	KV Baukredit	Bauabrechnung	Abweichung
900	Möbeleinrichtungen	Fr. 100'000.00	Fr. 79'218.00	Fr. -20'782.00
910	Feste Installationen (Beamer, Whiteboard)	Fr. 110'000.00	Fr. 95'595.00	Fr. -14'405.00
941	Signaletik, Beschriftungen	Fr. 10'000.00	Fr. 9'074.00	Fr. -926.00
9	Total	Fr. 220'000.00	Fr. 183'887.00	Fr. -35'113.00

Im 2016 erfolgte der Rückbau und die Umnutzung des Werkraums. Für den Einbau der bestehenden Schulküche vom Kirchbühl und die Umzugsarbeiten wurden Fr. 73'639.00 eingesetzt. Im 2017 standen die Nutzungsänderungen zum Provisorium Brunnmatt an. Hier erfolgte der Rückbau der alten Schulküche, welche entsorgt und der Raum dann in Klassenzimmer umgenutzt wurde. Dafür wurden Fr. 49'290.00 eingesetzt. Die Frage der Baubewilligung zur Erteilung der definitiven Baubewilligung hat der Sprechende gestern allen Einwohnerratsmitgliedern mitgeteilt. Diese ist im BUD in Bearbeitung, aber noch nicht offiziell bewilligt. Der Entscheid zur Erstellung der beiden Modulbauten darf abschliessend als richtiger Entscheid betrachtet werden. Seit der Inbetriebnahme sind alle bisherigen Nutzer mit dem Betrieb sehr zufrieden und fühlten sich sichtlich wohl in den Anlagen. Erfreulich ist auch, dass einige Einrichtungen von der Schulanlage Kirchbühl verwendet werden konnten. Über die weitere Verwendung der Modulbauten wird gemäss Auftrag des Einwohnerrates die Gesamtstrategie erarbeitet. Franco Faé nimmt nun noch zu den einzelnen Voten Stellung. Es wurde gesagt, dass die Module keinen Gegenwert mehr haben. Das stimmt so nicht. Diese sind nicht Fr. 0.00 wert, das ist dem Stadtrat auch sehr wohl bewusst. Dass man mit der Firma ERNE AG keine Rücksprache genommen hat, ist korrekt. Bis im Dezember hatte man aber auch gar nicht die Absicht diese zu verkaufen. Die Strategie war diese zu behalten. Der Stadtrat wird dies nun noch nachholen. Zum Wettbewerb Kuonimatt ist man in der Vorbereitung. Die erwähnten Anpassungen wurden so gemacht. Wenn gesagt wird, dass nochmals etwas gemacht wurde, ist dies korrekt, aber nicht Bestandteil dieser Bauabrechnung, weil die Nutzung das jetzt laufende Schuljahr betrifft. Der Detaillierungsgrad der Bauabrechnung wurde in der KFG besprochen und man wird dies auch so umsetzen. Auch die Kennwerte werden entsprechend aufgearbeitet. Der Sprechende bedankt sich bei allen Beteiligten, Planern, Lieferanten und den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Es freut den Stadtrat, wenn der Einwohnerrat der Bauabrechnung zustimmt.

Erich Tschümperlin hat noch eine Frage. Für die Möbeleinrichtung wurden Fr. 100'000.00 budgetiert und Fr. 80'000.00 wurden ausgegeben. Es ist schön, dass man diese Zahlen nun hat. Aber er möchte wissen, ob dies Pulte oder andere Möbeleinrichtungen waren. In der Kuonimatt sagte man, dass es keine Pulte gibt. War das eine Komplett-einrichtung oder nur ein Teil?

Franco Faé weiss es nicht ganz genau und gibt deshalb das Wort an seine Kollegin weiter.

Judith Luthiger-Senn weiss, dass dieses Mobiliar ein Teil für das Brunnmatt war. Im Brunnmatt hatte man noch die ganz alten Pulte, bei denen die Deckel hochgehoben werden mussten. Diese wurden entsorgt und es wurde eine erste Tranche an Pulten und Stühle angeschafft. Beim Umzug ins Brunnmatt wurden diese auch mitverschoben.

Martin Zellweger möchte noch auf etwas hinweisen, bevor alle spekulieren. Im Antrag steht mobile Ausstattung, Garderobe, Schränke und Gestelle für Fr. 100'000.00. Er geht davon aus, dass es auch dafür gebraucht wurde und nicht für Pulte oder andere Ausstattungen.

Yvette Estermann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Bemerkungsantrag KFG zu Seite 3: Rückstellung für die Dachbegrünung

Gemäss Martin Zellweger erwähnt der Stadtrat, dass für die Modulbauten auf der Krauerwiese inzwischen eine unbefristete Baubewilligung genehmigt wurde. Das ist jedoch nicht ganz korrekt, wie man hörte. Dazu beantragt die KFG einstimmig:

Der Einwohnerrat stellt fest, dass die unbefristete Baubewilligung kein Präjudiz ist, für einen längerfristigen oder definitiven Standort der beiden Modulbauten auf der Krauerwiese.

Der Stadtrat hat in seinem Bericht zum Postulat Koch erwähnt, dass der Einwohnerrat zur Schulraumplanung 2018 und zum Stehenlassen der Modulbauten keine Bemerkungen angefügt hat. Man muss somit davon ausgehen, dass ohne eine einwohnerrätliche Bemerkung zum heutigen Bericht, der Stadtrat die Erwähnung der unbefristeten Baubewilligung somit als stillschweigende Zustimmung interpretieren könnte. Dies will die KFG mit dieser Bemerkung ganz einfach verhindern. Jetzt ist, wie man vorhin gehört hat, gar keine Baubewilligung vorhanden. Dies hat der zuständige Stadtrat gestern Abend per E-Mail mitgeteilt. Es mutet tatsächlich einfach etwas komisch an, dass die für die Bauten zuständigen Vertreter nicht wissen, ob eine Bewilligung erteilt ist oder nicht. Ohne Nachfragen in der KFG, wann denn die Bewilligung erfolgt ist, wäre diese Falschaussage jetzt einfach so im Bericht verankert. Das Vertrauen in die stadträtliche Berichterstattung leidet unter solchen Fauxpas. Martin Zellweger bittet den Stadtrat doch um bessere Qualitätskontrolle und Dossiersicherheit vor der Zustellung von Berichten an den Einwohnerrat. Die KFG kann seiner Meinung nach den Antrag weiterhin stellen, denn sollte eine solche Baubewilligung noch erfolgen, dann gilt diese Bemerkung trotzdem noch. Und eine vorhandene, nicht kommentierte, Aussage kann so nicht zu einer Fehlinterpretation der Meinung des Einwohnerrates führen. Die KFG beantragt beim Einwohnerrat einstimmig die Bemerkung anzubringen.

Da diesem Antrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Guido Solari liest den **Beschluss** vor:

-
1. Die Bauabrechnung „Modulare Schulraumprovisorien auf der Krauerwiese Kriens“ im Betrag von Fr. 4'035'970.00 wird genehmigt.
 2. Folgende Bemerkung wird an den Stadtrat überwiesen:
Der Einwohnerrat stellt fest, dass die unbefristete Baubewilligung kein Präjudiz ist, für einen längerfristigen oder definitiven Standort der beiden Modulbauten auf der Krauerwiese.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 164/18:

Der Beschlusstext wird mit 28:0 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	Enthaltung
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

9. Planungsbericht: LuzernSüd Vertiefungsgebiet III, IV, V & Mattenplatz

Nr. 167/18

Yvette Estermann hält fest, dass es beim Planungsbericht keine Eintretensdebatte gibt.

Gemäss Viktor Bienz, Präsident KBVU, wurde ein Teil der Vertiefungsgebiete schon zu einem früheren Zeitpunkt vorgestellt. Nun wurden die restlichen Vertiefungsgebiete erarbeitet und der Planungsbericht wird nun unterbreitet. Es wird ein regionales Konzept geben, welches die wichtigsten kommunalen Punkte beinhaltet. Dies sollte einen behördenverbindlichen Charakter haben. Momentan läuft die Vernehmlassung. Schlussendlich wird Luzern Plus dieses Projekt genehmigen müssen. Der Richtplan wird regional sein und somit wird ein regionales Konzept erstellt. Dies wurde so entschieden. Mit Bemerkungsanträgen kann man nur jetzt noch Einfluss auf LuzernSüd nehmen. Beim Eintreten wurde der Bericht positiv zur Kenntnis genommen. Sehr viel detailliertes Material zum Lesen und Studieren wurden zusammengestellt. In diesem langen Prozess wurde die Meinung der Bevölkerung miteinbezogen. Die Visualisierungen wurden sehr gut bewertet. Eine Stadt so zu planen, ist sehr interessant. Nun müssen noch die einzelnen Projekte entsprechend realisiert werden, was nicht einfach wird. Die Überführung soll in ein behördenverbindliches Reglement aufgenommen werden. Mit der Verkehrspolitik ist

man nicht ganz zufrieden. Es wurde folgender Bemerkungsantrag gestellt: „Auf die Festlegung von Fahrtenkontingente ist zu verzichten.“ Dieser Antrag wurde mit 5:1 Stimmen abgelehnt. Im Weiteren ist man über das Entscheidungsverfahren nicht ganz glücklich, da man nicht mehr viel dazu sagen kann. Dann ist es der KBVU auch wichtig, die sozialen Einrichtungen zu berücksichtigen. In den Quartieren sollen nicht nur Wohnungen gebaut werden. Die Sozialentwicklung soll berücksichtigt werden. Beispielsweise sollen dort wo eine Umnutzung Sinn macht, bei Quartierinfrastrukturen Säle für Quartiersitzungen etc. zur Verfügung gestellt werden. Eine Win-Win-Situation ist anzustreben. In den städtebaulichen Richtlinien wurde erklärt, was eine Mantelbaulinie, eine Pflichtbaulinie und was eine Platzkantenlinie ist. Die Gebäudehöhen vom Mattenplatz ist maximal 50 m und die vom Bahnhofplatz max. 107 m, was dem Quartier einen städtischen Charakter gibt. Sehr positiv ist es, dass für den Fuss- und Veloverkehr ein feinmaschiges Netz von Routen angestrebt wird. Dies ist besonders für die Kinder und älteren Leute wichtig. Der Bemerkungsantrag, dass der Mattenplatz belassen wird und auf die Umstellung auf einen lichtsignalgesteuerten Knoten zugunsten des Verkehrs verzichtet wird, wurde mit 5:1 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Bemerkungsantrag, mit dem man eine zweckgebundene Mehrwertabschöpfung im Einzugsbereich des Bypasses vom Grosshof bis zum Schlund wollte, wurde mit 4:2 Stimmen abgelehnt. Hingegen wurde der Beschlusstext in der KBVU einstimmig angenommen.

Als Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, die Unterlagen zum Planungsbericht erhalten hat, ist er erschrocken. Viel Papier, viele Pläne und Illustrationen. Das bedeutet auch gewaltig viel Auseinandersetzung persönlich, wie auch in der Fraktion. Gerade wenn man sich seriös damit beschäftigen wollte und kein Profi im Bereich Städtebau, Architektur, Verkehrsplanung und, und, und ist, dann war das doch eine Herausforderung. Er muss aber gestehen, dass sich dieses Hineinlesen und das Studium der Materie gelohnt und auch Spass gemacht hat. Der Planungsbericht und die Unterlagen zu den Vertiefungsgebieten zeigen eine beispiellose städtebauliche Auseinandersetzung mit einem grossen Gebiet, das nicht gerade eine grüne Wiese ist, aber trotzdem viel Gestaltungsspielraum lässt. Ein neuer Stadtteil wird gemeindeübergreifend entwickelt, getragen von der Politik, den verschiedensten Anspruchsgruppen und unterschiedlichsten Fachrichtungen. Diese Planung zeigt eine zukunftsorientierte Siedlungs- und auch Verkehrsentwicklung. Nur so stossen solche grossen Vorhaben auf Akzeptanz und sind identitätsstiftend. Auch wenn die vorgestellten Konzepte manchmal daherkommen wie aus einem Hochglanzwerbeprospekt, so darf man nicht vergessen, dass bis zur Realisierung noch viele Jahre vergehen werden und sich noch vieles ändern wird oder nicht so realisieren lässt. Darum ist es für die CVP/JCVP-Fraktion eminent wichtig, dass der Prozess stetig weitergeht und vor allem auch alle Menschen und Anspruchsgruppen daran partizipieren können, denn auch die sozialräumliche Entwicklung ist immer zwingend notwendig. Auffallend ist und positiv beurteilt die CVP/JCVP-Fraktion, dass die Vertiefungsgebiete ganz unterschiedliche Gesichter und Strukturen zeigen. Von urban bis ländlich, hochhausorientierten Räumen bis grünen Quartieren und einem Mix von Gewerbe und Wohnen. Ihr gefällt auch die Auseinandersetzung mit der Lenkung der Verkehrsströme, nicht nur des motorisierten Individualverkehrs, sondern auch des ÖV und des Langsamverkehr. Es ist zentral, dass ein Netz von Wegen und Verbindungen für alle Verkehrsteilnehmer zur Verfügung gestellt wird. Mit Nachdruck möchte die CVP/JCVP-Fraktion darauf hinweisen, dass insbesondere die Frage der Schulraumentwicklung mit hoher Priorität im Vertiefungsgebiet IV behandelt werden muss. Auch der Begriff „Süd Allee“ ist für ganz viele noch ein starkes Reizwort. Diese Bedenken und Ängste aus der Bevölkerung müssen weiterhin sehr ernst genommen werden. Mit den Konzepten zu den Vertiefungsgebieten III, IV, V und Mattenplatz liegen nun weitere Puzzle-Teile vor. Mit Blick auf alle nun vorliegenden Gebiete ist der Fokus auf das Projekt „Städtebauliche Potentialanalyse“ aus ihrer Sicht in den Hintergrund gerückt. Das darf nicht passieren. Nach wie vor ist es ganz zentral, dass sich die Stadt und das Bypass-Komitee für eine gute und verträgliche Lösung bei den Entscheidungsträgern von Kanton und Bund einsetzen. Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt den Planungsbericht positiv zur Kenntnis. Sie befürwortet, dass die Studien nun in ein behördenverbindliches Regelwerk überführt werden.

Gemäss Räto Camenisch, SVP-Fraktion, hat man nun zwei exzellente Referate über diese Vorlage gehört. Es ist eine riesige Gelegenheit die Stadt neu zu planen. Man muss vermeiden, dass es eine Retorten-Stadt wird, wie beispielsweise in Genf. Dort wurden riesige Klötze auf grüne Wiesen gestellt. Diese Aufgabe ist zumindest aufgrund dieses Planwerkes gut gelungen. Man darf sich bedanken, dass

man so exakt damit bedient wurde. Als Milizparlamentarier ist der Sprechende etwas an seine Grenzen gestossen. Wie es Andreas Vonesch bereits angedeutet hat, ist es als Nicht-Fachmann wahnsinnig, was man in diesen Plänen alles lesen kann. Man muss es dann immer mit seiner Meinung vergleichen. Über alles gesehen ist es ein gutes Planwerk, auch wenn man die Krienser Gesamtverkehrsplanung etwas einseitig interpretiert hat. Es wurde noch das Wort Bypass genannt. Dieser geniesst in diesem Bericht leider eine stiefmütterliche Behandlung. Dabei ist dies ein ganz wichtiges Projekt, speziell in diesem Gebiet. Wenn die Bypass-Geschichte nicht sauber von statten geht, dann wird dieses Gebiet entwertet, bevor es überhaupt gebaut ist. Deshalb wird die SVP-Fraktion eine Bemerkung beantragen, dass man in dieses Regelwerk die Zweckgebundenheit dieser Mittel spricht. Das ist ein grosses Anliegen. Es soll als Bemerkung überwiesen werden. Eine Bemerkung ist ja nicht verbindlich, sondern eine Idee, welche man festhalten möchte. Der Prozess läuft und es ist klar, dass man diesen nicht mit Zwang und Brecheisen vorwärts bringen kann. Es sieht immer mehr danach aus, dass die Stadt Kriens mit dem Problem der Potentialanalyse allein steht. Es steht gut an, wenn der Einwohnerrat sagt, dass man diese Potentialanalyse sauber verwirklicht haben möchte. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion für Eintreten und wird dem Beschlusstext zustimmen.

Die FDP-Fraktion möchte laut Thomas Lammer dem Stadtrat für die umfassende Dokumentation danken. Es war eine echte Herausforderung vom Umfang und Inhalt her. Und an dieser Stelle gleich ein kleiner Wermutstropfen: Seine Ausführungen werden nicht der Anzahl Seiten des Berichtes entsprechen. Die FDP-Fraktion ist aber für Eintreten und wird den Bericht in der Folge auch zur Kenntnis nehmen. Am Beschlusstext möchte der Sprechende gerne gleich einhaken. Auch wenn der vorliegende Inhalt noch keine Behördenverbindlichkeit aufweist, bleibt der Einwohnerrat der Stadt Kriens mit einer reinen Kenntnisnahme aussen vor. Es können zwar Bemerkungen gemacht werden, aber verabschiedet wird das spätere Regelwerk auch nicht von den jeweiligen Parlamenten. Natürlich ist die Materie komplex. Trotzdem würde sich die FDP-Fraktion wünschen, inskünftig weniger mit Planungsberichten bedient zu werden. Sie beurteilt es aber im vorliegenden Fall als absolut sinnvoll und zweckmässig das gesamte Gebiet gemeindeübergreifend zu betrachten. Damit wird eine Einheitlichkeit in der Betrachtungsweise erreicht, was sich schlussendlich in der Qualität der Umsetzung über den gesamten Perimeter niederschlägt. In den verschiedenen Vertiefungsgebieten wird eine Durchmischung angestrebt, nicht zuletzt auch zwischen Wohnen und Arbeiten. Die FDP-Fraktion begrüsst dies im Sinne der Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Unternehmungen. Es ist ihr klar, dass gerade die Ansiedlung von Gewerbe in diesen Gebieten nicht einfach wird. Trotzdem sollten die anvisierten Gewerbeanteile unbedingt angestrebt werden. Der Einwohnerrat hat sich in letzter Zeit immer wieder über die Auswirkungen des Wachstums der Stadt Kriens unterhalten. Studien zeigen, dass wachsende Städte dann erfolgreich sind wenn sie:

- eine ausgeglichene demografische Entwicklung aufweisen
- eine ausgewogene soziale Durchmischung haben
- ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen
- eine optimale Infrastrukturauslastung
- aber auch eine Beteiligung von Grundeigentümern an Kosten (Stichwort Mehrwertausgleich)

Denn es stimmt natürlich, Wachstum ist grundsätzlich gut, aber Wachstum ist nicht immer erfolgreich. Vergleichsweise wurden zum vorliegenden Geschäft wenige Bemerkungen eingereicht. Die FDP-Fraktion wird der Bemerkung der SVP zum Bypass zustimmen. Die anderen Bemerkungen der SVP wird sie ablehnen. Der Bemerkung der SP zu den Parkhäusern wird die FDP-Fraktion zustimmen und die anderen ablehnen. Sie dankt für den Bericht.

Clä Büchi, SP-Fraktion, möchte einführend die übergeordnete Betrachtung positiv würdigen und begrüsst auch die formulierte Absichtserklärung im Planungsbericht auf Seite 4. Er zitiert: „Ziel ist es, die Areale nachhaltig zu entwickeln und einen für die ganze Region attraktiven, neuen lebendigen Stadtraum zu schaffen.“ Hinter diesem Satz kann die SP-Fraktion voll und ganz stehen. Es gibt allerdings Punkte, die ihrer Meinung nach den formulierten Erwartungen nur teilweise gerecht werden. So scheint ihr, dass die Partizipation nach wie vor eher stiefmütterlich behandelt wird. Auch zu ein paar anderen

Themen wird die SP-Fraktion in der Detailberatung noch Bemerkungsanträge vorbringen. Auch möchte sie festhalten, dass die Materie so komplex und fachlich anspruchsvoll ist, dass eine fundierte Beurteilung einer Überforderung gleichkommt. Der Sprechende ist es gewohnt, städtebauliche Planungen zu lesen und zu beurteilen. Aber bei einem solchen Werk spielen so viele Aspekte und Fachthemen hinein, dass man ohne das spezifische Wissen und ohne Kenntnisse von den planerischen, verkehrlichen, landschaftlichen und nicht zuletzt wirtschaftlichen Hintergründen auf die Schnelle kaum einen substanziellen Beitrag leisten kann. Allgemein muss man sich für das gesamte Gebiet einfach wünschen, dass es dereinst belebt ist, die Wohnungen und Arbeitsplätze bezogen sind und Kriens zu einem neuen, attraktiven und urbanen Stadtteil kommt. Die SP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis.

Gemäss Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion, legt man mit dem heute vorgelegten Planungsbericht LuzernSüd, zu den Vertiefungsgebieten 3 - 5 und dem Mattenplatz, den Grundstein für die städtebauliche Entwicklung dieser Gebiete in den nächsten 10 - 20 Jahren. Eine schwierige Aufgabe, die nicht zu unterschätzen ist. Der Sprechende möchte deshalb zuerst ein paar Worte zum Vorgehen des Stadtrates verlieren. Für die Grüne/GLP-Fraktion war dieser Planungsbericht zusammen mit den Entwicklungskonzepten eine Herausforderung bzw. eine Überforderung. Die vier verschiedenen Entwicklungskonzepte mit komplexen Aussagen zum städtebaulichen Vorgehen wirklich seriös zu studieren, ist für ein Milizparlament nicht möglich. Für sie drängt sich deshalb schon die Frage auf, warum man einzelne Entwicklungskonzepte nicht schon früher in diesem Rat behandelt hat, wie das bei den Entwicklungsgebieten I und II noch der Fall war. Das Entwicklungskonzept zum Vertiefungsgebiet IV beispielsweise liegt bereits seit dem 2. März 2017 vor. Hinzutritt die Tatsache, dass gewisse Aussagen in den Entwicklungskonzepten bereits wieder überholt sind. So z.B. die Aussage zu einem möglichen Standort der Sportschule auf Seite 11 des Entwicklungskonzeptes zum Vertiefungsgebiet IV oder der Verlauf der Südallee auf dem Illustrationsplan Vertiefungsgebiet IV. Das der Verlauf der Südallee angepasst werden musste, bringt Raoul Niederberger zu einem weiteren Kritikpunkt: die mangelnde bzw. verspätete Mitwirkung der Bevölkerung, besonders in den betroffenen Quartieren. Man wird über dieses Thema vielleicht später am heutigen Tag noch sprechen, wenn das Postulat Büchi: Mitwirkung LuzernSüd behandelt wird. An dieser Stelle nur so viel, die Grüne/GLP-Fraktion erwartet in Zukunft eine Mitwirkung von Anfang an und nicht erst, wenn die Konzepte praktisch bereits stehen. Dies kommt einer Alibi-Übung gleich und verärgert die Bevölkerung mehr, als Vertrauen in die Planung geschaffen wird. Die im Planungsbericht und den Entwicklungskonzepten aufgezeigte Entwicklung geht für die Grüne/GLP-Fraktion in die richtige Richtung. Die städtebaulichen Überlegungen / Spielregeln überzeugen in den meisten Fällen. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist es nun besonders wichtig, dass diese städtebaulichen Überlegungen möglichst bald in einem regionalen Teilrichtplan verankert werden. Damit zumindest ein behördenverbindliches Reglement besteht. Daneben darf die sozialräumliche Entwicklung nicht vergessen werden. Die Grüne/GLP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass in diesem neuen Stadtteil genügend Frei- und Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität und Quartier-treffpunkte zur Verfügung stehen werden. Sie wird dazu noch einen Antrag zum Erhalt einer ökologischen Ausgleichsfläche stellen. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass dieser neue Stadtteil zu einer Ansammlung aus Schlafquartieren verkommt. Die Grüne/GLP-Fraktion wird den Planungsbericht zur Kenntnis nehmen.

Matthias Senn dankt, dass man sich so intensiv mit dieser Materie beschäftigt hat. Es ist absolut verständlich, dass man fachlich oder auch mengenmässig an Grenzen gestossen ist. Die Kritik, ein Vertiefungsgebiet früher vorzulegen, nimmt der Stadtrat entgegen. Es wurde noch gesagt, dass der Bypass stiefmütterlich behandelt wurde. Dieser liegt eigentlich im Vertiefungsgebiet II, welcher bereits vor etwa drei Jahren dem Einwohnerrat vorgelegt wurde. Diese Woche fand eine Sitzung statt, an der die Projektbearbeitung vom Portal Süd vorgestellt wurde. Das ist ein wichtiger städtebaulicher Teil. Dieses Projekt macht Freude, aber hat nur einen Nachteil. Dieses ist erst 2035 gebaut. Es wäre ein Gewinn gegenüber der heutigen Situation. Selbstverständlich gibt es noch den Bereich zwischen dem Portal und dem Tunnel Schlund, wo es noch einige Aufgaben zu erledigen gibt. Weiter wurde die Partizipation erwähnt. Er denkt, dass man für LuzernSüd nun reagiert hat, als man Konflikte mit der Südallee bemerkte. Da diese sehr prominent eingezeichnet ist, gab es Befürchtungen in den Quartieren. Hier wurde nun ein sauberer partizipativer Prozess mit zwei Workshops durchgeführt. Es würde aber den

Aufwand sprengen, wenn man dies für alle Themen macht. Bei den sozialräumlichen Fragen erfolgte bereits mit dem ersten Workshop eine Partizipation.

Detailberatung

Vertiefungsgebiet V

Bemerkungsantrag SVP zu Seite 21: Parkierung

Gemäss Patrick Koch möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Auf die Festlegung von Fahrtenkontingenten ist zu verzichten.

Wenn ihn nicht alles täuscht, wurde vor nicht allzu langer Zeit darüber abgestimmt und man sagte klar, dass man dies nicht möchte. Die SVP hat deshalb einen Grundsatzentscheid gefällt, dass sie jegliche solcher Anregungen bekämpfen wird. Er fragt sich sehr, wie die Umsetzung und die Kontrolle von einem Fahrtenkontingent aussehen soll. Er bittet den Stadtrat dazu Stellung zu nehmen.

Gemäss Matthias Senn opponiert der Stadtrat gegen die Überweisung. Er ist der Meinung, dass dieser Ansatz nicht neu ist, denn dieser wurde bereits schon mehrmals angewendet. Das erste Mal machte man dies vor über zehn Jahren beim Pilatusmarkt Schlund. Auch beim Nidfeld wurde dies festgelegt. Das ist ein Ansatz der durchaus hilft, dass Stau vermieden werden kann. Es muss dann halt einfach kurz auf der Zufahrtsstrasse gewartet werden, damit man auf der übergeordneten Strasse fahren kann. Man kann nicht immer nur gegen den Stau schimpfen und wenn es dann um Massnahmen geht, die den Stau verhindern, bekämpft man diese auch. Damit wird indirekt der Stau wieder gefördert. Darum möchte der Stadtrat nicht vom bisherigen Vorgehen abkommen. Auch die Pilatusarena wird ein Fahrtenkontingent in den Abendspitzenstunden haben.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 22:7 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein

Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Seite 10: Richtlinienplan Vertiefungsgebiet IV

Gemäss Enrico Ercolani sind auf diesem Plan Zahlen über den Wohnungs- und Gewerbeanteil festgehalten. Er hat etwas Mühe, wenn er sieht, was nun in der Kuonimatt passiert. Im Schweighof wurde ein Büroblock aufgestellt, bei dem nur im 5. Obergeschoss ein kleiner Teil besetzt ist und der Rest steht leer. Wie er gehört hat, ist der besetzte Teil von den Eigentümern selbst belegt, weil am eigentlichen Standort umgebaut wird. Das heisst, diese werden diese Fläche wieder verlassen. Man stellt sich einmal vor beim Aldi ist noch ein riesiger leerer Landteil vorhanden. Das sind sicher mehr als 10'000 m² Gewerbefläche, die dort geplant sind. Es gibt doch kein Investor, der solche fixen Zahlen vor sich hat und einfach diese Gewerberäume erstellt, egal ob er diese vermieten kann oder nicht. Der Sprechende hat gewaltige Probleme, wenn einfach so etwas festgelegt wird und nicht nach Bedarf gebaut wird. Es gibt noch etwas Weiteres. Welcher Gewerberaum fehlt heute? Es ist derjenige für den Handwerker im Erdgeschoss und keine Büroflächen. Ausser wenn beispielsweise die Novartis Interesse zeigt, kann er einem solchen Bau ohne Probleme zustimmen. Er hat Mühe damit, dass einfach fix Flächen festgelegt werden. Kann man dies nicht flexibilisieren? Enrico Ercolani gefällt es überhaupt nicht, wie es jetzt ist.

Matthias Senn führt aus, dass man bei der gesamten Planung von LuzernSüd eine möglichst gemischte Nutzung möchte. Gemischt Quartiere sind eigentlich auch attraktive Quartiere und verhindern eine Ghettoisierung. Selbstverständlich was Enrico Ercolani feststellt, muss man im Auge behalten. Man muss schauen, wie viel Gewerbeflächen man vorschreiben will und ob es etwas bringt, wenn Erdgeschossflächen dann einfach leer sind. Im Moment möchte man diesen Weg beschreiten und vom Gewerbe wird immer wieder gewünscht, dass Gewerbeflächen angeboten werden. Das ist jedoch auch eine geschützte Fläche, damit man mit dem Lärm nicht die Nachbarn aufschreckt. Man muss dies weiterverfolgen und dafür gibt es die laufende Ortsplanung, wo dies angepasst werden kann.

Viktor Bienz hat dazu noch eine Frage. In verschiedenen Fällen sagte man, dass wenn höher gebaut wird, kann ein höherer Ertrag erzielt werden. Damit sollten Gewerberäume zu günstigeren Preisen zur Verfügung gestellt werden können, wenn höher gebaut werden darf. Besteht überhaupt eine Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen?

Gemäss Matthias Senn kann man nicht darauf Einfluss nehmen, welche Mietpreise schlussendlich realisiert werden. Es wäre eine Möglichkeit beim Mehrwertausgleich beispielsweise genossenschaftliches Wohnen vorzuschreiben. Sinngemäss kann man auch etwas für Gewerbeflächen anrechnen lassen. Ob es schlussendlich die Aufgabe des Staates ist Gewerbeflächen zu subventionieren, muss dann politisch diskutiert werden.

Bemerkungsantrag SP zu Seite 12: Nutzung

Cla Büchi stellt im Namen der SP-Fraktion folgende Bemerkung:

Oberirdische Sammelgaragen sind gegenüber öffentlichen Aussenräumen mit einer Mantelnutzung, bestehend aus Arbeitsnutzungen, zu versehen, um sie städtebaulich zu integrieren.

Oberirdische Sammelgaragen tragen im städtebaulichen Kontext nicht zur Belebung bei. Sie bilden tote, geschlossene Fassaden und verunmöglichen jegliche Interaktion mit ihrem Umfeld. Im Grundsatz sind Sammelgaragen unter Terrain zu realisieren. Dort wo dies wirtschaftlich unverhältnismässig oder wegen schwierigerem Baugrund nicht möglich ist, sollen oberirdische Sammelgaragen so in Bauten integriert werden, dass sie gegenüber von öffentlichen Aussenräumen mit Arbeitsnutzungen ummantelt sind. Eine spätere Umnutzung bleibt möglich, wenn sich der Bedarf an Parkplätzen reduzieren sollte.

Da dem Antrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag Grüne/GLP zu Seite 13: Abschnitt Schällematt-Schweighof

Bruno Bienz stellt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion folgende Bemerkung:

Die Magerwiese mit Kiesweg ist ein wichtiger, ökologischer Bestandteil dieses Gebietes. Deshalb soll diese nicht zugunsten von öffentlicher Freizeit- und Erholungsnutzung sowie eines öffentlichen Spielplatzes geopfert werden.

Dieses Gebiet wurde im B+A Nr. 301/2004 Mehrfachnutzung der Tunnelflächen A2/6 als Magerwiese mit Einzelbäumen, Feldgehölze und mit Kiesweg bezeichnet. Die öffentlichen Freizeit- und Erholungsnutzflächen sowie Spielplätze wurden im Bereich nach dem Schlimbach (Bogenbrücke) definiert. Damals war der Kompromiss eine hälftige Nutzung des A2 Deckels. In diesem so verdichtet gebauten Gebiet sind deshalb ökologische Ausgleichsflächen von enormer Bedeutung. Ökologische Ausgleichsflächen, wie beispielsweise Hecken, extensiv genutzte Wiesen oder Buntbrachen sind wertvolle Lebensräume, die ein reiches Spektrum an heimischer Flora und Fauna beherbergen. Die Besitzer der Immobilien seitens Schweighof und Schellenmatt sind verpflichtet, Spielplätze zu errichten und zu unterhalten. Daher braucht es auf dem Abschnitt B2.a nicht auch noch einen öffentlichen Spielplatz. Eine ökologische Ausgleichs-Fläche wie die heutige Magerwiese ist deshalb höher zu gewichten. In diesem Teil wird ungebremst verdichtet. Darum ist es immens wichtig, dass solche Ausgleichsflächen bestehen bleiben. Es werden teure Vernetzungsprojekte erstellt, aber im Bereich LuzernSüd wird alles zugebaut. Richtig Allmend wird beim Mattenhof ein richtiger Riegel für Tiere gebaut. Darum sind solche Oasen sehr wichtig. Darum bittet der Sprechende die Bemerkung zu überweisen.

Matthias Senn weist auf die verschiedenen Planungsverfahren hin. Das höchste Gesetz ist das Bau- und Zonenreglement (BZR), welches im Einwohnerrat beschlossen wird. Dann gibt es einen Richtplan, der behördenverbindlich ist. Das ist das, was man im Gebiet LuzernSüd machen möchte. Dann gibt es noch Konzepte, welche die Planungsgrundlage sind, was man auch als behördenbindend bezeichnet. Das was mit dieser Bemerkung verlangt wird, steht heute bereits im BZR. Dort steht nämlich, dass der Tunnel Schlund 2/3 ökologische Ausgleichsfläche haben muss und 1/3 für Sport- und Freizeit genutzt werden kann. Es stellt sich die Frage, ob eine Bemerkung gestellt werden muss, welche im IST-Zustand entspricht. Die Planer haben das gesamte Gebiet angeschaut. Es wurden auch Vorschläge gemacht, wo Grünflächen realisiert werden können oder wo auch ein zusätzlicher Bedarf von Sport- und Freizeitflächen entsteht. Die Planer sind zum Schluss gekommen, dass der Tunnel Schlund auch eine Möglichkeit sein kann. Deshalb wurde dies so vorgeschlagen. Wie bereits gehört, handelt es sich um eine Planung für die nächsten 10-20 Jahre. Warum soll man also nicht in 10 Jahren der Meinung sein, dass es gut wäre dort einen Fussballplatz zu erstellen oder etwas anderes. Dann muss das BZR sowieso geändert werden und es braucht den Beschluss der Mehrheit. Deshalb muss man nichts hineinschreiben, was man heute schon hat.

Patrick Koch unterstützt den Bemerkungsantrag. Anlässlich der letzten Sitzung gab es eine Diskussion zu Glyphosat. Glyphosat und Pestizide sind schädlich für Insekten und deren Artenvielfalt. Aber viel schlimmer für die Artenvielfalt ist die Zerstörung von Lebensräumen. Es kann doch nicht sein, dass man eine wertvolle Magerwiese auf dem Dach des Tunnels schafft und ein paar wenige Jahre später wird diese zerstört. Konkret hat der Sprechende kürzlich ein Mauswiesel gesehen, das über die Fläche gesprungen ist. Er bittet den Antrag zu unterstützen, dass diese Artenvielfalt erhalten bleiben kann.

Abstimmung Bemerkungsantrag Grüne/GLP

Mit 19:9 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja

Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	Enthaltung
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP zu Seite 26: Mattenplatz

Gemäss Patrick Koch möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Der Mattenplatzkreisel wird belassen. Auf die Umstellung auf einen lichtsignalgesteuerten Knoten wird zugunsten des Verkehrsflusses verzichtet.

In der ganzen Schweiz werden Kreisel errichtet, damit der Verkehrsfluss an Kreuzungen vergrössert werden kann. In LuzernSüd entstehen 15'000 Arbeits- und Wohnplätze. Jetzt will man tatsächlich diesen Kreiseln zurückbauen und eine Lichtsignalanlage erstellen. Das ist eine Premiere in der ganzen Schweiz. Die SP schreibt, dass der Mattenplatz auf keinen Fall ein verkehrsdominierter Raum werden darf. Das ist er bereits, denn dies ist das Verkehrsherz in LuzernSüd. Wenn dort eine Lichtsignalanlage erstellt wird, gibt es definitiv einen Verkehrskollaps. Der Sprechende wiederholt sich nochmals: Es gibt 15'000 Arbeits- und Wohnplätze. Dies kann nicht funktionieren und bittet deshalb dieser Bemerkung zuzustimmen.

Erich Tschümperlin kann ein Stückchen weit Patrick Koch folgen. Man stellt heute überall auf Kreisel um, aber als generelle Maxime kann dies alleine nicht gelten. Darum möchte er vom Stadtrat hören, warum man dies macht. Es gibt durchaus gute Gründe, dass man auch mal diesen Weg gehen kann, wenn man den Verkehrsfluss steuern möchte. Speziell stellt er sich hier den Bus vor. Darum einfach zu sagen, dass ein Kreisel immer besser ist als eine Lichtsignalanlage, reicht nicht.

Matthias Senn bestätigt, dass in vielen Fällen ein Kreisel besser ist als eine Lichtsignalanlage. Hier liegen jedoch andere Randbedingungen vor. Die Planer haben eigentlich zuerst vorgeschlagen aus dem grossen Kreisel mit einem Durchmesser von rund 50 m einen Kleinkreisel von etwa 30 m zu machen. Hier kamen grosse Bedenken des Kantons, da es sich hier ja auch um eine Kantonsstrasse handelt. Der Kanton hat deshalb einen Auftrag erteilt, der zur Planung des vierarmigen Knotens geführt hat. Die Berechnung hat ergeben, dass die Leistungsfähigkeit genauso vorhanden ist, wenn die notwendigen Fahrspuren erstellt werden. Der grosse Vorteil ist der Platzgewinn. Es ist ein grosszügiger Kreisel von 50 m, mit einer Mittelfläche, die auch keine grosse Vernetzung hat. Wenn dieser verkleinert wird, kann dieser Platz für den Mattenplatz gewonnen werden. Städtebaulich ist es somit sicherlich ein Gewinn. Der vierarmige Knotenpunkt hat aber einen Nachteil. Die Industriestrasse wird abgeschnitten, was so viel heisst, dass man nicht direkt

in die Industriestrasse fahren kann. Darum kann aus Sicht des Stadtrates dies erst angepackt werden, wenn die Erschliessung der Ober-Kuonimatt sichergestellt ist. Es braucht eine gleichwertige Erschliessung von der Ringstrasse. Das ist bisher nicht geplant und sichergestellt. Der Stadtrat opponiert dem Bemerkungsantrag, weil der Variante des Lichtsignalgesteuerten Knotens eine Chance gegeben werden soll. Er ist bereit den Bemerkungsantrag der SP entgegenzunehmen, aber nur wenn gesagt wird, dass es verkehrstechnisch möglich ist. Im Moment kann man es noch nicht verantworten.

Martin Zellweger hat eine Frage. In diesem Gebiet entsteht nun eine riesige neue Stadt. Der Kreisel ist ein Knotenpunkt. Wenn er nun an das Stadtzentrum 1 ins Kriens denkt, wurde immer wieder eine Unterführung angesprochen. Dort hiess es, dass dies nicht mehr möglich ist. Hat man angedacht, dass die Strasse nach unten versetzt wird. So wird der Verkehr verbannt und oben kann etwas Schönes entstehen.

Matthias Senn meint, dass es noch keine Planung für zwei Ebenen gibt. Vielleicht kommt man ja einmal noch auf diese Idee.

Räto Camenisch versteht eigentlich die Welt nicht mehr. Jetzt hat man dort schon einen funktionierenden Kreisel. Jeder Anwesende ist schon viele Male dort durchgefahren. Dieser funktioniert recht gut. Jetzt möchte man einen Mini-Seetalplatz dort hinstellen. So müssen Autos anhalten, fahren wieder los und stossen viel Gas aus. Lichtsignalanlagen sind unproduktiv. Immer wenn ein Licht wechselt steht die Kreuzung leer. Man kann dies natürlich auch computersteuern, was einen riesigen Aufwand bedeutet. Wieso lässt man den Platz nicht so wie er ist? Wenn sich später einmal etwas anderes aufdrängt, kann man es immer noch machen. Aber jetzt eine solche grosse Planung versteht der Sprechende nicht.

Rolf Schmid findet die Diskussion müssig, weil der Stadtrat gesagt hat, dass noch gar nicht festgelegt wurde, was gemacht wird. Es werden nur Überlegungen gemacht. Jetzt schon eine Richtung völlig festzulegen, findet der Sprechende falsch. Man soll offen sein, damit zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden kann in welche Richtung es gehen soll.

Gemäss Räto Camenisch geht es nur um eine Bemerkung und um keinen neuen Plan oder eine Abänderung. Die Bemerkung soll in die weitere Planung und Erwägungen einfließen. Zu welchem Schluss die Planer kommen, kann man heute nicht bestimmen.

Kurt Gisler meint, dass man diese Bemerkung erweitern kann, damit die Planer auf zwei Ebenen denken.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 21:8 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein

Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SP zu Seite 26: Mattenplatz

Cla Büchi stellt im Namen der SP-Fraktion folgende Bemerkung:

Der Mattenplatz hat Zentrumsfunktion und ist daher fussgängerfreundlich und mit einer hohen Aufenthaltsqualität auszubilden. Die Freiraumfläche hat grösstmöglich zu sein und der Verkehrsraum ist auf das absolut notwendige zu begrenzen. Darum ist die Lösung mit einem lichtsignalgesteuertem Knoten der Lösung mit einem Kreisel vorzuziehen.

Der Mattenplatz ist ein Zentrumsplatz inmitten mehrerer Hochhäuser und in unmittelbarer Nähe zur Pilatus Arena und Bahnhof Mattenhof. Verkaufsgeschäfte und Gastronomieangebote werden den Platz beleben. Eine attraktive Gestaltung und urbane Prägung sollen ihn zu einem pulsierenden Zentrum werden lassen. Daher ist es sehr wichtig, den Platz fussgängerfreundlich zu gestalten und mit grösstmöglicher Freiraumfläche zu versehen. Der Mattenplatz darf auf keinen Fall ein verkehrsdominierter Raum werden. Auch die angesiedelten Geschäfte sind darauf angewiesen, dass dieser Platz fussgängerfreundlich ist, ansonsten generieren sie keinen Umsatz. Der Bemerkung von Matthias Senn kann die SP-Fraktion durchaus zustimmen, weil es klar ist, dass er letztlich auch für den Verkehr funktionieren muss. Aber es muss beides berücksichtigt werden.

Gemäss Thomas Lammer lehnt die FDP-Fraktion auch diese Bemerkung ab. Sie möchte die Varianten offen lassen und auf keine Richtung fokussieren.

Enrico Ercolani ist relativ viel auf diesem Kreisel unterwegs und zwar zu jeder Tages- und Nachtzeit. Er weiss wie es dort funktioniert und läuft. Er hat schwerste Bedenken, wenn man so etwas anwendet. Selbstverständlich ist er für einen solchen Platz, aber dann muss man konsequenterweise mit dem Verkehr unter den Boden. Wenn dies nicht der Fall ist, muss man sich das Chaos vorstellen. Wenn auf der Autobahn der kleinste Unfall passiert, kommt der ganze Verkehr über diesen Kreisel. Nun möchte man dies redimensionieren und so noch weniger Verkehr dort durch fahren kann. Das ist ein Chaos sondergleich. Ja, wenn der Verkehr unter den Boden geht, aber nein, wenn es oberhalb realisiert wird und man das Gefühl hat, dass dies auf dem gleichen Platz funktioniert. Nebst allem ist es für die Fussgänger nicht sehr interessant, wenn es dort so viel Verkehr hat. Daran hat niemand Freude.

Cla Büchi hat nichts dagegen, wenn noch nach weiteren Lösungen gesucht wird. Der Bemerkungsantrag kann durchaus erweitert werden, dass man nach weiteren Verkehrslösungen, die die Aufenthaltsqualität dieses Platzes unterstützt, sucht.

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler führen einige vor 2 Jahren mit Thomas Glatthard in das Mattenhof-Gebiet. Schon dort war der Kreisel ein Thema. Die Sprechende war wie die SVP und frage, weshalb

ein funktionierender Kreisel zurückgebaut wird. Thomas Glatthard erzählte, dass sich die Verkehrsplaner damit auseinander gesetzt haben. Sie sind der Meinung, dass mit einer Lichtsignalanlage der Mehrverkehr besser gesteuert werden kann. Der Kreisel ist für den kommenden Mehrverkehr eigentlich zu klein. Dieser müsste noch grösser gestaltet werden. Man hat heute schon mehrmals gehört wie komplex dieses Thema ist. Der Einwohnerrat Kriens ist ein Milizparlament. Die Sprechende ist keine Verkehrsplanerin und hat keine Ahnung, wie viel Verkehr ein solcher Kreisel schluckt. Prinzipiell ist sie auch für die Lösung Kreisel, aber das Parlament darf einer Verkehrsplanung nichts vorschreiben, was keinen Sinn macht. Anita Burkhardt-Künzler verlässt sich nun auf die Verkehrsplaner und ist der Meinung, dass man sich alle Möglichkeiten offen lassen soll, sei das mit Kreisel, unterirdisch oder Lichtsignalanlage.

Martin Zellweger wird nachher eine Bemerkung für eine unterirdische Lösung anbringen.

Laut Räto Camenisch gibt es bei einer Fussgängerbevorzugung zwei Hemmnisse. Einerseits ist es die Lichtsignalanlage, welche die Kreuzung oft freilässt. Zweitens gibt es mit den Intervallen für die Fussgänger eine weitere Stockung des Verkehrs. Man möchte vom Kreisel weggehen und eine zusätzliche Behinderung einschalten. Dem Sprechenden wäre lieber gewesen, wenn vorgeschlagen wird, den Verkehr unterirdisch zu leiten und oben einen schönen Mattenplatz zu erstellen. So hätte man etwas für das gesamte Quartier. Wieso macht man keine grosszügigeren Lösungen. Das was gemacht wird ist eine Einschränkung des MIV, was am Schluss einfach nicht aufgeht.

Cla Büchi hat den Bemerkungsantrag wie folgt abgeändert:

Der Mattenplatz hat Zentrumsfunktion und ist daher fussgängerfreundlich und mit einer hohen Aufenthaltsqualität auszubilden. Die Freiraumfläche hat grösstmöglich zu sein und der Verkehrsraum ist auf das absolut notwendige zu begrenzen. Es ist nach Verkehrslösungen zu suchen, die eine grösstmögliche Aufenthaltsqualität des Mattenplatzes unterstützt.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 27:1 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	Enthaltung
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja

Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag Zellweger zu Seite 26: Mattenplatz

Martin Zellweger stellt folgenden Bemerkungsantrag:

Es wird bei der Verkehrsplanung speziell beim Kreisell Mattenplatz auch eine unterirdische Lösung anstelle einer Lichtsignalsteuerung als Ablösung des Kreisells in Betracht gezogen.

Da dem Antrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag SP zu Seite 29: Umsetzung

Gemäss Cla Büchi möchte die SP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Eine qualitätsvolle, nachhaltige und identitätsbildende Entwicklung ist für das Gebiet von LuzernSüd von zentraler Wichtigkeit. Darum soll die Umsetzung ausnahmslos über qualifizierte Konkurrenzverfahren erfolgen und ist im Teilrichtplan festzusetzen.

Nur qualifizierte Konkurrenzverfahren, sprich Planungswettbewerbe ermöglichen die Auswahl der besten Projekte für eine gestellte Aufgabe und städtebaulich anspruchsvolle Situationen. Es soll ausnahmslos gemacht werden. Bei der Prodega auf dem Areal Nidfeld hat man eine Ausnahme durchgelassen. Das ist nicht zum Besten von diesem Gebiet. Wichtiger ist, dass es nachher im Teilrichtplan steht und nicht im Konzept.

Matthias Senn führt aus, dass der Stadtrat selbstverständlich alle Bestrebungen unterstützt möglichst qualitätssichernde Verfahren zu machen. Er weiss aber nicht, ob der Richtplan das richtige Instrument dafür ist. Bei der Ortsplanung hat man sich intensiv damit befasst, wo ein Konkurrenzverfahren verlangt wird. Dies ist beispielsweise bei Hochhäusern und auch an anderen Orten der Fall. Aus Sicht des Stadtrates gehört so etwas ins BZR, weil dann ist es grundeigentümerverbindlich und kann auch durchgesetzt werden. Der Richtplan ist behördenverbindlich, aber nicht für den Grundeigentümer. Deshalb ist dies eher problematisch. Der nächste Schritt nach dem Richtplan ist, dass man wieder ins Ortsplanungsverfahren geht und verschiedene Sachen grundeigentümerverbindlich festgelegt werden.

Für Erich Tschümperlin mag das vom Vorgehen her richtig sein. Er stellt einfach fest, dass wenn man den nächsten Schritt macht, weiss man vielleicht nicht mehr, was man alles aufnehmen muss. Als Bemerkung und Absichtserklärung findet er das schon sehr wichtig. Cla Büchi hat es gesagt. Man hat bereits die ersten Überraschungen im Nidfeld erlebt, wo es plötzlich möglich war. Dies ist ein heikles Gebiet, denn es wird sehr viel gebaut. Als Absichtserklärung wird er die Bemerkung unterstützen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 16:12 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein

Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	n.t.
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SP zu Seite 30: Sozialräumliche Gestaltung

Cla Büchi stellt im Namen der SP-Fraktion folgende Bemerkung:

Der Mitwirkung ist grosse Wichtigkeit beizumessen und muss fester Bestandteil von städtebaulichen Entwicklungen sein. Die dazu nötigen Ressourcen und Mittel müssen eingestellt werden.

Aus dem Workshop vom März 2018 zum Thema sozialräumlicher Entwicklung wurden wichtige Positionen formuliert, die es für die weitere Planung zu beachten gilt. Sie sind auf Seite 31 aufgelistet. Der Workshop hat die Wichtigkeit und Nutzen des Einbezugs von Schlüsselpersonen aus Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Planung und Organisationen wie Quartiervereinen, Kirchgemeinden etc. eindrücklich aufgezeigt. Darum ist der Weg des Einbezugs konsequent weiter zu führen. Er führt zu nachhaltigen Ergebnissen, breiter Akzeptanz und besseren Entwicklungen. Wenn dies das Resultat aus einem Workshop ist, dann muss der Partizipation Wichtigkeit geschenkt werden. Das ist gescheit und muss so weitergehen. Das weitere Vorgehen ist im Planungsbericht auch ersichtlich. Es wird ein Konzept erarbeitet und das in Begleitung des Betriebsmanagement LuzernSüd, Schlüsselpersonen aus der Verwaltung Kriens und wo sinnvoll Personen aus der Zivilgesellschaft. Hier krebst man wieder einen Schritt zurück und macht diese Partizipation nicht mehr. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass dies so nicht geht. Man muss die Personen mitnehmen, welche partizipiert haben. Der Sprechende war an diesem Workshop und er weiss, dass man am Schluss auf die Plakate schreiben könnte, ob man daran interessiert ist für die weitere Partizipation miteinbezogen zu werden. Cla Büchi hat seinen Namen aufgeschrieben, aber seither nie mehr etwas gehört. Deshalb bittet er diesen Bemerkungsantrag zu unterstützen.

Rolf Schmid opponiert nicht im eigentlichen Grundsatz der formulierten Bemerkung. Er opponiert nur der ständigen Diskussion der Mitwirkung. Es gibt ein Leitbild mit Leitlinien. Darin ist der Dialog klar festgehalten. Er erwartet, dass sich die Politik und der Stadtrat an diese Grundsätze halten. Man soll nicht jedes Mal bei einem neuen Projekt über Mitwirkung diskutieren.

Erich Tschümperlin macht beliebt den Antrag aus folgendem Grund zu unterstützen. An diesem Punkt krankt man schon seit langer Zeit. Er erinnert sich an die Gemeindeordnung und das BZR. Überall heisst es, dass man quartierfreundliche Entwicklung möchte. Das ist hier nun etwas weiter gefasst. Der Sprechende erinnert sich, dass man bei dieser gemeinderätlichen Kommission Sachen eingebracht

hat, was man für eine quartierfreundliche Entwicklung machen kann. Jedes Mal wenn gefragt wird, was dafür gemacht wird, geht einfach nichts. Der Sprechende wohnt an einem Ort, wo es einen Gemeinschaftsraum gibt. Dieser wird im Quartier gebraucht. Dort kann man beispielsweise eine Firmung, ein Fest machen oder die Fussball-WM schauen. Man trifft sich dort und es lebt. Es besteht die Angst, dass es im Gebiet LuzernSüd eine Ghettoisierung gibt. Wenn keine Strukturen geschaffen werden und dem nicht mehr Gewicht gegeben wird, ist diese Gefahr einfach noch grösser. Deshalb muss man hier schon den Punkt drauf legen, dass man einmal konkrete Massnahmen sieht. Diese werden nicht gratis sein, das ist klar. Aber man kann nicht in diesem Mass investieren und riskieren, dass es in die Hose geht.

Thomas Lammer begreift bei dieser Mitwirkungsgeschichte etwas nicht ganz. Er ist nicht grundsätzlich dagegen, aber er fragt sich, wer dort mitwirken soll, da noch gar niemand dort wohnt. Sind es die, die am nächsten wohnen oder wer ist das?

Gemäss Cla Büchi ist das bei vielen Arealentwicklungen so. Der Sprechende ist aus beruflichen Gründen bei einer Arealentwicklung in Luzern involviert, wo auch eine Partizipation gemacht wird. In solchen Fällen hat man einfach die Vertreterrolle, wenn dort noch niemand wohnt. Ein wichtiger ist beispielsweise der Quartierverein. Im März 2018 hat man es ja auch gemacht. Dort kamen Personen der Kirchengemeinde, dem sozialen und kulturellen Bereich. Das ist durchaus sinnvoll. Cla Büchi möchte noch Rolf Schmid etwas sagen. Hier geht es um LuzernSüd und es ist wichtig, dass man so etwas hineinschreibt. Es kann nichts Schlimmeres passieren, als dass LuzernSüd nicht zum Leben kommt. Dort entstehen Tausende von Wohnungen und Arbeitsplätzen. Wenn das eine Planer-Leiche gibt, dann hat man ein Problem.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 15:14 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Bemerkungsantrag SP zu Seite 30: Sozialräumliche Gestaltung

Gemäss Cla Büchi möchte die SP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Im Rahmen der sozialräumlichen Entwicklung sind mögliche Standorte für ein Quartierzentrum zu evaluieren. Dabei sind auch bestehende Gewerbe- oder Industriegebäude mit baulichen und architektonischen Qualitäten mit zu berücksichtigen.

LuzernSüd wird neben den Bewohnern in der Kuonimatt um zusätzliche 15'000 Arbeitsplätze und Bewohner anwachsen. Ein eigentliches Quartierzentrum fehlt bislang. Zukünftig wird es aber wichtig sein, für die Bewohner und Arbeitstätigen ein sichtbares, niederschwellig benutzbares Quartierzentrum anbieten zu können. Ein solches hilft einem Quartierverein, aber auch engagierten Bewohnern Anlässe, Feste, Sitzungen und Kurse abzuhalten oder als Treffpunkt zu dienen. Ein solches soll zentral gelegen, gut sichtbar und eine eigene Identität ausstrahlen. Gerade qualitätsvolle Gewerbe- oder Industriebauten haben das Potential dazu, sind mit vertretbarem Aufwand umzunutzen und laden zur Aneignung ein. LuzernSüd weist mehrere solche Bauten auf. Wichtig ist, dass es sichtbar und niederschwellig ist, sowie Zentrumscharakter hat.

Erwin Schwarz glaubt, wenn das Bedürfnis für ein Quartierzentrum besteht, wird ein solches auch entstehen. Er erinnert daran, dass es in diesem Gebiet auch eine Sportarena gibt. In diesem Gebiet gibt es viele Möglichkeiten für Quartierzentren, ohne dass dies noch separat hineingeschrieben werden muss.

Gemäss Michael Portmann hat man heute schon darüber gesprochen, dass man als Fraktion Probleme hat einen geeigneten Raum zu finden. Ein solches Quartierzentrum bietet preisgünstigen Raum. Es ist für alle nutzbar, es wird Raum geschaffen und gleichzeitig können bereits bestehende Gebäude genutzt werden. Dieser Raum ist dringend notwendig. Sonst muss dieser durch Private geschaffen werden. Die Pilatusarena ist für die Öffentlichkeit grösstenteils geschlossen und kann nicht als Quartiertreffpunkt benutzt werden, um Fraktionssitzungen abzuhalten.

Cla Büchi meint, dass man wie schon beim vorherigen Antrag aufs Prinzip Hoffnung setzt und dann schon etwas gemacht wird. Das ist eben nicht so. Wenn man nicht davon spricht und sagt, dass dies gemacht werden muss, dann passiert nie etwas. Ein Quartierzentrum entsteht nicht einfach so und es macht niemand einfach so. Es muss Platz geschaffen und Mittel dafür eingestellt werden. Zum Beispiel kann der Mehrwertabgleich ein Mittel sein, welches eingesetzt werden kann. Kein Privater macht das. Oder macht es die Gemeinde? Man muss dies angehen und einen passenden Standort haben. Sonst wird das nie entstehen.

Laut Enrico Ercolani hat Cla Büchi das Hauptproblem angesprochen, denn man muss Land haben. Wer finanziert so etwas? Er ist der Meinung, dass auf dem neuen Mattenplatz öffentliche Veranstaltungen stattfinden werden. Es gibt ein Restaurant und Hotel und durch den Tag kann man einkaufen. Das ist ein kleineres Zentrum, wo etwas gemacht werden kann. Das mit den günstigen Räumen kann man vergessen. Pestalozzi ist gestorben, das gibt es nicht mehr.

Erich Tschümperlin glaubt, dass man nun aneinander vorbeiredet, wenn er hört, dass man einfach in ein Hotel, Restaurant oder in die Pilatusarena gehen kann, um für ein paar Tausend Franken eine Quartiersversammlung zu machen. Darum geht es nicht. Wenn man ein lebendiges Quartier möchte, dann muss man auch etwas machen. Die Stadt ist ja für die Baubewilligungen zuständig. Darin kann man beispielsweise mit einer erhöhten Ausnutzung für Energiemassnahmen verlangen, dass ein Raum geschaffen werden muss. Der Sprechende hat schon Vorschläge gehört, weshalb keine Auflage gemacht wurde, dass aufgrund der erhöhten Ausnutzung ein Restaurant im Pilatusgebäude erstellt werden muss, damit es belebt wird. Wenn nichts gemacht wird, passiert nichts. Wie Enrico Ercolani gesagt

hat, ist Pestalozzi gestorben. Darum ist der Einwohnerrat hier, der den Pestalozzi ersetzen muss. Es muss geschaut werden, dass für die Gemeinschaft etwas resultiert, wenn die Privaten profitieren. Er möchte auch etwas davon. Wenn nichts gemacht wird, entsteht auch nichts. Wenn man für eine Versammlung oder Treffen einen Aussenraum mieten muss, wird das einfach zu teuer. Das sollte man fördern, ansonsten ist man wieder beim Thema Ghettoisierung oder die Leute gehen in die Stadt Luzern.

Gemäss Cla Büchi ist es das ja gerade. Bei solchen Planungsverfahren hat man die Möglichkeit bei Umnutzungen Bedingungen zu stellen. Der Mehrwertausgleich ermöglicht es der Stadt dem Investor zu sagen, dass er eine Mehrausnutzung erhält, dafür gibt er der Stadt einen Teil des Grundstücks oder einen Gebäudeteil. Die Pilatusarena macht dies bereits vor. Man kann dies mit dem Mehrwertausgleich finanzieren und eigentlich zu dem Betrag von Fr. 1.00 an die Betreibergesellschaft übergeben. Dann ist es tatsächlich möglich, dass der Öffentlichkeit günstige Räume zur Verfügung gestellt werden können.

Für Räto Camenisch ist das schalmeien der Pestalozzi-Partei. Er möchte erinnern, dass Pestalozzi als Erzieher zu seinen eigenen Kindern nicht geschaut hat. So kommt es ihm nun vor. Man möchte etwas anreissen, aber wer zahlt es am Schluss? Am Schluss zahlt es der Mieter oder die Stadt. Betrieben werden muss dies auch noch, nur die Errichtung reicht nicht aus. Es braucht eine Verwaltung, Abwartdienst etc. Das ist nicht einfach nichts. Wer trägt dies? Am Schluss landet dies doch bei der Öffentlichkeit. Ein solches Fiasko hat man schliesslich schon mit dem Südpol. Eines ist sicher, man darf nicht etwas hineinskizzieren oder einen Bedarf aufschnorren lassen, von etwas, das in vielen Quartieren in anderen Städten nicht existiert. Es gibt auch tote Zentren, wie beispielsweise Meggen. Das ist eine reiche Gemeinde, die ein wunderschönes Zentrum gebaut hat, welches aber tot ist. Hier muss man aufpassen, dass man nicht einfach irgendwelche Bedürfnisse schafft. Am Schluss landet es immer irgendwo bei der Öffentlichkeit.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 15:14 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja

Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Bemerkungsantrag SVP zu Seite 31: Städtebauliche Potenzialanalyse Abschnitt Schlund - Grosshof

Räto Camenisch stellt im Namen der SVP-Fraktion folgende Bemerkung:

Die Resultate der städtebaulichen Potentialanalyse sind, sobald sie von allen Trägern festgelegt sind, wie vorgesehen in das Regelwerk Luzern Süd zu überführen. Dabei ist darauf zu achten, dass die baulichen Anpassungen mittel-langfristig finanziert werden können, einerseits durch Leistungen der Projektpartner (ASTRA, Kanton Luzern) andererseits durch eine vollständig, zweckgebundene Mehrwertabschöpfung der Stadt aus dem Bau-Mehrwert entlang und im direkten Einzugsbereich des Bypasses vom Grosshof bis zum Schlund.

In Kriens gibt es ein grosses Problem. Die Autobahn bzw. der Bypass zerschneidet die Gemeinde. Auf einer relativ grossen Strecke saust diese ungeschützt durch die Quartiere. Auch der Langsamverkehr und der quartierverbindende Teil werden behindert. Eigentlich wollte der Einwohnerrat einstimmig eine Überdachung. Das ist wahrscheinlich nicht möglich. Anscheinend ist dies vom Bund nicht finanzierbar, was der Sprechende nicht begreift. Aber man ist dann auf eine städtebauliche Potentialanalyse ausgewichen. Diese konnte der Sprechende anschauen und sie sieht ganz gut aus. Es gibt die Idee, dass Teilüberdachungen erstellt und durch die Mehrwertabschöpfung Anpassungen gemacht werden können. Wenn dies so gemacht werden kann, trägt die Potentialanalyse dazu bei den Schaden für Kriens etwas kleiner zu halten. Das ist eigentlich die Voraussetzung. Nun wird eine Planung von LuzernSüd erstellt, was ein Quartier ist, welches davon absolut betroffen ist. Die Autobahn saust mitten durch dieses Gebiet. Jetzt sollte man zumindest eine Bemerkung machen, dass diese Mehrwertabschöpfung zumindest in diesem Gebiet zweckgebunden erfolgen kann. Er möchte auch die Bemerkung machen, dass sich Bund und Kanton an dieser Geschichte beteiligen. Es ist nur eine Bemerkung und somit ein Wunsch. Es ist alles noch rollend und in der Luft. Der Einwohnerrat soll sagen, wie er es sieht und was er möchte. Deshalb soll aufgenommen werden, dass man die Potentialanalyse auch einmal verwirklicht haben möchte. Sonst verspricht er, dass in 50 Jahren diese 8 Spuren durch Kriens gehen, die Häuser sind gebaut und der Lärm ist da. So trifft eine negative sozialräumliche Entwicklung ein.

Michael Portmann opponiert im Namen der SP-Fraktion. Die Mehrwertabgabe kommt nur zu Stande, wenn eine Umzonung oder Aufzonung gemacht werden kann. Wenn dieser Bemerkung zugestimmt wird, auch wenn dies nur ein Wunsch ist, werden Tür und Tor geöffnet, dass noch mehr Hochhäuser und noch verdichteter gebaut werden kann. Die Freiräume und öffentlichen Räume werden so gewaltig eingeschränkt und das nur um Geld für eine Überdachung abzuschöpfen. Das ist es nicht wert, auch wenn es nur ein Wunsch ist.

Cla Büchi's vorher gestellten Anträge waren auch nur Wünsche. Ihn stört an diesem Antrag, dass der Mehrwertausgleich von dem ganzen Gebiet in diese Sachen einfließen soll, was eigentlich wieder eine Attraktivierung für die Investoren selbst ist. Diese investieren etwas und gewinnen daraus auch wieder etwas. Wenn es sich um Übergänge handelt, die für alle eine Qualitätssteigerung sind, dann kann man dort etwas hinein geben. Den Sprechenden stört das Wort „vollständig“. Das heisst, dass der gesamte Mehrwertausgleich aus diesem Gebiet in diese Sache einfließen soll und das geht nicht. Man hat noch andere Aufgaben in diesem Gebiet, wie die sozialräumliche Entwicklung. Dies geht ansonsten den Bach hinunter. Dafür wird der Mehrwertausgleich gebraucht und nicht nur für die Potentialanalyse.

Cyrill Wiget möchte einen kleinen Beitrag leisten. Der Vorschlag der SVP-Fraktion ist eigentlich auf der Linie dessen, was der Stadtrat mit Bund und Kanton diskutiert. In einer Vereinbarung wurde die Passage „ein wesentlicher Anteil“ aufgenommen. Es ist richtig, dass der Mehrwertausgleich nicht aus-

schliesslich dafür verwendet werden kann. Das geht nicht, weil man noch andere Aufgaben in diesem Gebiet hat. Wenn aber nicht ein wesentlicher Anteil beigesteuert werden kann, sind die Partner nicht auf gleicher Wellenlänge. Aus Steuergeldern kann es nicht finanziert werden und darum ist die Mehrwertabgabe eine Möglichkeit zu belegen, dass man es ernst meint. Beim zweiten Teil des Antrages geht es darum, dass die Partner dies auch hören und wissen, dass es Kriens ernst meint und einen wesentlichen Beitrag von Bund und Kanton erwartet.

Erich Tschümperlin stört das, was Cla Büchi bereits gesagt hat. Im Antrag steht „vollständig“. Es gibt auch noch andere Sachen. Heute wurde ein Reglement abgelehnt, welches festlegen soll, was mit dieser Mehrwertabschöpfung passiert. Nachher braucht es das nicht mehr, wenn alles dort hineinfliesen soll. Der Sprechende möchte es schon breiter verteilt haben. Das was vorher diskutiert wurde, dass man sich noch nicht festlegen soll, macht man nun trotzdem wieder. Das ist ein Widerspruch. Er sieht schon auch, dass ein Teil verwendet werden kann, aber eher für andere Sachen.

Gemäss Viktor Bienz ist auch die CVP/JCVP-Fraktion der Meinung, dass das Wort „vollständig“ gestrichen werden soll. So könnte sie den Bemerkungsantrag unterstützen.

Räto Camenisch hat geschrieben: „... *vollständig entlang der Autobahn*“. Da sind nur die Gebäude direkt an der Autobahn gemeint. Es ist wirklich sinnvoll, dass diese eine Mehrwertabgabe abgeben und denen auch solche Sachen, wie Velo- und Fussgängerübergänge zur Verfügung stehen. Die Quartiere müssen ja wieder zusammengeführt werden und es braucht eine Überdachung bis zur Arsenalbrücke. Es geht nicht darum, dass dies für die halbe Gemeinde gilt oder ein neues Abgabereglement erstellt wird. Dieses muss man vielleicht noch erstellen. Hier geht es darum zu sagen, dass man die Mehrwertabgabe in diesem umschlossenen Gebiet nicht vergessen darf. Diese muss dort einfließen, weil sonst die ganze Potentialanalyse für die Fühse ist. Wenn die Gemeinde dies nicht so sieht und den Partnern augenfällig so sagt, wird Kriens allein gelassen. Aus seiner Sicht kann das Wort „vollständig“ gestrichen werden, aber es macht Sinn, dass es so steht. Diejenigen die wirklich entlang der Autobahn sind, sollen vom Mehrwert profitieren können. Die Gemeinde hat noch genug zum Abschöpfen auf dem übrigen Gemeindegebiet.

Gemäss Thomas Lammer ist es wirklich wichtig, dass man dieser Bemerkung zustimmt, weil es um eine politische Mitteilung an die Partner ASTRA und Kanton geht.

Anita Burkhardt-Künzler verweist auf das überparteiliche Komitee „Bypass – so nicht“. Schon deshalb muss dem Antrag zugestimmt werden. Die Sprechende ist auch gegen das Wort „vollumfänglich“, weil dies schon sehr bindend ist. Dieses kann ja in „grossmehrheitlich“ abgeändert werden. Um gegenüber dem ASTRA und Kanton ein Zeichen zu setzen, muss man hin stehen und Einigkeit zeigen. Sie hofft, dass das Parlament diesen Antrag annimmt. Das Parlament muss nach aussen ein Zeichen setzen.

Erich Tschümperlin hat den Bemerkungsantrag nochmals genau gelesen. Dies kann einfach missverstanden werden. Damit es unmissverständlich ist, soll das Wort „vollständig“ gestrichen werden, damit man zu einem späteren Zeitpunkt weiss, was gemeint war.

Räto Camenisch meint, dass wenn dieses Wort so schwer auf dem Herzen liegt, kann er dies umwandeln zu „in wesentlichen Teilen“. Das ist einfach abgeschwächt und lässt ein Hintertürchen offen. Die Hintertürchen werden dann auch geöffnet, was der Sprechende garantieren kann. Die jetzige Generation ist ja schon noch dafür, aber dann kommen dann die nächsten Generationen, die sich dann an die Autobahn gewöhnt haben. Es geht ja nun auch nicht um ein neues Mehrwertabschöpfungs-Reglement,

sondern nur um eine Absicht. Wenn dann einmal ein Reglement geschrieben werden muss, dann muss man genau sagen, was man möchte. Der Bemerkungsantrag lautet neu wie folgt:

Die Resultate der städtebaulichen Potentialanalyse sind, sobald sie von allen Trägern festgelegt sind, wie vorgesehen in das Regelwerk Luzern Süd zu überführen. Dabei ist darauf zu achten, dass die baulichen Anpassungen mittel-langfristig finanziert werden können, einerseits durch Leistungen der Projektpartner (ASTRA, Kanton Luzern) andererseits durch eine zu wesentlichen Teile, zweckgebundene Mehrwertabschöpfung der Stadt aus dem Bau-Mehrwert entlang und im direkten Einzugsbereich des Bypasses vom Grosshof bis zum Schlund.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 27:2 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Guido Solari liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Planungsbericht LuzernSüd Vertiefungsgebiete III, IV, V und Mattenplatz wird zur Kenntnis genommen.

Folgende Bemerkungen werden an den Stadtrat überwiesen:

- Oberirdische Sammelgaragen sind gegenüber öffentlichen Aussenräumen mit einer Mantelnutzung, bestehend aus Arbeitsnutzungen, zu versehen, um sie städtebaulich zu integrieren.
- Die Magerwiese mit Kiesweg ist ein wichtiger, ökologischer Bestandteil dieses Gebietes. Deshalb soll diese nicht zugunsten von öffentlicher Freizeit- und Erholungsnutzung sowie eines öffentlichen Spielplatzes geopfert werden.
- Der Mattenplatz hat Zentrumsfunktion und ist daher fussgängerfreundlich und mit einer hohen Aufenthaltsqualität auszubilden. Die Freiraumfläche hat grösstmöglich zu sein und der Verkehrsraum

-
- ist auf das absolut notwendige zu begrenzen. Es ist nach Verkehrslösungen zu suchen, die eine grösstmögliche Aufenthaltsqualität des Mattenplatzes unterstützt.
- Es wird bei der Verkehrsplanung speziell beim Kreisel Mattenplatz auch eine unterirdische Lösung anstelle einer Lichtsignalsteuerung als Ablösung des Kreisels in Betracht gezogen.
 - Eine qualitätsvolle, nachhaltige und identitätsbildende Entwicklung ist für das Gebiet von LuzernSüd von zentraler Wichtigkeit. Darum soll die Umsetzung ausnahmslos über qualifizierte Konkurrenzverfahren erfolgen und ist im Teilrichtplan festzusetzen.
 - Die Resultate der städtebaulichen Potentialanalyse sind, sobald sie von allen Trägern festgelegt sind, wie vorgesehen in das Regelwerk LuzernSüd zu überführen. Dabei ist darauf zu achten, dass die baulichen Anpassungen mittel-langfristig finanziert werden können, einerseits durch Leistungen der Projektpartner (ASTRA, Kanton Luzern) andererseits durch eine zu wesentlichen Teile, zweckgebundene Mehrwertabschöpfung der Stadt aus dem Bau-Mehrwert entlang und im direkten Einzugsbereich des Bypasses vom Grosshof bis zum Schlund.

Gemäss Yvette Estermann findet keine Abstimmung statt.

9a. Beantwortung dringliche Interpellation Büchi: Aufhebung Bahnübergänge Kuonimatt

Nr. 172/19

Matthias Senn beantwortet die Fragen im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. Ist der Gemeinderat bereit, mit einer Beschwerde gegen die Plangenehmigung seinen Ausführungen im Bericht auf das Postulat Büchi Nr. 027/2017 Nachdruck zu verleihen?

Der Stadtrat hat gestern entschieden Beschwerde gegen die Plangenehmigung betreffend Aufhebung der Bahnübergänge einzureichen. Diejenigen, welche mit dem Stadtrat diskutiert haben, merkten vielleicht, dass man sich diesen Entscheid nicht leicht gemacht hat. Es ging hier nicht um eine Einsprache wo man Farbe bekennen konnte, wie damals gegen die Planaufgabe, wogegen beim Bundesamt für Verkehr Einsprache erhoben wurde. Hier geht es nun um den Gerichtsweg und man musste abschätzen, ob man rechtlich überhaupt eine Chance hat und was man mit dieser Beschwerde auslöst. Man sah, dass es hier doch auch einige Risiken gibt. Der Bau der Unterführung Wegmatt ist im Zeitplan im Zusammenhang mit der Totalsperre fest eingeplant, welche die Zentralbahn durchführt. Dort wird ja auch der Bahnhof Mattenhof und Horw gebaut. Diese Risiken mussten abgewogen werden. Trotz allem war der Stadtrat der Meinung, dass es ein Problem ist, dass es auf Seiten der Stadt noch kein Projekt gibt. Die Unterführung Wegmatt ist eigentlich baureif und man muss hier Zeit gewinnen, um ein alternatives Projekt auf Krienser Seite zu haben, wenn die Bahnübergänge wirklich einmal geschlossen werden sollten. Deshalb wird die Beschwerde nächsten Dienstag eingereicht.

2. Was hat die Machbarkeitsstudie für eine Überführung Horwer-/Krienserstrasse ergeben und kann das Resultat dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht werden?

Die Machbarkeitsstudie liegt vor, welche vom Stadtrat zur Kenntnis genommen wurde. Er ist noch nicht restlos zufrieden, weil schlussendlich eine Passerelle für die Fussgänger geplant ist. Das ist eigentlich eine gute Sache, aber diese müssen zwei Mal in den Lift oder die Treppe benutzen. Für Velofahrer ist es eher unglücklich, wenn das Velo in den Lift gestossen werden muss. Es gibt leider keine Möglichkeit von Rampen. In der Machbarkeitsstudie gibt es die Empfehlung, dass man doch einmal versucht parallel eine Unterführung zu planen. Es gab einmal einen Vorschlag anno 2012, welcher aber technisch überhaupt nicht befriedigt hat. Dies kann man trotzdem nochmals anschauen, um dann die beiden Varianten miteinander zu vergleichen. Die Kosten für eine Passerelle wurden auf eine halbe Million Franken geschätzt und eine Unterführung wurde auf 5 Mio. Franken geschätzt. Eine Unterführung ist somit bedeutend teurer. Man muss hier einfach weiter planen und schauen, ob es nicht irgendwo eine gute Lösung gibt.

3. Was ist der Inhalt und Wortlaut des Vertrages zwischen Horw und Kriens, der eine Aufhebung der Bahnübergänge untersagt? Ist der Gemeinderat bereit, auf die Erfüllung dieses Vertrages zu bestehen?

Das ist ein spezieller Vertrag, der eigentlich den Betrieb und Unterhalt dieser Bahnübergänge regelt. Er sagt auch was wem gehört, wie Schranken, Geleise etc. Diese gehören der Zentralbahn und die Strassenflächen gehören den Gemeinden etc. Es regelt auch welche Kosten die Parteien zu tragen haben. Der Vertrag wurde auf die Dauer von 25 Jahren fest abgeschlossen. Dies kann zur Sprache gebracht werden. Man sieht dann, ob es das Gericht auch sieht, dass der Vertrag eine feste Dauer hat. Die Unterzeichnung erfolgte im Jahr 2005 und läuft somit erst 2030 ab. Selbst wenn man sich auf diesen Vertrag beruft, wird man die Niveauübergänge nicht halten können. Darum ist es auch richtig, dass Alternativen geprüft werden.

4. Was sind die Folgen einer allfälligen Aufhebung der Bahnübergänge für LuzernSüd und die Bewältigung des Langsamverkehrs?

Man muss zwei Phasen sehen. Wenn beispielsweise die Bahnübergänge sofort geschlossen werden und mit dem Bau der Unterführung Wegmatt begonnen wird, hat man auf der Länge von einem Kilometer keine Querungsmöglichkeit bis die Unterführung dann einmal vorhanden ist. Wenn diese einmal gebaut ist, ist die maximale Distanz zwischen den Unterführungen 600 m. Für die Fussgänger wird von einem Umweg von 10 Minuten ausgegangen, wenn man von einem Punkt des Übergangs bis zum anderen kommt. Wenn man sich vom Schweighof Richtung Horw Zentrum bewegt, ist der Umweg natürlich nicht so gross. Mit dem Velo ist der Zeitverlust natürlich auch weniger gross. Trotz allem ist der Stadtrat der Meinung, wenn man den Fuss- und Radverkehr in LuzernSüd attraktiver gestalten möchte, dann braucht es im Bereich der Krienser- und Horwerstrasse eine zusätzliche Querung. Dieses Projekt sieht vor, dass beide Niveauübergänge geschlossen werden und in diesem Bereich gibt es noch keine Alternative. Darum wurde beschlossen, dass hier eine Beschwerde eingereicht wird.

Cla Büchi wünscht eine Diskussion.

Yvette Estermann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Cla Büchi möchte eigentlich nur für diesen Entscheid herzlich danken. Er gratuliert dem Stadtrat, dass er den Mut hatte den Fuss hineinzustecken. Es gibt ja ein Verkehrskonzept und darin wird darauf hingewiesen, dass diese beiden Bahnübergänge wichtig sind. Eigentlich folgt der Stadtrat ja nur diesem Konzept, was eigentlich konsequent ist.

10. Beantwortung Interpellation Burkhardt: Optimierung beim Parkregime auf dem Sonnenberg Nr. 118/18

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Yvette Estermann fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Anita Burkhardt-Künzler wünscht eine Diskussion.

Yvette Estermann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich ganz herzlich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Trotzdem stellen sich ihr schon noch einige Fragen. Der Stadtrat schreibt, die Wochenenden an welchen es auf dem Sonnenberg zu unschönen Parkiersituationen kommt sind zwar ärgerlich, jedoch eher selten. Aber gerade in diesem sehr schönen Sommer häuften sich diese Vorkommnisse vermehrt. Falschparkierte Autos, zu viele Fahrten auf den Ausflugsberg und verärgerte Besucher waren auf dem schönen Sonnenberg öfters anzutreffende Zustände. Der Stadtrat hat die Parkier-Misere erkannt und zu einem runden Tisch eingeladen. Vertreter von der Sonnenberg AG, dem Hotel Sonnenberg, der Luzerner Polizei, der Waldstrassengenossenschaft, sowie von Pro Sonnenberg haben gemeinsam einige Sofortmassnahmen beschlossen, wie vier weitere Parkverbotstafeln, die Erstellung eines Doppellattenzauns beim oberen und unteren Kiesplatzes inklusive der Nummerierung der Parkfelder. Auch eine Reglementsänderung über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund wurde in Betracht gezogen, damit die angestrebte Bewirtschaftung durch eine zentrale Parkuhr umgesetzt werden könnte. Dieser würde auch die CVP/JCVP-Fraktion positiv gegenüberstehen, speziell im Sinne der Grundsätze zur Verkehrssteuerung. Diese unterschiedlichen Massnahmen tragen sicher zu einer übersichtlicheren Sachlage bei, und dass andere, teurere Varianten nicht weiterverfolgt werden können, leuchtet ebenfalls ein. Allerdings versteht die Interpellantin nicht, wie der Stadtrat als Hauptaktionär und Inhaber von immerhin 75 % der Aktien sich nicht mehr einsetzt und Verantwortung übernimmt um die Attraktivität der Sonnenbergbahn zu verbessern. So könnte er auf der gemeindeeigenen Homepage z.B. durch grössere Aufklärung noch mehr auf die historische Bahn aufmerksam machen, auf die Vorteile eines Bähnlausfluges, und ebenso könnte er auf die Parkplatzsituation auf dem Berg hinweisen. Er verweist in seiner Beantwortung lediglich auf die Verantwortung der Sonnenbergbahn AG und auf die Webseite www.erlebnis-sonnenberg.ch. Als sich Anita Burkhardt-Künzler jedoch auf der besagten Seite informieren wollte, las sie bloss, dass die Zufahrt zum Sonnenberg ganzjährig möglich ist, jedoch für die Fahrt während den Betriebszeiten dringend die Sonnenbergbahn als Verkehrsmittel empfohlen wird. Ausserdem, dass es direkt bei der Talstation nur wenige Parkplätze hat. Daneben werden die Gäste gebeten, die Parkplätze auf dem Gemeindehausplatz Kriens, welcher schon länger nicht mehr existent ist, oder das Parkhaus Hofmatt zu benutzen. Auf das nahegelegene Parkhaus beim Schappcenter wird jedoch nicht hingewiesen, ebenso wenig auf die nur vereinzelt Parkplätze auf dem Sonnenberg. Also auch hier besteht zwingender Handlungsbedarf. Die CVP/JCVP-Fraktion ist überzeugt, dass durch eine pro-aktivere Haltung des Stadtrates noch einige Nachbesserungen vorgenommen werden könnten, um das schöne Naherholungsgebiet weiterhin attraktiv und besucherfreundlich zu erhalten.

Gemäss Patrick Koch, SVP-Fraktion, ist es ärgerlich, wenn sich ein paar Autofahrer an gewissen Tagen nicht an das bestehende Zonenparkplatzverbot auf dem Sonnenberg halten. Verstossen Autolenker gegen ein Parkplatzverbot, so sind die Halter zu verzeigen und die PW's gegebenenfalls abzuschleppen. Als Ergebnis des runden Tisches vom 3. Juli 2018 wurde als Sofortmassnahme unter anderem beschlossen, weitere Parkplatzverbotstafeln aufzustellen. So will man das Verbot deutlicher signalisieren und macht Sinn. Damit sollte das Problem doch gelöst sein, meinen Bürger mit gesundem Menschenverstand. Die sich nun entwickelnde Eigendynamik verwundert die SVP-Fraktion aber schon sehr. Hier wird plötzlich vorgeschlagen die Einführung einer zentralen Parkuhr weiter voranzutreiben. Dafür müsste aber zuerst das Reglement über die Gebühren fürs Parkieren auf öffentlichem Grund angepasst werden. Die Krienser Gemeindebehörden und Politiker haben offensichtlich ein schlechtes Kurzzeitgedächtnis. Am 9. Mai 2008 hat die SVP die Volksinitiative: Verzicht auf Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsgebietes auf der Gemeindekanzlei eingereicht. Sagenhafte 1'268 Krienserinnen und Krienser haben dieses Volksbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützt. Eine Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsgebietes ist völlig unverhältnismässig. Investitions- und Unterhaltskosten von vielen Tausend Franken für die Parkuhren stehen in keinem Verhältnis. Muss hier extra ein Kontrolleur auf den Sonnenberg fahren, um Bussen zu verteilen? Die Einführung einer zentralen Parkuhr führt erst recht zum umweltbelastenden Parkplatzsuchverkehr und die wilde Parkierei wird gefördert. Auch würden Autofahrer vermehrt Parkplätze vom Hotel Sonnenberg benutzen. Das neue Parkplätze bei der Talstation bei der Sonnenbergbahn ebenfalls kosten, wird auch nicht weniger Autofahrer davon abhalten direkt auf den Sonnenberg zu fahren. An dieser Stelle möchte er aber auch daran erinnern, dass die Sonnenbergbahn nur etwa ein halbes Jahr in Betrieb ist. Er findet es jedoch sinnvoll, dass mittels einer technischen Lösung im Ortszentrum auf die belegten Parkplätze auf

dem Sonnenberg hinweist. Die SVP-Fraktion akzeptiert keine Änderung des Reglementes über die Gebühren fürs Parkieren auf öffentlichem Grund zum Nachteil der Autofahrer.

Die FDP-Fraktion bedankt sich laut Thomas Lammer für die Beantwortung. Sie kann die Erwägungen des Stadtrates bezüglich Verkehrsdienst, Schranken und den damit verbundenen Kosten nachvollziehen und erachtet diese als vernünftig. Gar nicht nachvollziehen kann sie aber die Überlegung, eine zentrale Parkuhr an dieser Stelle zu installieren. Das Reglement über die Gebühren und das Parkieren auf öffentlichem Grund wurde im Jahre 2010 angepasst. Die FDP hat sich damals für eine Befreiung der Parkplätze auf dem Sonnenberg und auch unterhalb des Buurestüblis eingesetzt, da diese von sporttreibenden und wandernden Personen genutzt werden. Diesem Reglement hat damals die gesamte CVP-Fraktion zugestimmt. Wenn heute die Fraktion oder Exponenten der CVP ihre Meinung diesbezüglich geändert haben, dann ist das zwar ihr Recht, aber eher unverständlich und zeigt wie verlässlichkeitsbefreit hier agiert wird. Insbesondere angesichts der Tatsache, dass gerade auf dem Sonnenberg die beschriebene Überlastung der Parkplätze eher selten vorkommt. Und auch das noch: Es ist wohl kaum davon auszugehen, dass Anpassungen am obenerwähnten Reglement allein auf diese Artikel beschränkt wären. Ein schlauer Zug, wenn man dies möchte. Der Sprechende ist sich aber nicht sicher, ob dies die Absicht der Interpellantin war. Die FDP-Fraktion wird sich jedoch gegen eine Tarifierung von Parkplätzen ausserhalb des Siedlungsgebietes einsetzen.

Gemäss Bettina Gomer-Beacco findet es die SP-Fraktion wichtig und richtig, dass alle Beteiligten sich zur Lösungsfindung getroffen haben, damit dieser chaotische Zustand am Sonnenberg bald ein Ende hat. Das Resultat dieser Besprechung scheint vernünftig, nämlich der Verursacher des Problems soll bezahlen. Hierfür braucht es nun eine Anpassung des Reglements über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund, das sollte baldmöglichst folgen. Für die Sprechende selbst ist nicht nur die Parksituation am Sonnenberg problematisch, sondern auch der ganze Suchverkehr. Der Weg auf den Sonnenberg kann als Fussgänger manchmal ganz schön stressig sein. An einem schönen Sonntag herrscht so starker Naherholungsverkehr, dass der Fussmarsch doch eher einem Spiessroutenlauf gleicht. Für sie stellt sich darum weiterhin vor allem die Frage: Bleibt dieser Schönwetter-Verkehr nicht weiterhin bestehen? Wird der Autofahrer nicht einfach schnell mal nach oben fahren, mit dem Gedanken, dass es schon noch einen Parkplatz hat, um dann genervt wieder retour zu fahren? Wird der Verkehr sogar noch zunehmen, jetzt da Kriens wächst? Ist die Situation wirklich zu Ende gedacht? Es muss das Ziel sein, dass mehr Sonnenbergbesucher zu Fuss oder mit der Sonnenberg-Bahn kommen. Und das lässt sich längerfristig doch nur mit technischen Hilfsmitteln und besserer Kommunikation erreichen. In diesem Sinn wäre eine Investition sicher einzig folgerichtig. Daneben hofft die SP-Fraktion, dass die Beteiligten laufend Verbesserungen anstreben. Weil mit der Fülle an Parkplätzen, die im Zentrum von Kriens zur Verfügung stehen, ist es optimal mit der Bahn oder auf den verschiedenen Wanderwegen auf den Sonnenberg zu kommen.

Bruno Bienz dankt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion dem Stadtrat für seine Antwort. Die Rechnung ist für viele Personen schnell gemacht. Die Fahrt mit der Sonnenbergbahn kostet für zwei Erwachsene retour Fr. 24.00, ohne Parkinggebühren in Kriens. Da entscheiden sich viele Personen für das Auto. Platz auf dem Sonnenberg hat es immer irgendwo. Da gibt es ihrer Meinung nach nicht mehr viele Optionen. Eine Anpassung des Reglements über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichen Grund ist ihrer Meinung nach ein Muss. Es löst aber sicher nicht das Problem von zu vielen Autos. Zum zweiten müsste die Sonnenbergbahn das Halbtax einführen. Der Stadtrat sieht es selber als spannendes Instrument für ein aktives Marketing an. Nur ein Beitritt zum Tarifverbund macht das Angebot auch für Autofahrer attraktiver. Mit dem Bus von Luzern nach Kriens und mit der Bahn auf den Sonnenberg. Nach Meinung der Grüne/GLP-Fraktion gehört die Sonnenbergbahn in den Verkehrsverbund (VVL), wie das bereits in einem Vorstoss gefordert wurde. Die Bahn ist wie die VBL ein Bestandteil des öffentlichen Verkehrs von Kriens. Dies müsste auch bei der Abgeltung bei einem Beitritt zum Tarifverbund berücksichtigt werden. Der Krienser Bauvorsteher ist ja im Vorstand des VVL und im Verwaltungsrat der Sonnenbergbahn. Dadurch sollte doch ein vertieftes Gespräch über die Möglichkei-

ten doch möglich sein. Nun noch kurz zum Votum von Patrick Koch. Der Sprechende möchte eigentlich nicht „Tüpfelchissen“, aber bei der SVP-Initiative wurde der Sonnenberg nicht miteinbezogen.

Alfons Graf weiss, was auf dem Sonnenberg abläuft. Er ist 2-3 Mal in der Woche dort, denn er geht dort auf die Jagd und macht Hege und Pflege. Der Sonnenberg hat an schönen Tagen tatsächlich ein Problem mit den vielen Autos die dort hochfahren. Da nützt es wenig, wenn zusätzliche Parkverbotstafeln aufgestellt werden. Die Autofahrer parkieren ihr Auto auf dem Wiesland und dort kann die Polizei keine Bussen verteilen. Der Stadtrat schreibt bei seiner Beantwortung der Interpellation, dass das Bau- und Umweltdepartement einen runden Tisch mit dem Hotel Sonnenberg, der Luzerner Polizei, die Waldstrassengenossenschaft und die Pro Sonnenberg organisierte. Er fragt sich aus welchem Grund die Jagdgesellschaft nicht zu diesem Gespräch eingeladen wurde. Die Jagdgesellschaft Sonnenberg muss jedes Jahr einen Pachtzins von über Fr. 3'000.00 entrichten. Zusätzlich bezahlt sie der Waldstrassengenossenschaft jährlich Fr. 500.00. Es wäre nicht mehr als fair gewesen die Jagdgesellschaft ebenfalls an den runden Tisch einzuladen. Die Probleme mit dem Parkieren auf dem Sonnenberg betrifft auch die Jagdgesellschaft. Müssen die Wildhüter an solchen Tagen ein verendetes Tier im Revier holen, können sie nicht einmal hochfahren. Auch für die Feuerwehr und die Sanität besteht bei einem Notfall kein Durchkommen. Das sind unhaltbare Missstände. Alfons Graf hat sich überlegt, was man machen kann. An Spizentagen wäre dort ein Verkehrsdienst, analog Eigenthal eventuell eine gangbare Lösung. Wenn die Parkplätze oben voll sind, müsste bei der Anfahrt eine Schranke die Zufahrt regeln.

Anita Burkhart-Künzler kommt auf das Votum von Thomas Lammer zurück. 2010 war die Sprechende noch nicht im Parlament, als die Anpassung des Reglements über die Gebühren von Parkplätzen auf öffentlichem Grund zur Debatte stand. Dazumal gab es die Problematik auf dem Sonnenberg noch nicht, wie es heutzutage ist. Wie man hier im Parlament schon öfters festgestellt hat, darf man auch mit zunehmenden Mehrwissen oder veränderten Situationen sich diesen anpassen oder nach konstruktiven Lösungen suchen.

Erich Tschümperlin meint, dass man zu diesem Argument noch einen Schritt weiter gehen darf. Man sollte vielleicht alle 8 Jahre einmal seine Haltung und Meinung überprüfen. Vielleicht haben sich in der Zwischenzeit neue Erkenntnisse ergeben. Davor sollte man nicht zurückschrecken.

Matthias Senn kommt auf das Marketing der Sonnenbergbahn zu sprechen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Sonnenbergbahn ein erfolgreiches Marketing hat, weil sehr viele verschiedene Anlässe auf dem Sonnenberg stattfinden. Letztes Jahr hatte die Sonnenbergbahn die höchsten Einnahmen aller Zeiten, obwohl vor zwei Jahren die Tarife erhöht wurden. Ob jetzt eine Initiative, die 2008 eingereicht wurde in das Kurzzeitgedächtnis gehört ist fraglich. Das gehört schon eher ins Langzeitgedächtnis. Interessant ist natürlich der Vorschlag vom Tarifverbund. Es gab den Vorschlag vom Passepartout, jedoch sind die Kosten Fr. 100'000.00 tiefer als die Einnahmen der Sonnenbergbahn AG. Irgendjemand muss für diese Fr. 100'000.00 aufkommen. Die Sonnenbergbahn kann das sicher nicht, so müsste die Stadt dies ins Budget aufnehmen. Dem Einwohnerrat steht es frei dazu einen Vorstoss einzureichen. Bei der Budgetplanung gab es keine Reserven, dass man dies hätte aufnehmen können. Dazu kommt noch, dass die Abgeltung auf die Verdopplung der Fahrgastfrequenz von ca. 50'000 auf 100'000 berechnet ist. Das ist eine rechte Zunahme trotz der günstigen Tarife. Ob das wirklich erreicht wird, ist fraglich. Die Anliegen der Jagdgesellschaft gehört in die ganze Problematik. Wenn es ein Verkehrschaos gibt, ist natürlich auch die Jagdgesellschaft betroffen. Schlussendlich braucht es Massnahmen, die umgesetzt werden können. Wenn man wieder gegen die Massnahmen ist, wird es wahrscheinlich auch keine Lösungen geben.

Patrick Koch weist nochmals darauf hin, dass die Sonnenbergbahn nicht das ganze Jahr fährt. Bis anhin war es so, dass sie erst ab Ostern fährt. Ein Ereignis war im November und das andere Anfangs April. Neu wird die Sonnenbergbahn ab März fahren und das wird Verbesserungen erzielen.

11. Beantwortung Interpellation Niederberger: Abriss Motel Pilatusblick

Nr. 128/18

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Yvette Estermann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Raoul Niederberger wünscht eine Diskussion.

Yvette Estermann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Raoul Niederberger dankt dem Stadtrat für die Beantwortung seiner Fragen. Das Motel "Pilatusblick" ist Geschichte. Dass eine weitere Zwischennutzung des Motelgebäudes nicht möglich war, ist bedauerlich, doch auch nachvollziehbar. Erfreulich ist hingegen, dass die neue Eigentümerin Hand zu einer Zwischennutzung des arrondierten Areals bietet. Vielleicht weiss der Stadtrat mehr, wie es weitergeht. Zuletzt ist es auch erfreulich zu hören, dass bei der Entwicklung vom Areal der "Andritz Hydro" eine Zwischennutzung fester Bestandteil der Planungsphase ist. Allenfalls können die Erkenntnisse einer solchen Planung in Zukunft dabei helfen, wenn es um mögliche Zwischennutzungen von Privatgrundstücken geht.

Gemäss Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, legt der Bericht gut dar, wie es zum Abriss der Gebäude gekommen ist. Sie ist mit den Ausführungen zufrieden. Es wird auch aufgezeigt, dass die Stadt Kriens wenig Handlungsspielraum und Einflussmöglichkeiten hat. Aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion macht es wenig Sinn, besondere Bestimmungen dazu in den Bau- und Zonenvorschriften festzulegen. Es ist ihr aber ein Anliegen, dass sich die Stadt Kriens bei ähnlichen Sachlagen mit den Eigentümern austauscht und Ideen einbringt, wie Räume und Land einer möglichen Zwischennutzung zugeführt werden können.

Alfons Graf, SVP-Fraktion, stellt fest, dass das ehemalige Grundstück des Motels Pilatusblick der Migros gehörte und es abgerissen wurde. Im Nachhinein kann man sagen, dass es gut ist, dass es abgerissen wurde. Ansonsten besetzen dann einfach irgendwelche Gruppierungen illegal das Gebäude und diese wieder rauszubringen ist oftmals eine Herkules-Aufgabe. Es ist schade, dass dieses Gebäude so marode wurde. Umso mehr hat es die SVP-Fraktion verwundert, dass dieses Gebäude vorübergehend als Asyl Heim geduldet wurde.

Thomas Lammer bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion beim Stadtrat für die Beantwortung der vorliegenden Interpellation. Grundsätzlich stellt sie sich nicht kategorisch gegen das Anliegen einer Zwischennutzung von privaten und öffentlichen Räumen, obwohl im vorliegenden Fall sehr schnell Nägel mit Köpfen gemacht wurden. Das Gebäude war ja auch in einem desolaten Zustand, was zur Schliessung des Restaurantbetriebes führte. Trotzdem herrscht bei der FDP-Fraktion eine gewisse Skepsis bei Zwischennutzungen. Dies vor allem wenn man die Entwicklungen in der Stadt Luzern oder andernorts anschaut. Vielleicht war dies auch die Überlegung der Eigentümerschaft, den Abbruch rasch möglichst zu vollziehen. Zwischennutzungen ja, aber es müssen sich halt alle an die Regeln und Verträge halten. Das ist die Bedingung und diese wäre auch konsequent durchzusetzen in der Stadt Kriens.

Für die SP-Fraktion ist es laut Raphael Spörri eigentlich sehr bedauerlich, dass keine längere Zwischennutzung im Motel möglich gewesen ist. Egal wer schlussendlich darin eine Zwischennutzung betreibt, ob Gesindel oder was auch immer. Jeder hat die Berechtigung einen Unterschlupf zu finden. Ob das Gebäude schnell abgerissen wurde, weil es baulich nicht in gutem Zustand war, entzieht sich den Kenntnissen der SP-Fraktion. Nun wurden auch Gebäude dahinter relativ schnell abgerissen. Vielleicht wäre man besser beraten gewesen, eine sinnvolle Zwischennutzung zu realisieren. Nun bleibt das Grundstück eine Brache. Mal schauen was man hier machen kann. Der Stadtrat soll Einfluss nehmen, wenn man Platz für eine sinnvolle Zwischennutzung auf diesem Gelände braucht.

Matthias Senn antwortet auf die Frage, wie es nun weitergeht. Die Migros ist offen für ein Gespräch mit dem Stadtrat. Sie erwartet, dass der Stadtrat auf sie zugeht und einen Vorschlag macht, wie die Fläche zwischengenutzt werden kann. Es ist ein Freiraum, aber natürlich gibt es auch noch andere Flächen auf denen eine Zwischennutzung möglich ist, wie beispielsweise der Hinterschlund. Die Stadt hat dort andere Vorstellungen als die Migros. Selbstverständlich macht es Sinn, dass solche brach liegenden Grundstücke auf irgendeine Art zwischengenutzt werden.

12. Postulat Portmann: Quartierfreundliches Kriens?

Nr. 131/18

Gemäss Yvette Estermann opponiert der Stadtrat gegen die Überweisung dieses Postulates.

Michael Portmann weist auf das Bau- und Planungsgesetz des Kantons Luzern hin. In § 6 ist klar vorgegeben, wann und wie eine Gemeinde bei grösseren Bauvorhaben in den Zentrumsbauten oder LuzernSüd die Mitwirkung und Information der Bevölkerung gestalten muss. Diese Art der Mitwirkung fasst er als bauspezifische Mitwirkung zusammen. Eigentlich kann man alle 19 Events, welche als erster Teil der Begründung aufgezählt wurden, direkt auf das Bau- oder Planungsgesetz zurückführen. Darum kann man sagen, dass dies eine vorbildliche Erfüllung vom § 6 ist. Sie sind nicht verhandelbar und gesetzlich vorgeschrieben. In der Stadt Kriens gilt es aber auch eine grossartige Fülle von Vereinsleben, Traditionen und Kultur zu bewahren. Diese Fülle bereichert das Leben und verankert einem in die Stadt Kriens und findet ausschliesslich in den Sozialräumen der Stadt Kriens statt. Solche Sozialräume sind die Gallihalle, Turnhallen, Stadion Kleinfeld, Schappe Süd mit Musikschule, Schulhäuser, Kirchenzentren oder im erweiterten offenen Sinn auch Alltagsstrukturen, wie Migros, Coop, Post, Aldi, Bushaltestellen, Bahnhof Mattenhof, Sonnenbergbahn, Schwimmbad etc. Diese Liste ist keineswegs abschliessend. Ausgangspunkt für diese vielen Aktivitäten und Vereine in Kriens waren die vor mehr als 60 Jahren gegründeten Quartiervereine. Sie haben dem Leben in den Quartieren Struktur gegeben, damit das Zusammenleben in den neuen Sozialräumen innerhalb der Quartiere wachsen konnte und viele Vereine gegründet werden konnten. Diese Quartiervereine haben Kriens dazu verholfen, dass der dörfliche Charakter so lange bewahrt werden konnte, so dass man sich als Krienserinnen und Krienser bis jetzt in den Quartieren immer noch zu Hause fühlt. Darum ist es sehr schade, dass als Folge vom ausserordentlichen Wachstum in den letzten 20 Jahren das Quartiervereinsleben in zwei grossen zentralen Quartieren bereits abgestorben ist. Vom Kupferhammer bis ins Dorf finden keine Quartierfeste oder Quartiervereinsaktivitäten statt. Es ist niemand da, der die Anliegen der Quartierbevölkerung mit der Stadt austauscht oder beispielsweise zu der Schachen-/Amlehnstrasse anlässlich vom Gesamtverkehrskonzept als offizielle Quartiervertretung Stellung genommen hat. Vermutlich sind die Quartiere wachstumsbedingt einfach zu gross und zu unübersichtlich geworden. Mit acht Quartiervereinen und knapp 30'000 Krienserinnen und Krienser umfasst jedes Quartier im Schnitt 2'000 - 5'000 Menschen. Angesichts dieser enormen Zahlen ist es erstaunlich, wie gut bestehende Quartiervereine diese Herkulesarbeit bewältigen. Gleichzeitig erstaunt es auch nicht, dass zwei Quartiervereine total überfordert waren und aufgegeben haben. Die Erfahrung aus anderen Städten, wie Schaffhausen, Luzern, Bern, Zürich, Winterthur, St. Gallen, Chur, Fribourg etc. legen nahe, dass die Krienser Quartiervereine jetzt eine neue Grundlage erhalten müssen. Wenn man die ureigenen Vereine, Traditionen und Kultur bewahren möchte, muss man den Dialog zwischen der Quartierbevölkerung und der Stadt Kriens nicht noch mit einem Leitbild vertiefen, sondern sie echt in Kriens verankern. Im zweiten Teil der Begründung wird klar, dass alle im Einwohnerrat beim Ändern der Gemeindeordnung eine solche Anpassung

komplett verschlafen haben. Was aber steht einem kurzen Bericht im Weg, in welchem kurz und knapp aufgezeigt wird, wo und wie diese bisher «freiwillige» Mitwirkung mit den Quartieren in der Gemeindeordnung verankert werden könnte, damit das reichhaltige Leben in den Quartieren erhalten werden kann? Michael Portmann freut sich, wenn mit der Überweisung dieses Postulats die «freiwillige» Mitwirkung zu einer «in den Quartieren breitabgestützten» Mitwirkung werden lässt. In Quartieren mit 2'000 - 5'000 Bewohnerinnen und Bewohner braucht die bisherige, freiwillige Quartierarbeit durch die Quartiervereine auch in Kriens eine politische Verankerung, da sonst noch mehr Quartiervereine in ihrer Arbeit überfordert sind und dann ihre Arbeit einstellen. Weitere derart wichtige «Zugpferdchen» für die Krienser Vereine, Traditionen und Kultur zu verlieren, wäre enorm schade. Er bittet deshalb um Überweisung.

Gemäss Rolf Schmid, CVP/JCVP-Fraktion, wurden in den vergangenen Jahren viele partizipative Prozesse vom Gemeinde- bzw. Stadtrat in Gang gesetzt. Entsprechende Aussagen, wie heute schon erwähnt, finden sich auch in den Leitlinien des Stadtrates. Das ist gut so. Weiter finden regelmässige Treffen zwischen Quartiervereinen und Stadtrat statt. Das Anliegen des Postulanten in Ehren, aber mit gesetzlichen Massnahmen die Partizipation der Quartiervereine zu fördern, schießt in ihren Augen über das Ziel hinaus. Zudem würde es nicht von weitsichtiger Politik zeugen, wenn man schon wieder die Gemeindeordnung der Bevölkerung zur Genehmigung vorlegen muss. Die CVP/JCVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung des Postulats.

Martin Zellweger, SVP-Fraktion stellt fest, dass der Postulant anregt eine Pflicht zum partizipativen Einbezug der Bevölkerung gesetzlich zu verankern. Der Stadtrat führt in seinem Bericht aus, dass es grundsätzlich schon mal keinen Sinn macht die Gemeindeordnung kurzfristig wieder anzupassen. Dem kann die SVP-Fraktion zum Thema sicher beipflichten. Die SVP-Fraktion stellt sich aber vor allem klar gegen eine weitere gesetzliche Auflage, welche Planungs- und Bewilligungsprozesse noch weiter verlangsamen oder gar zum Stillstand bringen. Es gibt bereits genügend freiwillige Partizipationsmöglichkeiten. Der Stadtrat zeigt bereits mit verschiedenen Beispielen, dass er diesen Weg geht, auch ohne Gesetz. Manchmal fragt sich der Sprechende jedoch, wofür es denn den Einwohnerrat braucht, wofür gibt es stadträtliche Kommissionen, politische Vorstösse etc. Genügen diese demokratischen Grundrechte des Miteinbezugs nicht mehr? Müssen noch weitere Gesetze geschaffen werden, welche die Prozesse noch schwerfälliger machen? Wenn man beispielsweise Abstimmungsergebnisse von mehreren tausend Stimmbürgern wenige Zeit nach der Abstimmung in einem gut-tönenden, partizipativen Verfahren mit nur 100 Teilnehmern in Frage stellt und so wieder versucht umzudrehen, dann fragt sich Martin Zellweger ja schon, wo man sich mit solchen vermeintlich demokratisch repräsentativen Verfahren hinbewegt. Das Parkplatzreglement lässt grüssen. Es fragt sich dann eher, ob die Kommissionen nicht richtig einbezogen werden. Sind nicht die Quartiervereine beispielsweise in der Verkehrskommission mit dabei? Trotzdem stösst das Verkehrskonzept bei verschiedenen Quartieren auf Widerstand. Wird hier nicht der Einbezug möglicherweise in den Kommissionen zu wenig gelebt? Zudem, wenn sich ein Quartierverein aktiv für das Quartier einsetzt, ist das sehr begrüssenswert. Es ist aber nicht ein Gesetz, welches den Quartierverein aktiv macht. Das sind ganz andere Motivationsgründe, vor allem aber engagierte Krienser im Quartierverein, nicht neue Gesetze und Vorschriften. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats auf Ablehnung.

Wenn Roger Erni von der FDP-Fraktion etwas aufregt, ihn regt nur wenig auf, dann ist es eigennutzorientierte Einzelbürgerpolitik. Der Stadtrat hat 19 partizipative Projekte aufgezeigt, wo das immer wieder passiert. Er möchte gerne jeden Fragen, warum er sein Kreuzchen wo macht, aber er weiss es schon genau. Diejenigen klopfen dem Sprechenden auf die Schultern und bewundern ihn, dass er sich schon seit 20 Jahren politisch engagiert. Wenn es genau darum geht in einzelnen partizipativen Prozessen wie beispielsweise das Gesamtverkehrskonzept Kriens, kommt sein Nachbar, den er noch nie an einer politischen Veranstaltung gesehen hat. Er macht genau dort sein Kreuzchen, weil er sein Haus an einer Mochtetgern-30-Zone haben möchte, welche jetzt eine 50er-Zone ist. Dieser verschwindet nach dem Kreuz machen direkt wieder und macht den gesamten Quartierverein wütend, weil er genau dort auch aufsteht, obwohl der Quartierverein mehrheitlich entschieden hat, dass sie gegen die

30er-Zone sind. Die FDP-Fraktion ist klar gegen die Überweisung dieses Postulats. Die Personen können sich gerne politisch engagieren, egal welche Partei sie wählen. Sie sollen für die Allgemeinheit schauen und nicht eigennutzorientiert handeln und nur an den für sie relevanten partizipativen Prozess teilnehmen. Er verweist auf das Projekt im Eichhof. Es kam ein dahergelaufener Bürger und verzögert das ganze Projekt und das nur wegen der Aussicht. Nun dauerte die Verzögerung 4 Jahre. Wenn Personen nur eigennutzorientiert handeln, müssen die Einwohnerratsmitglieder es diesen Personen immer wieder sagen. Der Sprechende hat es seinem Nachbarn gesagt und dieser meinte, dass er schon Recht hat, aber wenn er sich für sich einsetzen kann, macht er das. Wenn man sich als Einwohnerrat wählen lassen möchte, kann es wehtun, weil man sieht, ob man gewinnt oder verliert. Plötzlich ist man mit zwei Stimmen nicht gewählt. Jeder, der sich partizipativ beteiligen möchte, kann zum Sprechenden kommen. Er hat eine gute Idee. So wie die Galliväter und Zünfte jedes Mal zu ihm kamen und ihn anfragten, ob er sein Götti werden darf. Roger Erni kann nicht überall mitmachen, aber hier setzt er sich ein.

Die Grüne/GLP-Fraktion ist laut Tomas Kobi der Meinung, dass Partizipation wichtig ist. Die Mitwirkung muss für den Stadtrat ein klar erklärtes Ziel sein. Es ist wertvoll, wenn engagierte Bewohnerinnen und Bewohner mitwirken und mitgestalten können. Der Postulant fordert den Stadtrat auf einen Erlass in eine Verordnung als Grundlage für die Mitwirkung mit der Quartierbevölkerung zu prüfen. Die Grüne/GLP-Fraktion stellt die Absichten des Postulats nicht in Frage, aber sie unterstützt das Postulat aus folgenden Gründen nicht: Der Vorstoss ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Die Verordnung wie sie am Beispiel des Kantons Basel einzufordern ist, hat zur Folge, dass man die Gemeindeordnung anpassen muss. Es haben schon mehrere Vorredner gesagt, dass dies keinen Sinn macht, gerade auch weil es eine Verordnung ist, welche erst seit 17 Tagen in Kraft ist. Jetzt eine Anpassung zu machen, macht keinen Sinn. Es muss womöglich wieder eine Kommission bestimmt, von neuem begonnen werden und es braucht eine erneute Abstimmung. Die Grüne/GLP-Fraktion kann die Argumente des Stadtrates nachvollziehen und findet, dass es jetzt weder rechtlich noch politisch folgerichtig wäre, hier bereits wieder etwas zu ändern.

Räto Camenisch stehen die Haare zu Berg. Wenn man Quartiervereine institutionalisieren möchte, damit sie Beschwerden einreichen können, ist das für ihn wie das unselige Verbandsbeschwerderecht. Dann hat man den Sinn des Quartiervereins verfälscht. Was ist ein Quartierverein? Ein Quartierverein ist eine Sammlung von interessierten Leuten, die ähnliche Interessen in ihrem Quartier haben. Diese vertreten ihre Interessen, ob dies verkehrstechnisch oder baulich etc. ist. Der Motor des Quartiervereins sind eben die Interessen, die sie vertreten. Jetzt möchte man dies ändern und sagt, dass der Motor nicht mehr die Interessen des Einzelnen sind, sondern eine Institution gemacht wird. Diese soll nun von der Stadt anerkannt sein und darf dann Einsprache machen. Welche Leute werden sich dann dort einsammeln? Alle diese Nörgeler und Zufallsaktivisten, die Roger Erni erwähnt hat. Diese werden sich dann in den Quartiervereinen ansiedeln und es gibt viele Probleme. Innerlich werden die Quartiervereine sterben, weil das gar keine Interessenvertretungen mehr sind, sondern Institutionen, welche künstlich geschaffen wurden und von den entsprechenden Leuten besetzt werden.

Rolf Schmid möchte auf eine Aussage von Roger Erni zurückkommen, die im quer hereinkommt. Er sprach von dahergelaufenen Bürgern. Der Sprechende distanziert sich von dieser Aussage als Einwohnerrat, sonst heisst es pauschal, dass die Einwohnerratsmitglieder ihren Kopf sowieso zu hoch oben haben. Der Sprechende ist nur 1.80 m gross und nicht so gross wie Roger Erni. Er widerspricht dieser Aussage, denn es gibt keine dahergelaufenen Bürger.

Cyrill Wiget meint, dass es der Interpellant schön erklärt hat, wieso diese Partizipation von Bedeutung ist. Der Stadtrat gibt ihm grundsätzlich auch Recht. Der Moment wurde verschlafen, deshalb macht es keinen Sinn eine Folge-Verordnung zu erstellen, wenn man die gesetzliche Grundlage nicht hat, weil diese nirgends angehängt ist. Insofern ist der Stadtrat froh, wenn man aus rechtlicher Sicht das Postulat ablehnt. Es gab nun eine Diskussion über Sinn und Unsinn der Partizipation. Dazu möchte der

Sprechende nun noch Stellung nehmen. Es kommen immer wieder Bedenken, dass man die institutionalisierte Politik und die unorganisierte Partizipation als Konkurrenzsituation sieht. Der Stadtrat möchte davon abraten. Selbstverständlich ist die Arbeit im Einwohnerrat in höchster Form und Qualität Partizipation. Hier wird stundenlang diskutiert und gerungen Lösungen zu finden. Das ist eine ganz wichtige Arbeit. Er versteht Roger Erni, wenn ein Frust besteht und er die freiwillige Partizipation als Konkurrenz sieht. Der Sprechende bittet darum, dass dies nicht als Konkurrenz gesehen wird, weil das verschiedene Facetten des Gleichen sind. Man braucht das Gespür für den Volkswillen und dafür braucht es verschiedene Gefässe. Wenn man schaut, welche Partizipations-Anlässe alle durchgeführt wurden und zum Teil wie wenig Resonanz entstanden ist, ist es manchmal etwas enttäuschend. Die Leute, die die Partizipation einfordern, sollen nicht erst dann reagieren, wenn ein Haus bereits steht, sondern im Prozess mitmachen. Heute wurde ja im Rahmen der vielen Entwicklungskonzepte darüber diskutiert. Es ist tatsächlich wichtig, dass man die Bürger spürt. Trotzdem gibt er dem Postulanten Recht, dass man versuchen muss die Partizipation trotz allem voran zu treiben, weil die Bürgermeinung gebraucht wird.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Portmann: Quartierfreundliches Kriens? (Nr. 131/18)

Das Postulat wird mit 24:5 Stimmen nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	nein

13. Postulat Mathis: Ersatzfreifläche für die Krauerwiese

Nr. 136/18

Gemäss Yvette Estermann opponiert der Stadtrat gegen die Überweisung dieses Postulates.

Judith Mathis-Wicki ist von der Antwort und der ablehnenden Haltung des Stadtrates auf ihr Anliegen enttäuscht. Mit der Idee auf dem nicht genutzten Teil des Friedhofes eine Ersatzfläche für die durch Schulprovisorien blockierte Krauerwiese zu finden, wollte sie dem Stadtrat eigentlich einen Steilpass

zuspielen. Dies scheint er nicht verstanden zu haben. Dass er im Moment noch nicht auf die Idee der Nutzung des Friedhofs als Erholungsraum zurückgreifen will oder kann, akzeptiert die Sprechende selbstverständlich. Sie verspricht aber, dass diese Idee über kurz oder lang wieder auf's Tapet kommen wird und voll im Trend liegen wird, weil Friedhöfe bereits heute und vor allem in Zukunft als wertvolle Frei- und Ruhezone genutzt werden. Das eigentliche Hauptanliegen, das dem Postulat zu Grunde liegt, wird der Stadtrat jedoch nicht ignorieren können. 2015 hat der Einwohnerrat zugestimmt, dass die Krauerwiese für maximal drei Jahre durch die Schulraumprovisorien genutzt werden darf und nachher wieder der Öffentlichkeit als Spiel- und Freizeitfläche zur Verfügung stehen muss. Das wurde schon viel erwähnt, aber sie erwähnt es wieder. Der Einwohnerrat hat seither seinem Willen immer wieder Ausdruck verlieht, dass die damals gemachte Versprechung vom Stadtrat eingehalten werden muss. Da der Stadtrat diese Abmachung, wie es aussieht, bis auf weiteres nicht einhalten kann, ist er laut Art. 7v des Bau- und Zonenreglementes (BZR) verpflichtet, für einen gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Dieser gesetzlichen Verpflichtung kann er sich nicht einfach entziehen, im Fall der Krauerwiese auch nicht mit einer erfolgten Änderung des BZR. Dass dies nicht einfach wird, ist der Sprechenden vollständig klar, darum auch ihr Steilpass mit dem nahe gelegenen Friedhofareal. Da der Gemeinderat diese Idee nicht aufnehmen will, erwartet sie, dass er nach einer anderen Lösung sucht und diese dem Einwohnerrat präsentiert. Bei allem Verständnis für die schwierige Situation, verstösst der Stadtrat gegen Treu und Glauben, wenn er nicht selber einen entsprechenden Vorschlag auf den Tisch legt. Für sie ist es wichtig, dass man aktiv zusammen nach guten Lösungen sucht und nicht einfach den Kopf in den Sand steckt. Mit etwas gutem Willen, wird man eine befriedigende Lösung finden. Nachdem in der Zwischenzeit auch noch die in ein Postulat umgewandelte Motion von Patrick Koch zum gleichen Thema vorliegt, bitte Judith Mathis-Wicki den Einwohnerrat ihr Postulat zu überweisen, um dem Stadtrat die Möglichkeit einzuräumen, nach Varianten zu suchen. Das Thema Krauerwiese wird einen, wie es scheint, noch länger beschäftigen und es kann nicht einfach ignoriert werden.

Gemäss Patrick Koch, SVP-Fraktion, lehnt der Gemeinderat die prüfenswerte Idee den nördlichen Teil des Friedhofs Anderallmend als Ersatzfläche für die Krauerwiese für die Bevölkerung nutzbar zu machen, aus Gründen der Moral/Pietät und denkmalpflegerischen Vorbehalten ab. Die SVP-Fraktion kann die Argumentation des Stadtrates nachvollziehen. Kriechende und spielende Kinder gehören nicht auf ein Friedhofareal. Da der Stadtrat mit der Ablehnung des Vorstosses eine Ersatzlösung nicht einmal prüfen möchte, ist es umso wichtiger, dass die Krauerwiese bald wieder die Funktion als Spielwiese übernehmen kann. Trotzdem ist die SVP-Fraktion mehrheitlich für die Überweisung des Postulates. Sie erwartet im Bericht unter anderem das Friedhofskonzept und findet es wichtig, dass der Einwohnerrat darüber diskutieren kann.

Die FDP-Fraktion kann laut Erwin Schwarz die Antwort des Stadtrates nachvollziehen und ist ebenfalls für eine Ablehnung dieses Postulates. Eine Aufwertung des Friedhof-Areales mit Bänken ist für sie akzeptabel, aber die FDP-Fraktion kann einer Nutzbarmachung des Friedhofareales als Spiel- und Sportfläche nicht zustimmen. Einerseits wäre dies aus Pietätsgründen nicht angebracht und auch die damit verbundenen Kosten stehen für sie in keinem Verhältnis. Die Krauerwiese wird nicht auf immer und ewig mit den mobilen Schulbauten belegt sein und im Kleinfeld steht eine grosse Grünfläche der Allgemeinheit zur Verfügung, sofern sie nicht mit einem Zaun für die Bevölkerung gesperrt wird. Mit einer Nutzung des Friedhofareales als Spiel- und Sportfläche würden vermutlich auch noch Parkplätze beim Friedhof verloren gehen. Auch das will die FDP-Fraktion nicht. Sie stimmt deshalb nein zu diesem Postulat.

Bettina Gomer-Beacco, SP-Fraktion, stellt fest, dass die Krauerwiese wahrscheinlich nicht so schnell wieder zur freien Spielwiese wird. Dies hat man heute bereits mehrfach gehört. Aus drei Jahren wird eine unbestimmte Zeit. Aus einem Provisorium ein Provi-Durium. Das will die SP-Fraktion so nicht hinnehmen. Immer mehr Grünraum in Kriens verschwindet. Natürlich kann man sagen, es hat rundherum ein riesen Naherholungsgebiet, man braucht nur ein paar Schritte zu tun. Nur, was macht man einmal, wenn man nicht mehr so gut zu Fuss ist? Wo trifft man andere Menschen, um einen Schwatz zu halten? Die Sprechende hofft in Erholungszonen mitten im Zentrum. Freiraum im Wohnumfeld ist

entscheidend für die Lebensqualität im Quartier. Hier kann man sich treffen, verweilen und teilhaben. Fehlen solche grünen Freiräume, wirkt sich dies sehr nachteilig auf die Lebensqualität des Quartiers und aufs Image der Stadt aus. Die SP-Fraktion versteht, dass der brachliegende Teil des Friedhofs nicht in ein Spielfeld umgenutzt werden kann. Für sie ist es aber ganz klar, dass es unbedingt einen Ersatz braucht und man die Grünflächen nutzen muss, die zur Verfügung stehen. Ein Ersatz für die verlorene Spielwiese kann ihres Erachtens daher vielleicht ausnahmsweise eine öffentlich zugängliche Parkanlage sein. Eine Anlage, die dem Schutz der Gesamtanlage nicht widerspricht. Eigentlich das, was auch schon im Friedhofkonzept angedacht worden ist. Auf jeden Fall besser wäre ein richtiger Spielplatz-Ersatz. Die SP-Fraktion ist dafür das Postulat zu überweisen, damit die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrgenommen werden und der Stadtrat etwas tut, damit Grünzonen in den Quartieren bleiben. Notabene gerne auch mit Beschilderung.

Bruno Bienz, von der Grüne/GLP-Fraktion meint, dass es sich der Stadtrat mit der Ablehnung des Postulates ein bisschen sehr einfach macht. Er steht in der Verantwortung, dass die Krauerwiese wieder als Spielwiese frei wird. Die Begründung zur Ablehnung des Postulates soll aus Pietätsgründen sein. Das findet die Grüne/GLP-Fraktion schon ein bisschen lachhaft. Jetzt plötzlich soll der Friedhof Anderallmend erhaltenswert sein. Eine Verkleinerung würde den Charakter verändern. Wieso hat dann der Stadtrat bei der letzten Revision des Bau- und Zonenreglements genau in diesem Teil der Anlage noch den Passus Wohnen im Alter durchgeboxt? Da war anscheinend die Pietät und Charakter auch nicht so wichtig. Zudem ist der Friedhof wie die Krauerwiese im Anhang A zu Art. 7 zum Bau- und Zonenreglement: Nutzungsbestimmungen zur Zone für öffentliche Zwecke sind folgende Nutzungen zugelassen: Schule, Sport und Freizeit, Friedhof, Kirche und Kultur, Wohnen im Alter. Das heisst, es braucht nicht mal eine Zonenänderung. Die Grüne/GLP-Fraktion findet eigentlich schon Gefallen an dem Konzept des Stadtrates, aber sie kennt es nicht, da es noch nicht vorgestellt wurde. Aber bevor ein solches umgesetzt werden kann, muss das Problem Krauerwiese gelöst sein. Das heisst, dass alle Optionen geprüft werden müssen, auch das vorliegende Postulat. Es gibt auch noch andere Alternativen. Die Spitex zügelt nächstens auch in den Lindenspark. Dann werden die Räumlichkeiten an der Horwerstrasse 9 frei. Optimal gelegen für einen Kindergarten. Hier argumentiert der Stadtrat, dass es dort nur Platz für 2 Kindergärten hat. In Kombination mit dem Pflegeheim Grossfeld ist es eine sehr gute Kombination. Die Synergien wären Ideal. Ein Mittagstisch im Grossfeld mit Jung und Alt wäre eine super Lösung. Genügend Optionen, um ein Versprechen an die Bevölkerung zu halten und die Krauerwiese wieder freizuspielen. Die Grüne/GLP-Fraktion ist für Überweisung dieses Postulates.

Matthias Senn stellt fest, dass die Meinung der Postulantin und des Stadtrates nicht so weit auseinander sind. Die Postulantin hat klar geschrieben, dass sie sich vorstellen, dass eine Spiel-, Sport- und Freizeittfläche in die Friedhofanlage verlagert wird. Das sieht der Stadtrat nicht. Es ist aber durchaus so, dass man bei den Schulanlagen die Aussenräume nach verschiedenen Qualitäten differenziert hat. Es gibt Erholungsflächen, Parkflächen, Spielflächen, Hart- und Pausenplätze. Wenn man nach dieser Definition differenziert, möchte man Erholungs- und Parkflächen im Friedhof aufwerten. Das sieht das Friedhofskonzept vor und der Stadtrat ist durchaus der Meinung, dass es heute Flächen im Friedhof gibt, welche schlecht genutzt sind. Dafür wurde auch etwas budgetiert. Der Stadtrat hat darüber diskutiert und wird es in einem entsprechenden Geschäft beschliessen. Er findet es nicht fair, wenn dem Stadtrat ein Gesetzesverstoss vorgeworfen wird, nachdem die beiden Module immer noch dort stehen. Der Stadtrat hat im Dezember vorgeschlagen ein Modul zu verschieben, dann hätte man mindestens wieder einen grossen Flächengewinn gehabt. Aus politischen Gründen wurde dieser Antrag abgelehnt. Jetzt gilt es neue Lösungen zu suchen. Der Stadtrat verweigert nicht neue Lösungen zu finden.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Mathis: Ersatzfreifläche für die Krauerwiese (Nr. 136/18)

Das Postulat wird mit 19:6 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	Enthaltung

Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

14. Bericht dringliches Postulat Nyfeler: Verbesserung der Sicherheit bei der ausgefallenen Lichtsignalanlage Horwerstrasse - Arsenalstrasse/Lauerzweg Nr. 133/18

Laut Yvette Estermann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Nicole Nyfeler findet die Antwort gut. Sicherheit auf Schulwegen ist wichtig.

Gemäss Viktor Bienz wurde in der KBVU die Meinung geäußert, dass die Wachperson auch den Verkehr regeln sollte, da man schliesslich genug für diese Einsätze bezahlt. Der Leiter der Verkehrs- und Infrastrukturdienste führt aus, dass dies ein sehr schwieriger Knoten ist und daher kann auch eine Person allein diesen Verkehr nicht regeln. Für die schwächeren Verkehrsteilnehmer, wie die Schüler, wird gewacht, da sich die Kinder überfordert fühlen und von dem vielen Verkehr abgelenkt sind. Zwei Projekte bestehen parallel zur Auflage. Zum einen das Bauprojekt an sich, bei welchem die Auflagefrist bereits abgelaufen ist und zum anderen der Baulinienplan, welcher noch wenige Tage in Auflage ist. Anfangs 2019 soll der Bau des Kreisels in Angriff genommen werden. Ausserdem soll vor Ort ein Baum gefällt und ein Zaun zurückversetzt werden, um die Sicht zu verbessern. Demzufolge sieht es für das Projekt soweit gut aus. Die KBVU dankt dem Stadtrat für den Bericht und die geleistete Arbeit.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt laut Viktor Bienz den Bericht positiv und als einen guten Bericht zur Kenntnis. Alle haben festgestellt, dass nach den Herbstferien die ersten Massnahmen zur Verbesserung getroffen worden sind. Zudem werden Wachpersonen eingesetzt, vor allem für Schüler und betagte Mitmenschen. Der Zeithorizont ist definiert, so wurde erklärt, dass man im Frühjahr 2019 mit dem Bau des Kreisels beginnen möchte. Die CVP/JCVP-Fraktion ist zufrieden mit dem Bericht sowie mit den eingeleiteten Massnahmen. Sie dankt dem Stadtrat.

Gemäss Patrick Koch, SVP-Fraktion, ist die Verkehrssituation an besagter Kreuzung für alle Verkehrsteilnehmer äusserst gefährlich. Deshalb ist sie erfreut, dass die Planung des Kleinkreisels gemäss

aktuellen Informationen zügig voranschreitet und dieser wie vorgesehen Anfang 2019 realisiert werden kann. Etwas befremdet nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis, dass der Stadtrat im Bericht sich eingehend mit der Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 befasst. Weiter nimmt er Stellung zu einem möglichen Rechtsvortritt. Das Postulat wurde vom Einwohnerrat erst überwiesen, als die Postulantin diese beiden Forderungen zu Tempo 30 und Rechtsvortritt im Postulat gestrichen hatte. Zur Entlastung der Verwaltung sollte der Stadtrat nicht unnötige Abklärungen treffen. Die SVP-Fraktion begrüsst, dass für die Schüler ein Verkehrsdienst organisiert wird. So entschärft sich die Situation wenigstens für die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Der Sprechende fragt sich dann nur, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, den Verkehrsdienst während der Rush-Hour gleich zur Verkehrsregelung des ganzen Verkehrs einzusetzen. Wären die Kosten da wirklich viel höher? Auf jeden Fall dankt die SVP-Fraktion der Postulantin für den eingereichten Vorstoss. Mit dem neuen Kreisell dürfte das Problem definitiv ad acta gelegt sein. Eine Idee hätte der Sprechende noch. Der Stadtrat könnte natürlich auch eine der vielen Ampeln, die der Pförtnerung des Verkehrs dienen, anderswo abbauen und an dieser besagten Kreuzung, wo die LSA der Verkehrssicherheit dient, wieder aufbauen.

Beat Tanner dankt im Namen der FDP-Fraktion dem Stadtrat für den Bericht. Sie findet die skizzierten Lösungen und das Projekt gut.

Die Grüne/GLP-Fraktion möchte laut Raoul Niederberger der Postulantin für ihren wichtigen Vorstoss danken. Danken möchte sie auch dem Stadtrat für die rasche Berichterstattung zum Postulat und die zeitnah umgesetzte Sofortmassnahme. Dass die Situation am Knoten Horwerstrasse - Arsenalstrasse/Lauerzweg Verbesserungspotenzial aufweist, wurde in diesem Rat bereits mehrfach angesprochen. Mit der erwähnten Sofortmassnahme, dem Lotsendienst, wurde nun immerhin die Situation für die schwächsten Verkehrsteilnehmern, nämlich den Schülerinnen und Schülern verbessert. Die Grüne/GLP-Fraktion hofft nun, dass das Kreisellprojekt alsbald wie möglich realisiert werden kann und sich die Verkehrssituation dauerhaft verbessert, insbesondere natürlich die Verkehrssicherheit.

Matthias Senn dankt für die Rückmeldungen. Dieses Projekt geht weiter. Der Stadtrat wird nächsten Mittwoch die Baubewilligung des Kreisells und der erste Kredit für die Vorbereitungsmaßnahmen behandeln. Dann geht es relativ schnell los mit Werkleitungen, Wasserversorgung etc. Der Bau dieses Kreisells wird recht zeitaufwändig sein. Offenbar spricht man von einem Jahr Bauphase. Aufgrund der Verlegung der Werkleitungen braucht dies recht viel Zeit. Das Budget sollte so eingehalten werden, wie es in diesem Jahr in der Investitionsrechnung drin ist. Für den zweiten Teil wird dann der Stadtrat den Kredit sprechen können.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

15. Postulat Tanner: Überprüfung Schulraumoptimierung Schulanlage Obernau 1 Nr. 146/18

Gemäss Yvette Estermann ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

16. Postulat B. Bienz: Gewerbefreundliches Kriens**Nr. 151/18**

Gemäss Yvette Estermann ist der Stadtrat für Überweisung dieses Postulates. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

17. Bericht Postulat Portmann: Seniorenfreundliches Kriens**Nr. 103/18**

Laut Yvette Estermann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Wer gemäss Michael Portmann lange in seinem Quartier wohnt, identifiziert sich mit seinem Quartier und kennt sein Quartier bestens. Wo bewegen sich die Menschen wie und wohin? Was erhält man wo? Wann ist wer wo? Erfahrungswerte aus diesen Fragen sind für Planungs- und Baufachleute eigentlich Gold wert, weil damit klar ersichtlich wird, welche der vielen möglichen Lösungen fürs Quartier die besten sind. Das ist nicht etwa seine Meinung, sondern war eine Aussage einer Baufirma in LuzernSüd anlässlich eines Workshops zur sozialräumlichen Planung. Die Seniorinnen und Senioren kennen oftmals ihr Quartier auch besser als die gemeindeeigenen Planungs- und Baufachleute. Warum die Stadt darauf verzichtet dieses wertvolle Wissen von Beginn weg zu nutzen, ist für den Sprechenden schleierhaft. Selbstverständlich ist zu Beginn der Einstieg ins Projekt etwas umständlicher als ohne Mitwirkung, obwohl hier klar vermerkt werden muss, dass bremsende Einsprachen viel früher vermieden werden können und so der Bauprozess dafür gegen Ende schneller abläuft. Deshalb begrüsst Michael Portmann es sehr, wenn in Kriens das Potential der Seniorinnen und Senioren ebenfalls regelmässig ausgeschöpft wird. In Schaffhausen hat sich dieses Vorgehen sehr bewährt, weil die Seniorinnen und Senioren mit viel Verständnis und Freude mitdenken. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Seniorinnen und Senioren sehr vernünftig sind und nicht einfach nur die teuerste Variante einfordern. Kurz zusammengefasst war Ihnen wichtig, dass die Schulwege für die Schulkinder sicher sind, dass Busse zu Migros, Coop, Post oder Bahnhof in vernünftigem Takt fahren, dass ums Pflegeheim Sitzgelegenheiten vorhanden sind, damit auf Spaziergängen mit Heim-Bewohnenden etwas verweilt werden kann. Der für die Verwaltung wichtige Ausbau der öffentlichen WC-Anlagen auf den öffentlichen Plätzen dagegen wurde mit der Begründung abgelehnt, dass das bestehende Angebot völlig ausreicht. Damit konnte ein schöner Batzen Geld eingespart werden. Der Postulant freut sich, dass der Stadtrat sein Anregung aufgenommen hat und die Absicht hegt, auf diese Weise Quartiere proaktiv zu entwickeln.

Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich laut Anita Burkhardt-Künzler beim Stadtrat für die Beantwortung des Postulates. Der Postulant führt auf, dass in Schaffhausen Quartiersspaziergänge mit Senioren durchgeführt werden. Dies um Mängel und Gelegenheiten aufzudecken, welche einzelne Quartiere aufweisen. In seiner Beantwortung ist sich der Stadtrat absolut bewusst, dass mit der Strategie: «ambulant vor stationär» speziell die Senioren in den eigenen Wohnquartieren gestärkt werden müssen. Altersfreundliche Quartierstrukturen, lebendig, durchmischt und urban, dies sind Begriffe welche im Legislaturprogramm 2016-2020 aufgeführt sind. Vor allem «durchmischt» ist nach Empfinden der CVP/JCVP-Fraktion, ein ebenso begehrenswerter Aspekt von Quartierbehaglichkeit, wie «seniorenfreundlich». Ein Projekt in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Sozialarbeit über den «Prozess der sozialräumlichen Entwicklung» ist am Laufen. Das Themenfeld «altersfreundliche Quartierstrukturen» ist dabei miteingeschlossen. Somit geht der Stadtrat diesbezüglich auf die Belange des Postulanten ein. Zu diesem Projekt hat die CVP/JCVP-Fraktion auch noch ein paar Fragen: Wer übernimmt in Folge einen entsprechenden Auftrag? In welcher Art kann diese Unterstützung stattfinden? Welche genauen Ziele werden verfolgt? Ausserdem sollte dieses Postulat speziell für die Quartiervereine als

«Zupass» aufgegriffen werden. So trifft sich der Stadtrat bereits jetzt mit den Quartiervereins-Präsidiën, nimmt Anliegen auf und tauscht sich aus. Trotzdem können solche Quartierverbesserungen nicht allein von der Stadt eingefordert werden, sondern sollten aus den Quartiervereinen heraus selbst entstehen. Denn es müssen klare Ziele formuliert und festgehalten werden, wie ein gewünschter Fortschritt erreicht werden soll. Zusätzlich plant der Stadtrat in den nächsten Jahren die Krienser Quartiere zu analysieren und zu optimieren, ebenfalls durch Begehungen mit Quartierbewohnern. Dies erachtet sie als äusserst wertvoll. Denn die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt starke Quartierstrukturen und die sozialräumliche Entwicklung. Denn Quartiere müssen für alle Altersgruppen bewohnerfreundlich sein.

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion meint, dass der Mitwirkungswahn nun auch schon die Senioren erfasst hat. Der Sprechende ist Senior und stellt sich vor, dass er Quartiersspaziergänge machen muss, welche von der Stadt organisiert werden. Das ist doch total daneben. Entweder interessiert ihn was die Stadt macht, dann ist er in einem Quartierverein oder gar im Einwohnerrat. Oder wenn es ihn nicht interessiert, schwätzt er nur am Stammtisch darüber. Jeder sucht sich doch seine Plattform. Man braucht doch keine Institution, welche auch noch das hervorkitzelt. Man hat gesehen, was eine Gemeinde bei einer Planung alles unternehmen muss. Wenn er an die Partizipation im Bereich Eichhof denkt, war das ein riesen Flop. Jetzt steht noch gar nichts. Es ist nicht richtig, dass dies institutionalisiert wird. Es ist richtig, wenn Leute Interesse haben, das sich diese in die entsprechende Interessengruppe einbringen und so mitwirken. Wieso muss man nun alte Leute abholen? Wenn sie etwas zu melden haben, schreiben sie Lesebriefe oder melden sich sonst wie. In Kriens wird niemand unterdrückt und man kann sich frei bewegen. Wieso muss die Stadt bei jeder Bevölkerungsgruppe einzeln herauskitzeln, was diese möchten. Man soll nicht übertreiben, sondern massvoll sein. Die vorhandenen Kanäle sollen benutzt werden.

Gemäss Erwin Schwarz kann die FDP-Fraktion die Antwort des Stadtrates nachvollziehen und ist mit dem Fazit einverstanden. Für sie ist die diesbezügliche Gemeindeentwicklung auf gutem Wege und sie hält die Wünsche und Anregungen des Postulanten als überbordend. Eine kleine Reminiszenz: Ein guter Freund von ihm, der frisch pensioniert wurde, ging letzten Mittwoch an einem Jassnachmittag ab 60+ im Bruder Klaus. Es nahmen rund 120 Personen teil. Er sagte, dass er der einzige unter 80 Jahren war. In Kriens funktioniert es, deshalb muss die Stadt hier nichts institutionalisieren.

Tomas Kobi, Grüne/GLP-Fraktion, stellt fest, dass das Postulat oppositionslos überwiesen wurde. Nun wurde ein eher magerer Bericht vorgelegt. Was der Stadtrat vorlegt sind einerseits Zitate aus der Broschüre „Stadtleben am Pilatus“. Es sind zwar schöne Ziele, aber wenig konkret. Die Grüne/GLP-Fraktion möchte endlich einmal Massnahmen sehen. Wie könnte ein seniorenfreundliches Kriens aussehen? Vielleicht kann der Stadtrat einmal in Luzern etwas anschauen wie beispielsweise beim Projekt Vicino, bei dem ältere Menschen in Luzerner Neustadtquartier dabei unterstützt werden Alltagsprobleme und schwierige Lebenssituationen zu meistern. Hier vermittelt Vicino Angebote zwischen den Bedürfnissen der älteren Quartierbewohner und nachbarschaftliche Unterstützungsmöglichkeiten, sowie Angebote von lokalen Organisationen andererseits. Es ist wichtig, dass der Stadtrat nicht nur in der Raumplanung zusammen mit der Hochschule oder LuzernPlus etwas erarbeitet, sondern auch mit den Betroffenen und somit den Augen der älter werdenden Bevölkerung von Kriens. Mit diesen können interessante Schlussfolgerungen entstehen, wie das bei einem Pilotprojekt in Olten entstanden ist. Das subjektive Sicherheitsbedürfnis ist von grosser Bedeutung und der Nutzen für Fusswege und den öffentlichen Raum auch. Ältere und auch jüngere Menschen haben gerne eine gute Beleuchtung. Die Regelung des Vortritts in den Benutzungszonen bei Mischverkehr ist oft unklar und wird von älteren Menschen eher als eine unsichere Zone eingestuft. Quartierläden haben in Wohnquartieren eine grosse Bedeutung, nicht nur in Bezug auf die Erreichbarkeit von wichtigen alltäglichen Zielen, wie das Einkaufen von Lebensmitteln, sondern auch ein Ort von sozialen Kontakten. Die Frage ist, wo in Kriens gibt es noch Quartierläden? Die Grüne/GLP-Fraktion wird auch noch in Zukunft weiterhin Fragen zu diesem Thema haben. Sie möchte konkrete Massnahmen sehen, welche zu einem seniorenfreundlichen Kriens führen.

Gemäss Cyрил Wiget hat der Stadtrat verstanden, dass die Partizipation über alle Anspruchsgruppen läuft. Ihm war wichtig, dass kein Bericht über die Anspruchsgruppe der Jugendlichen, Kinder, Mittelalterlichen oder alten erstellt wird. Der Stadtrat fragt ihm Namen der Partizipation alle Ebenen ab, weil jede Ebene seine Berechtigung hat. Dieser Ansatz wird verfolgt.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

18. Beantwortung Interpellation Ercolani: Studienaufträge **Nr. 137/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Beantwortung Interpellation B. Bienz: Granit aus China beim Kleinfeld **Nr. 150/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Postulat Zellweger: Raus aus den Schulden **Nr. 160/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

21. Bericht Postulat Büchi: Mitwirkung LuzernSüd **Nr. 114/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

22. Bericht dringliches Postulat Koch: Die Krauerwiese als Spielwiese und Freiraum für die Krienser Bevölkerung **Nr. 147/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

23. Beantwortung Interpellation Portmann: Mehrwert für alle! **Nr. 139/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

24. Postulat Rösch: Modernisierung Urnengänge **Nr. 161/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

25. Postulat Tanner: Mit dem Bau des Bypasses eine Wasserleitung von Emmen nach Kriens

Nr. 162/18

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

26. Motion Erni: Parkplatzreglement Kriens

Nr. 163/18

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

27. Postulat Manoharan: Kunst im öffentlichen Raum

Nr. 166/18

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Yvette Estermann bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Sitzung findet am 21. Februar 2019, ab 13:30 Uhr statt. Im Anschluss an die heutige Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsidentin:



Yvette Estermann

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Janine Lipp



Kimena Gisler